

# Fortschreibung des Handlungskonzepts für eine nachhaltige Bevölkerungspolitik Sachsen-Anhalts

Baustein 1: Wissenschaftlich-analytischer Teil

Von Dr. Tim Leibert und Simon Köppl, B.A.

#### Leibert/Köppl | 0. Inhalt



#### Inhalt

In	halt		2
Ta	abelle	nverzeichnis	3
A	bbildı	ungsverzeichnis	3
0.	Zı	usammenfassung	4
1.	Tı	riebkräfte und Trends der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt	7
	1.1.	Triebkräfte der Bevölkerungsentwicklung	9
	1.2	Eine "überalterte" und "unterjüngte" Altersstruktur	15
2.	Sz	zenarien der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt	21
3.	D	ie ausländische Bevölkerung in Sachsen-Anhalt	27
	3.1	Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Überblick	27
	3.2 F	Herkunft und räumliche Ausbreitung der ausländischen Bevölkerung	30
	3.3	Demographische Merkmale: Alter, Bildung, und Aufenthaltsdauer	33
	3.4	Motive der internationalen Migration nach Sachsen-Anhalt und Aufenthaltstitel	35
	3.5	Herausforderungen für internationale Migration.	38
4.	Ra	aummuster und Entwicklung der Fertilität	40
	4.1	Einfluss der Familienpolitik auf die Fertilität	47
5.	Ra	aummuster und Entwicklung der Mortalität	50
	5.1 E	Entwicklung der Sterberate	50
	5.2 E	Entwicklung der Lebenserwartung	53
6.	Ra	aummuster der Binnenwanderungen	58
	6.1	Wanderungsmotive	65
	6.2	Rückwanderung	68
7.	R	äume mit besonderem demographischen Handlungsbedarf	71
8.	H	andlungsempfehlungen	74
9.	Li	iteratur	77



#### **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1. Bevölkerungsprognosen im Vergleich für die Bundesländer	22
Tabelle 2. Bevölkerungsprognosen im Vergleich für Sachsen-Anhalt	25
Tabelle 3. Anteil der ausländischen Bevölkerung zwischen 2011 - 2013	30
Tabelle 4. Herkunftsstaaten der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2014	31
Tabelle 5. Ausgewählte Altersgruppen in Deutschland und Sachsen-Anhalt 2014	33
Tabelle 6. Höchster Beruflicher Abschluss nach Nationalität 2011	34
Tabelle 7. Aufenthaltsdauer in Jahren der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt	35
Tabelle 8. Ausgewählte Aufenthaltstitel der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt	36
Tabelle 9. Entwicklung der Geburtenzahl und der Zahl potentieller Mütter	41
Tabelle 10. Geburten pro 1.0000 Frauen der Altersgruppe: Bundesländer	42
Tabelle 11. Geburten pro 1.0000 Frauen der Altersgruppe: Landkreise und kreisfreie Städte	44
Tabelle 12. Anteile der kinderlosen Mütter und Mütter mit einem KindKinderlosen	45
Tabelle 13. Entwicklung der Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland	58
Tabelle 14. Rate des Binnenwanderungssaldos pro 1000 Einwohner zur Jahresmitte	60

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1. Karte: Sachsen-Anhalts Bevolkerungsentwicklung 1990 - 2013	8
Abbildung 2. Karte. Typologie der Triebkräfte der Bevölkerungsentwicklung 2011 – 2013	10
Abbildung 3. Karte: Natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung 2011-2013	14
Abbildung 4. Karte: Regionale Altersstrukturtpyen in Sachsen-Anhalt	16
Abbildung 5. Karte: Regionale Altersstrukturtypen in Deutschland	18
Abbildung 6. Karte: Ausländische Bevölkerung 2013	28
Abbildung 7. Karte: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011 2011	29
Abbildung 8. Karte: Herkunft der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt	32
Abbildung 9. Karte: Geburten 2013	40
Abbildung 10: Typologie der regionalen Sexualproportionen in Europa 2011/12	
Abbildung 11. Abweichung der mittleren Lebenserwartung vom Bundesmittel 2010-12	54
Abbildung 12. Lebenserwartung bei Geburt 2010-12	55
Abbildung 13. Karte: Wanderungssaldo der 18- bis unter 25-Jährigen 2012/13	62
Abbildung 14. Wanderungsbilanz der 18- bis unter 25-Jährigen in dünn besiedelten län	dlichen
Räumen 2002-2013	62
Abbildung 15. Karte: Wanderungssaldo der 25- bis unter 30-Jährigen 2012/13	64
Abbildung 16. Wanderungsbilanz der 25- bis unter 30-Jährigen 2002-2013	64
Abbildung 17. Karte: Wanderungssaldo der 30- bis unter 50-Jährigen 2012/2013	65
Abbildung 18. Modell der Einflussfaktoren auf die Wanderungsentscheidung	66
Abbildung 19. Karte: Synthese demographischer Problemlagen	72



4

#### 0. Zusammenfassung

Sachsen-Anhalt steht vor gewaltigen demographischen Herausforderungen. Zwischen dem 31.03.1991 und dem 30.09.2014 ist die Einwohnerzahl um fast 22% zurückgegangen, in absoluten Zahlen entspricht dies einem Verlust von 626.500 Personen¹. Dies war der stärkste relative und nach Sachsen der zweitstärkste absolute Bevölkerungsrückgang auf der Bundesländerebene. Von der Schrumpfung sind vorrangig die ländlichen Räume betroffen, insbesondere dünn besiedelte und strukturschwache Teilräume. Die Bevölkerungsentwicklung der Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg hat sich dagegen – nach deutlichen Einbußen in den 1990er Jahren – seit der Jahrtausendwende stabilisiert. Die Großstädte sind damit aktuell der einzige Raumtyp im Land mit einer wenigstens ausgeglichenen Entwicklung der Einwohnerzahl.

Die starke Schrumpfung ergibt sich aus einer negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung – in Sachsen-Anhalt sterben mehr Menschen als geboren werden – und einer negativen Wanderungsbilanz.

Durchaus Grund zur Hoffnung gibt die Entwicklung der Geburtenrate, die derzeit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Zusätzlich ist die Kinderlosigkeit, auch in den jüngsten Altersgruppen, deutlich niedriger als in den meisten anderen Bundesländern. Problematisch ist allerdings, dass das Reproduktionspotential der sachsen-anhaltischen Bevölkerung gering ist, da durch alters- und geschlechtsselektive Abwanderung potentielle Mütter fehlen, und dass viele Mütter nur ein Kind haben.

Weniger erfreulich ist die Entwicklung der Mortalität. Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit dem höchsten Medianalter; auch in europäischer Perspektive ist der Altersaufbau der Bevölkerung sehr ungünstig. Da auch die Lebenserwartung im Vergleich zu den anderen Bundesländern niedrig ist, weist das Land die bundesweit höchste Sterberate auf.

Bei den Binnenwanderungen zeichnet sich ein deutlicher Rückgang der Wanderungsverluste zum früheren Bundesgebiet ab. Die Wanderungsmuster in Ost und West nähern sich langsam an. Dies betrifft auch die Geschlechtsselektivität. Der lange Zeit typische starke "Frauenüberschuss" bei den Abwanderern ist inzwischen auf das Niveau siedlungsstrukturell ähnlicher westdeutscher Regionen zurückgegangen. Sachsen-Anhalt verliert allerdings immer noch überproportional junge Erwachsene an die anderen Bundesländer, sodass die Abwanderung weiterhin Alterung und Schrumpfung beschleunigt.

Derzeit wird die Bevölkerungsentwicklung stark von internationalen Wanderungen beeinflusst, insbesondere durch die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flücht-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Eigene Berechnungen; Datenquelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (2015g).



lingen, die nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Dadurch erhöht sich die Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts und verbessert sich die Altersstruktur. Da ein Großteil der Zuwanderer, die in Deutschland bleiben dürfen, Sachsen-Anhalt in Richtung der westdeutschen Großstädte verlässt, sind die positiven demographischen Auswirkungen der Außenwanderungen vermutlich nur temporär und damit nicht nachhaltig.

Leider sind nicht alle dieser Herausforderungen von Seiten der Landespolitik gestaltbar. Das zentrale demographische Problem ist der Altersaufbau der Bevölkerung. Sachsen-Anhalt ist durch niedrige Geburtenraten "unterjüngt" und durch selektive Abwanderung "überaltert". Durch die Bevölkerungsstruktur ist zumindest mittelfristig eine weitere Schrumpfung vorgezeichnet.

Vor dem Hintergrund dieser demographischen Rahmenbedingungen und des im Landesentwicklungsplan 2010 formulierten Anspruchs der Landesregierung, in allen Landesteilen gleichwertige Lebensbedingungen zu entwickeln und die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern, sollte eine nachhaltige Bevölkerungspolitik auf mehreren Säulen ruhen:

- Schrumpfung als Herausforderung annehmen und aktiv, vorausschauend und unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Wirtschaft innovative Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu entwickeln.
- Alterung als einen unumkehrbaren Prozess anerkennen und als Chance zu einem barrierefreien Umbau des Landes zu begreifen, von dem letztendlich alle Bevölkerungsgruppen profitieren werden.
- Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenzahl entwickeln, die insbesondere auf den Abbau von gesellschaftlichen oder ökonomischen Hemmnissen zielen, die eine Familiengründung oder -erweiterung bei über 35-jährigen Frauen bzw. die Geburten zweiter oder dritter Kinder behindern. Die Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor Sachsen-Anhalts und muss daher gesichert und weiterentwickelt werden.
- Verbesserung der Gesundheitssituation der Bevölkerung durch zielgruppenspezifische Informations- und Vorsorgeprogramme, insbesondere im ländlichen Raum.
- Zuwanderung aus dem Ausland ermöglichen und gestalten, Maßnahmen zur Reduzierung der Alters- und Geschlechtsselektivität der Binnenmigration entwickeln und umsetzen, Rückwanderung fördern.
- Vergrößerung der Erwerbsbevölkerung und Steigerung des Qualifikationsniveaus der Erwerbstätigen durch lebenslanges Lernen, um den zukünftigen Wohlstand zu sichern. Dazu gehört ausdrücklich auch, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu reduzieren. Ein schrumpfendes und alterndes Land wie Sachsen-Anhalt kann sich eine solche Verschwendung von



Humankapital nicht leisten.

- Sicherung der territorialen Kohäsion des Landes durch Maßnahmen zur Stabilisierung des Zentrale-Orte-Netzes und besondere Förderung der Oberzentren als Wachstums- und Innovationsmotoren.
- Die Chancen der Gebietsreform nutzen und die Anpassungsprozesse an den demographischen Wandel soweit wie möglich auf die Gemeindeebene verlagern. Innovative ortsspezifische Lösungsansätze sollten ermöglicht und gefördert werden.



#### 1. Triebkräfte und Trends der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt gehört sowohl im deutschen als auch im europäischen Vergleich zu den Regionen, die in besonderem Maße vom demographischen Wandel betroffen sind. Die Kombination aus Schrumpfung durch Sterbeüberschüsse und Abwanderung, Überalterung und reduziertem Reproduktionspotential durch einen ausgeprägten "Frauenmangel" in den jüngeren Altersgruppen kommt außer in Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Flächenländern nur in wenigen peripheren und sehr strukturschwachen Landesteilen Bulgariens und Portugals (LEIBERT 2014) vor. Als Folge jahrzehntelanger starker und hochgradig alters- und geschlechtsselektiver Abwanderung sowie relativ niedriger Geburtenraten zeichnet sich die sachsen-anhaltische Bevölkerung durch eine sehr ungünstige Alters- und Geschlechtsstruktur aus. Angesichts dieser Ausgangslage ist eine Stabilisierung oder gar eine Steigerung der Bevölkerungszahl kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten.

Seit 1990 ist die Bevölkerungszahl im Land praktisch flächendeckend zurückgegangen. Lediglich einige Gemeinden im Umland von Halle (Saale) und Magdeburg haben derzeit aufgrund ihres starken Wachstums in der Suburbanisierungsphase der 1990er Jahre mehr Einwohner als 1990. Das neue Jahrtausend hat allerdings auch im "Speckgürtel" der Oberzentren zu einer Trendwende der Bevölkerungsentwicklung geführt. Auf der Ebene der Einheits- und Verbandsgemeinden war Magdeburg die einzige Kommune im Land, die zwischen 2000 und 2013 Einwohner gewonnen hat (s. Abbildung 1). Die Bevölkerungsverluste Sachsen-Anhalts reichen allerdings noch länger zurück: Im Zeitraum zwischen 1964 und 1990 ist die Zahl der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter von 3,23 auf 2,87 Millionen zurückgegangen. Betroffen waren insbesondere kleine Gemeinden im ländlichen Raum. In den damaligen Kreis- und Bezirksstädten ist die Einwohnerzahl dagegen gestiegen. Vor diesem Hintergrund kann man die Bevölkerungsentwicklung Sachsen-Anhalts seit den 1960er Jahren grob in drei Phasen einteilen (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2012, LEIBERT 2015b):

- Eine Konzentration der Bevölkerung in den zentralen Orten und einigen kleineren Gemeinden mit bedeutenden Industriebetrieben zu DDR-Zeiten zulasten des ländlichen Raums;
- Eine Dekonzentration der Bevölkerung zulasten der zentralen Orte in den 1990er Jahren. In dieser Zeit sind vor allem die Umlandgemeinden von Halle (Saale) und Magdeburg stark gewachsen, während die Entwicklung im ländlichen Raum uneinheitlich war. Einige kleinere Gemeinden sind zum Teil sehr deutlich gewachsen, in anderen hat sich die Schrumpfung verlangsamt, eine dritte Gruppe hatte mit anhaltend hohen oder sogar verstärkten Einwohnerverlusten zu kämpfen.



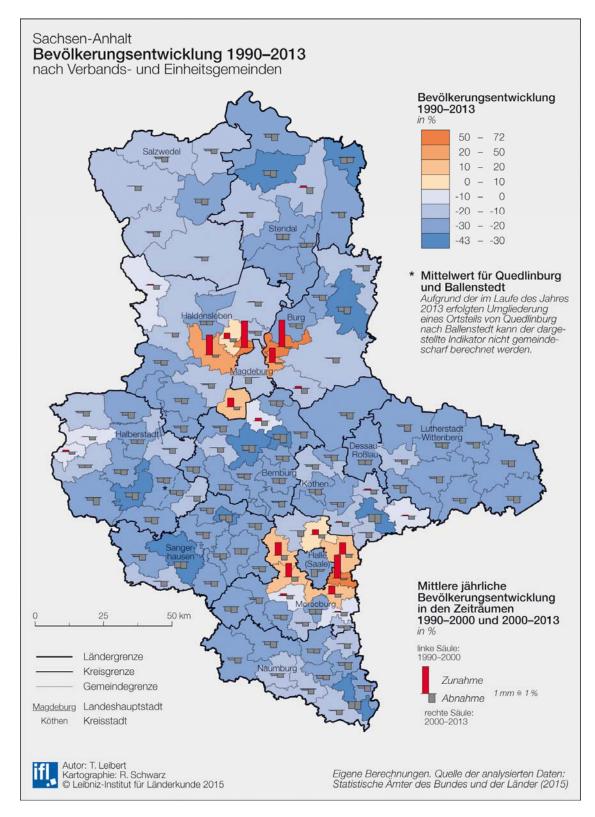


Abbildung 1. Karte: Entwicklung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts 1990 - 2013



- Seit 2000 zeichnet sich eine erneute Konzentration der Bevölkerung ab, von der jedoch ausschließlich die Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg profitieren können, deren Einwohnerzahl sich nach erheblichen Verlusten stabilisiert hat. Dagegen hat sich die Schrumpfung im ländlichen Raum und in vielen Mittelzentren im Vergleich zu den 1990er Jahren sogar noch verstärkt.
- Seit 2011 ist in zahlreichen Gemeinden eine Abschwächung der Schrumpfung und in Halle (Saale) und Magdeburg ein verstärktes Wachstum zu beobachten. Der Hauptgrund dafür ist sicherlich der Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die sich allerdings weder aus freien Stücken für Sachsen-Anhalt, noch für die Gemeinden, in die sie zuziehen, entschieden haben, sondern über Schlüssel auf die Bundesländer und Kreise verteilt werden. Es ist daher damit zu rechnen, dass Sachsen-Anhalt für viele nur eine Zwischenstation ist und dass diejenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen, in die westdeutschen Großstädte abwandern, wo sie durch vorhandene ethnische, familiäre oder religiöse Netzwerke einen einfacheren Zugang zu Arbeitsplätzen und Wohnraum erwarten können. Welcher Prozentsatz der internationalen Zuwanderer letztendlich in Sachsen-Anhalt bleibt, hängt vom vorhandenen Arbeitsplatzangebot sowie der Integrationsbereitschaft der lokalen Bevölkerung und der Zuwanderer ab. Nehmen die Zuwanderer die ortsansässige Bevölkerung als ihnen gegenüber überwiegend feindselig eingestellt wahr, dürfte dies ihre Abwanderungsneigung erheblich verstärken.

#### 1.1. Triebkräfte der Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung einer Region wird durch zwei Faktoren beeinflusst: die natürliche Bevölkerungsentwicklung (die Differenz von Geburten und Sterbefällen) und den Wanderungssaldo (die Differenz von Zu- und Abwanderern). Unter Berücksichtigung der übergeordneten Entwicklung der Einwohnerzahl ergeben sich sechs Typen der Triebkräfte der Bevölkerungsentwicklung (s. Abbildung 2).

Die sowohl kurz- als auch langfristig nachhaltigste Bevölkerungsentwicklung weisen Regionen mit Geburtenüberschüssen und Wanderungsgewinnen auf (**Typ 1**). Diese Regionen zeichnen sich durch eine vorteilhafte Altersstruktur mit einem relativ hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen und ein überdurchschnittliches Reproduktionspotential aus. Dadurch ist (zumindest für eine Übergangszeit) ein natürliches Bevölkerungswachstum selbst dann möglich, wenn die Geburtenrate niedriger ist als in anderen Landesteilen. Voraussetzung für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung sind auf der einen Seite eine überdurchschnittliche Attraktivität für junge Familien und Zuwanderer aus dem In- und Ausland, auf der anderen Seite aber auch ein hohes Maß an Kinder- und Familienfreundlichkeit, um eine Erosion des Reproduktionspotentials zu vermeiden.





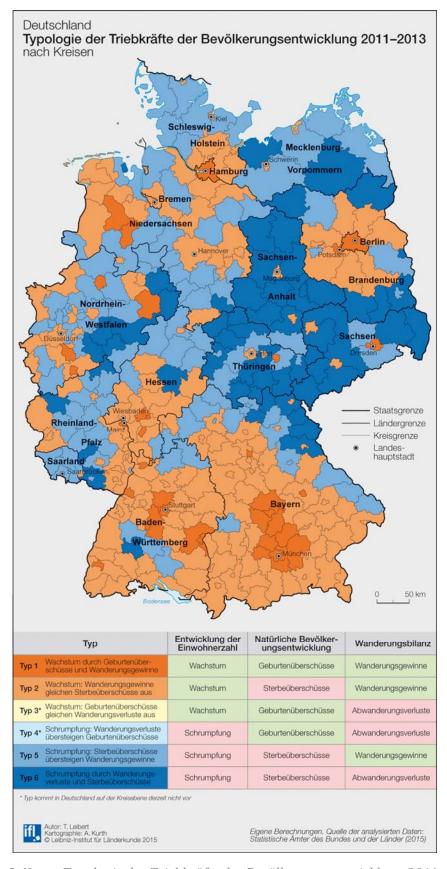


Abbildung 2. Karte. Typologie der Triebkräfte der Bevölkerungsentwicklung 2011 – 2013

Bei Typ 1 wird deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung nach dem "Matthäuswww.ifl-leipzig.de



Prinzip" (wer hat, dem wird gegeben) funktioniert. Geburtenüberschüsse sind am ehesten in Regionen zu erwarten, die durch ihre Attraktivität für Zuwanderer ohnehin schon ein überdurchschnittliches Wachstumspotential haben. Typ 1 ist in Deutschland auf Groß- und Universitätsstädte mit einem günstigen Altersaufbau der Bevölkerung sowie einige Landkreise im Umland von München, Stuttgart, Ulm und Ingolstadt beschränkt. Einen Sonderfall stellen die niedersächsischen Kreise Cloppenburg und Vechta dar, die jahrelang die höchsten Geburtenraten Deutschlands aufwiesen und in der Folge heute eine überdurchschnittlich junge Bevölkerung haben. In Sachsen-Anhalt kommt Typ 1 auf der Kreiseben nicht vor.

Deutschland als Ganzes gehört derzeit zu Typ 2. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist aufgrund der niedrigen Fertilität seit Jahrzehnten negativ (WEBER 2015). Durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland wächst die Bevölkerung der Bundesrepublik dennoch leicht. Die Abhängigkeit der Bevölkerungsentwicklung einer Region von Wanderungen ist problematisch, da die räumliche Bevölkerungsentwicklung den dynamischsten Entwicklungsfaktor darstellt, der zudem im Zeitverlauf stark schwanken kann und schwer vorhersagbar ist. Dies gilt insbesondere für die internationalen Wanderungen, da diese in besonderer Weise von wirtschaftlichen und politischen Veränderungen im In- und Ausland, Kriegen und Gewalt beeinflusst werden. Dementsprechend schwankt der Außenwanderungssaldo stark: 1992 sind 782.000 Personen mehr zu- als fortgezogen, 2008 überstieg dagegen die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge um knapp 56.000 (Statistisches Bundesamt 2015b). Für das zukünftige Volumen der internationalen Zuwanderung nach Deutschland ist auch die demographische Entwicklung in den derzeitigen Hauptquellgebieten in Süd- und Osteuropa von Bedeutung – auch in diesen Staaten schrumpft und altert die Bevölkerung (WEBER 2015).

Die Kombination aus Sterbeüberschüssen und Wanderungsgewinnen ist auch auf der Kreisebene der häufigste Typ der Bevölkerungsentwicklung. Typ 2 kommt insbesondere in Süddeutschland, dem Rhein-Main-Raum und den Großräumen Berlin und Hamburg vor. Auch zahlreiche kreisfreie Städte, darunter Halle (Saale) und Magdeburg, sowie Kreise mit bedeutenden kreisangehörigen Universitätsstädten, beispielsweise Göttingen, gehören zu Typ 2. Es handelt sich also einerseits um wirtschaftsstarke Kreise in Regionen mit einer durch jahrzehntelang geringe Fertilität gealterten Bevölkerung, andererseits um landschaftlich attraktive Kreise, die ein begehrtes Wanderungsziel für ältere Zuwanderer sind, die dort ihren Ruhestand verbringen möchten. Die dritte Gruppe sind die Universitätsstädte mit beschränktem Arbeitsmarktpotential, deren Bevölkerung durch den Zuzug von Studierenden zwar einen vergleichsweise günstigen Altersaufbau aufweist, die aber für viele nur eine Zwischenstation auf dem Lebensweg bleiben. Der Großteil der zum Studium zugezogenen Frauen und Männer wandert nach Studienende wieder ab, entweder, weil es nicht gelingt, mit den erworbenen Qualifikationen auf dem lokalen Arbeitsmarkt einen Job zu finden, oder weil ohnehin kein dauerhafter Aufenthalt geplant war. In



der Regel erfolgt die Abwanderung vor der Familiengründung, sodass die an sich günstige Alters- und Geschlechtsstruktur nur wenig Einfluss auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung hat.

Mit Blick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Typ-2-Kreise ist einerseits denkbar, dass die Wanderungsgewinne mittel- oder sogar schon kurzfristig nicht mehr ausreichen, um die Sterbeüberschüsse auszugleichen, was den Beginn einer Schrumpfungsphase markieren könnte. Auf der anderen Seite ist aber auch ein Vorzeichenwechsel bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung von Sterbe- hin zu Geburtenüberschüssen keineswegs ausgeschlossen. Diese Entwicklungsoption ist in den Universitätsstädten am wahrscheinlichsten. Voraussetzung ist aber, dass es gelingt, die zu Studium oder Berufsausbildung Zugewanderten dauerhaft an die Region zu binden, sodass sie dort auch ihre Familie gründen. Dazu ist notwendig, die Attraktivität für Binnen- und Außenwanderer zu erhalten und auszubauen. Mit Blick auf Halle (Saale) und Magdeburg bedeutet dies insbesondere eine Sicherung und Weiterentwicklung der Funktion als Hochschulstandorte. Dazu gehören gute Studien-, Lehr- und Forschungsbedingungen in den Sozial-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften ebenso wie ein überregional wahrnehmbares klares Profil. Hilfreich wäre es, (1) das Ausbildungsangebot besser mit der regionalen Wirtschaftsstruktur zu synchronisieren, damit die bleibewilligen Absolventen bessere Berufschancen haben, (2) Studierende besser über die Chancen und Risiken der Selbstständigkeit zu informieren und (3) Ausgründungen zu fördern. Zur Sicherung und Steigerung der Attraktivität gehört auch eine Willkommenskultur, die nach DEPNER und TEIXEIRA (2012) fünf Punkte umfasst: (1) gutes Angebot qualitativ hochwertiger barrierearmer Dienstleistungen (z.B. ÖPNV, kommunale Bürgerdienste), (2) adäquater und bezahlbarer Wohnraum, (3) Aus- und Weiterbildungsangebote, (4) Arbeitsmöglichkeiten mit angemessener Entlohnung und (5) Offenheit der örtlichen Zivilgesellschaft zur Integration<sup>2</sup> der Neuankömmlinge. Zu ergänzen wäre als sechster Punkt die Sicherstellung einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nicht nur eine staatliche, sondern auch eine zivilgesellschaftliche Aufgabe ist, an der sich die Wirtschaft noch aktiver beteiligen sollte. Eine derart breit angelegte Willkommenskultur würde zusätzlich die Lebensqualität der örtlichen Bevölkerung steigern.

Die **Typen 3 und 4**, bei denen Geburtenüberschüsse mit Wanderungsverlusten kombiniert sind, kommen in Deutschland derzeit auf der Kreisebene nicht vor.

**Typ 5** umfasst Kreise, die zwar Wanderungsgewinne verbuchen können, jedoch nicht in der Höhe, die notwendig wäre, um das Geburtendefizit auszugleichen. Dabei handelt es sich insbesondere um eher strukturschwache ländliche Räume in Westdeutschland; in Sachsen-Anhalt ist der Burgenlandkreis der einzige Vertreter dieses

<sup>2</sup> Auch für Binnen- und Rückwanderer scheint die (Re-)Integration in die örtliche Zivilgesellschaft in vielen Fällen schwierig zu sein (LEIBERT und WIEST 2012). In diesem Sinne ist eine offene lokale Gesellschaft unabhängig von der Nationalität und Herkunft der Zuziehenden eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.



Typs. Da ländliche Kreise in der Regel nicht auf tertiäre Bildungseinrichtungen als "Magnet" für Zuwanderer setzen können und häufig auch durch periphere Lage, Infrastrukturdefizite und wirtschaftliche Strukturschwächen (z.B. hinsichtlich der Branchenstruktur oder des Lohnniveaus) gekennzeichnet sind, ist die Aufgabe, Strategien zur Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung zu entwickeln, deutlich anspruchsvoller als im Fall der Universitätsstädte.

Typ 6, zu dem Dessau-Roßlau und alle sachsen-anhaltischen Landkreise mit Ausnahme des Burgenlandkreises gehören, weist mit einer Kombination von Wanderungsverlusten und Sterbeüberschüssen die am wenigsten nachhaltige Bevölkerungsentwicklung auf. Dieser Typ dominiert in Ostdeutschland, umfasst aber auch Kreise in den klassischen Schrumpfungsregionen Westdeutschlands, etwa in Oberfranken. Für Regionen, in denen sich eine negative natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung überlagern und wechselseitig verstärken, ist es besonders schwierig, aus dem Teufelskreis der Schrumpfung und Alterung auszubrechen. Dies gilt insbesondere für dünn besiedelte, strukturschwache ländliche Räume außerhalb der Pendlereinzugsbereiche der Agglomerationsräume, die - von Rückwanderern, die aus persönlichen oder familiären Gründen zuziehen, abgesehen - nur für einen beschränkten Personenkreis als Wanderungsziel attraktiv sind, während auf der anderen Seite gerade junge Menschen gezwungen sind, zur Ausbildung oder aus beruflichen Gründen abzuwandern. Diese Charakterisierung trifft auf fast den gesamten ländlichen Raum Sachsen-Anhalts zu, der, was neue unternehmerische Initiativen wie Existenzgründungen oder Neuansiedlungen angeht, zu den Regionen mit der bundesweit geringsten unternehmerischen Aktivität gehört (BRAUN et al. 2013). Neben seiner wirtschaftlichen Strukturschwäche ist Sachsen-Anhalt auch durch soziale Probleme gekennzeichnet. Es ist das Flächenland mit der höchsten SGB II-Quote und der stärksten Kinderarmut. Trotz spektakulärer Verbesserungen in den letzten Jahren liegt die Arbeitslosenquote noch immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo Armut und Arbeitslosigkeit vorrangig städtische Phänomene sind, ist in Sachsen-Anhalt der ländliche Raum besonders betroffen, insbesondere der Salzlandkreis und die Kreise Stendal und Mansfeld-Südharz (BBSR 2014). Erschwerend kommt noch dazu, dass die Berichterstattung der überregionalen Presse über den ländlichen Raum Ostdeutschlands häufig einen negativen Unterton hat und ein wenig idyllisches Bild zeichnet von aussterbenden, vergreisenden Räumen mit massiven sozialen Problemen, deren heimliche Herrscher gewaltbereite Neonazis sind. Diese mediale Stigmatisierung prägt die Außenwahrnehmung des ländlichen Ostens sehr stark und beeinflusst möglicherweise auch die Mobilitätsentscheidungen potentieller Zuwanderer, etwa dringend benötigter Fachkräfte (KÜHN und WECK 2013). Vor dem Hintergrund, dass fast alle Kreise zu Typ 6 gehören, ist es nicht verwunderlich, dass knapp 84% der kreisangehörigen Gemeinden in Sachsen-Anhalt Wanderungsverluste und Sterbeüberschüsse aufweisen. Die zur Gemeinde Schönburg im Burgenlandkreis war im



betrachteten Zeitraum die einzige Kommune im Land mit Wanderungsgewinnen und Geburtenüberschüssen; in vier Gemeinden (Barleben, Harbke, Oranienbaum-Wörlitz und Plötzkau) konnten Sterbeüberschüsse durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden.

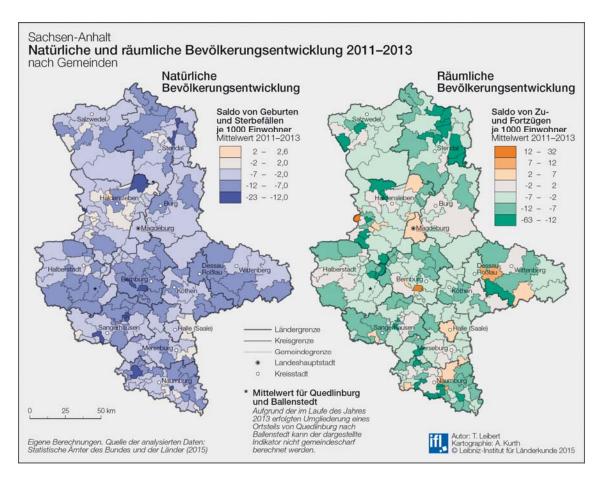


Abbildung 3. Karte: Natürliche und räumliche Bevölkerungsentwicklung 2011-2013

Abbildung 3 zeigt das lokale Muster der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung und verdeutlicht, dass Sachsen-Anhalt fast flächendeckend schrumpft, sowohl durch Abwanderung als auch durch eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung. Die zumeist geringen Wanderungsgewinne in insgesamt 32 kreisangehörigen Gemeinden sind in den meisten Fällen durch die Standorte von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge zu erklären.

Das dargestellte Raummuster ist nicht auf Deutschland beschränkt. Tendenziell ist die für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung besonders vorteilhafte Kombination von Wanderungsgewinnen und Geburtenüberschüssen auch in den anderen EU-Staaten ein städtisches Phänomen. Dass gut erreichbare, wirtschaftsstarke ländliche Räume zu Typ 2 gehören, strukturschwache und periphere Regionen dagegen zu Typ 5 oder Typ 6, ist ebenfalls keine deutsche Besonderheit, sondern ein überge-



ordnetes Muster. Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den wirtschaftlichen Kernräumen ist von der regionalen über die nationale bis auf die europäische Ebene zu beobachten und kann somit als ein Megatrend der Raumentwicklung betrachtet werden (LEIBERT 2014).

#### 1.2 Eine "überalterte" und "unterjüngte" Altersstruktur

Die Alterung, also die Zunahme des Bevölkerungsanteils und der absoluten Zahl älterer Menschen, ist ein zentraler Aspekt des demographischen Wandels sowohl auf der lokalen als auch auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene. Wie schnell und intensiv eine die Bevölkerung einer Raumeinheit altert, hängt von drei Faktoren ab: der Lebenserwartung, dem Beginn und dem Ausmaß des Geburtenrückgangs sowie den altersspezifischen Bilanzen der Binnen- und Außenwanderungen (GANS 2011). Zur Messung der Alterung wird häufig der Altenquotient verwendet, der definiert ist als das Verhältnis der Personen im Rentenalter (hier: über 65) zur Zahl der Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter (hier: 15 bis unter 65). Der Altenquotient kann also näherungsweise als die Zahl der Rentnerinnen und Rentner definiert werden, die von 100 Erwerbstätigen über die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme unterstützt werden. Bei Frauen und Männern ist Hamburg das Bundesland mit dem günstigsten Verhältnis von Senioren und Erwerbstätigen; von den Flächenländern hat Baden-Württemberg - wiederum bei beiden Geschlechtern – den niedrigsten Altenquotienten. Sachsen-Anhalt ist nach Sachsen bei Frauen und Männern das Bundesland mit dem zweithöchsten Altenquotienten. Auf 100 Männer im zwischen 15 und 65 kommen 2013 31,1 Senioren (Bund: 27,0), bei den Frauen ist das Verhältnis mit 46,3 Seniorinnen (Bund: 36,2) pro 100 Erwerbstätige noch ungünstiger. Die Dynamik der Alterung Sachsen-Anhalts wird besonders deutlich, wenn man diese Werte mit den Altenquotienten des Jahres 1995 vergleicht: Vor 20 Jahren kamen auf 100 Männer im erwerbsfähigen Alter 15,0 Senioren (Bund: 16,1). Bei den Frauen lag der Altenquotient mit einem Wert von 30,2 nur knapp über dem Bundesdurchschnitt (29,7).3 Der Anstieg des Durchschnittsalters war in den 1980er Jahren noch moderat, hat sich dann in den 1990er Jahren beschleunigt und war zwischen 2000 und 2010 besonders dynamisch (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2012).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Jeweils eigene Berechnungen mit Daten der Regionaldatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Die Alterung der männlichen Bevölkerung ist mit Altenquotienten über 40 in Dessau-Roßlau (40,1), Bad Dürrenberg und Laucha an der Unstrut (jeweils 40,2), Hettstedt (40,7), Helbra (41,1) sowie Benndorf (43,2) am weitesten fortgeschritten. Auf der Kreisebene sind bei den Männern der Harz- und der Salzlandkreis (jeweils 33,0), der Kreis Wittenberg (33,2) sowie der Kreis Mansfeld-Südharz (35,2) am stärksten gealtert. Am niedrigsten ist der Altenquotient bei Frauen (38,8) und Männern (26,3) im Bördekreis. Der Anteil der über 65-Jährigen ist in der weiblichen Bevölkerung angesichts der längeren Lebenserwartung und durch die starke selektive Abwande-

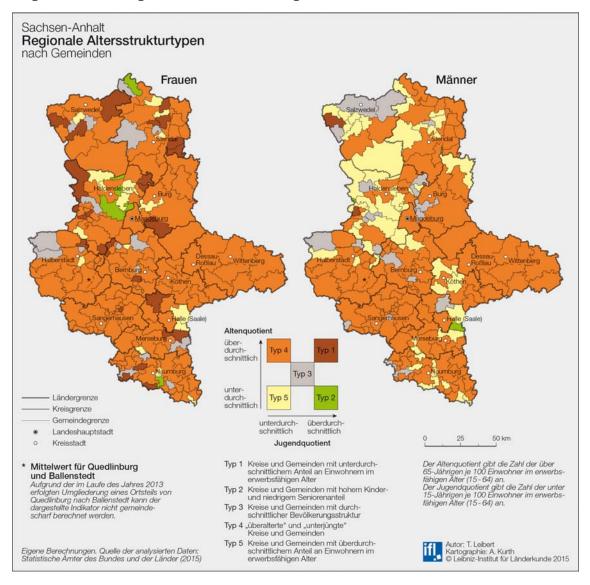


Abbildung 4. Karte: Regionale Altersstrukturtpyen in Sachsen-Anhalt 2013

rung junger Frauen der Altersgruppe 18 bis unter 25 mit 28,3% deutlich höher als bei den Männern (20,9%). Die Gemeinden mit den höchsten Altenquotienten sind Schollene (60,3), Bad Dürrenberg (66,2), Zeitz (66,5) und Benndorf (70,0). Die am stärksten gealterten Kreise sind der Burgenlandkreis (51,0), der Kreis Mansfeld-Südharz (51,4) sowie die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau (55,1). Dessau-Roßlau ist



bundesweit bei beiden Geschlechtern der Kreis mit dem höchsten Altenquotienten. Sachsen-Anhalt ist nicht nur im deutschen Vergleich besonders stark gealtert, sondern gehört auch in europäischer Perspektive zu den Regionen mit dem höchsten Seniorenanteil. Die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau und die Kreise Anhalt-Bitterfeld, Harz, Mansfeld-Südharz und Wittenberg sowie der Burgenland- und der Salzlandkreis gehören mit Regionen in (Ost-)Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal und Spanien zu den 5%<sup>4</sup> der NUTS3<sup>5</sup>-Regionen mit dem höchsten Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen in den EU-, EFTA- und Kandidatenstaaten<sup>6</sup>.

Analog zum Altenquotient kann auch ein Jugendquotient berechnet werden, der als die Relation der Kinder und Jugendlichen (hier: unter 15-Jährige) zur Erwerbsbevölkerung definiert ist. Die Bundesländer mit den höchsten Jugendquotienten sind Schleswig-Holstein bei den Männern und Baden-Württemberg bei den Frauen. Sachsen-Anhalt belegt wiederum den vorletzten Platz, diesmal vor dem Saarland. Auf 100 Männer der Altersgruppe 15 bis 65 kommen im Land nur 17,6 Jungen (Bund: 20,3), bei den Frauen liegt der Jugendquotient ebenfalls bei 17,6 (Bund: 19,5). Im Vergleichsjahr 1995 kamen noch 23,5 Jungen bzw. 23,1 Mädchen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter, beide Werte lagen damals knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Wie ungünstig die Bevölkerungsstruktur im Land ist, wird im europäischen Vergleich deutlich: mit Ausnahme von Halle (Saale), dem Börde- und den beiden Altmarkkreisen gehören alle Kreise zusammen mit weiteren deutschen, italienischen, portugiesischen und spanischen Regionen zu den 5% der NUTS3-Regionen mit dem europaweit niedrigsten Bevölkerungsanteil der unter 15-Jährigen.

Am niedrigsten ist der Jugendquotient der Männer auf Kreisebene in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld (16,6), Mansfeld-Südharz (16,9) und im Burgenlandkreis (17,2); die kinderreichsten Kreise sind der Altmarkkreis Salzwedel (18,4), die kreisfreie Stadt Halle (Saale) und der Bördekreis (jeweils 18,3). Auf der Gemeindeebene liegt der Jugendquotient in Blankenheim (21,1), Kabelsketal (21,2), Sommersdorf (21,5), Diesdorf (21,7) und in Beendorf (24,4) über dem Bundesdurchschnitt, besonders wenig Kinder leben in Wethau (13,0), Burgstall (12,9), Hergisdorf (12,6), Ilberstedt und Kamern (jeweils 12,1) sowie in Steigra (11,8). Bei den Frauen sind die Kreise mit den geringsten Jugendquotienten die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau (16,0), und die Landkreise Wittenberg (16,4) und Anhalt-Bitterfeld (16,9). Wie bei den Männern ist die Zahl der unter 15-Jährigen pro 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter im Altmarkkreis Salzwedel (19,0), dem Bördekreis (18,5) und der Stadt Halle (18,2) am höchsten. Auf Ebene der kreisangehörigen Gemeinden sind es auch bei den Frauen die kleinsten Gemeinden im Land, in denen die Zahl der Mädchen pro 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter besonders hoch bzw. niedrig ist:

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Stand 31.12.2011; Quelle: Regionaldatenbank des CENTRAL EUROPE-Projekts WOMEN

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Im System der europäischen Regionalstatistik das Äquivalent der deutschen Landkreise.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Neben den 28 EU-Staaten Albanien, Island, Kosovo, Liechtenstein, Mazedonien, Montenegro, Norwegen, die Schweiz, Serbien und die Türkei.



Harbke (22,0), Hohenberg-Krusemark und Wust-Fischbeck (jeweils 22,2), Schwanebeck (24,3) sowie Ummendorf (26,7) haben die höchsten Jugendquotienten, während in Iden (14,0), Altmärkische Wische (13,5), Hergisdorf (13,2), Nemsdorf-Göhrendorf (12,2), Osterfeld (12,1) und Edersleben (11,7) die wenigsten Mädchen leben.

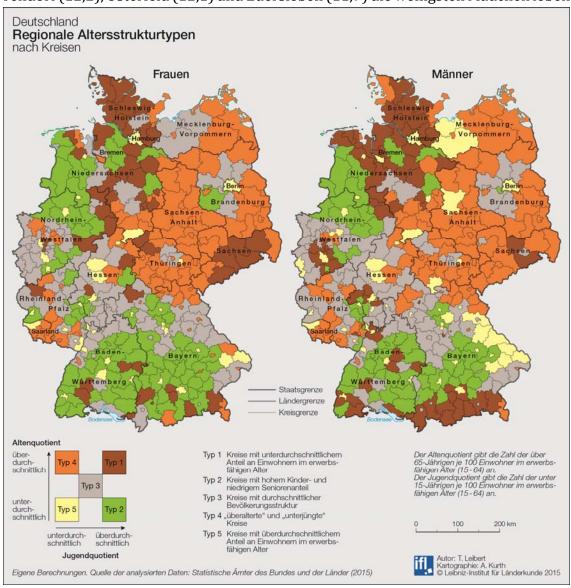


Abbildung 5. Karte: Regionale Altersstrukturtypen in Deutschland 2013

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung einer Region ist in hohem Maße durch die Altersstruktur vorgezeichnet. Dies gilt insbesondere für die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Die Zahl der Sterbefälle pro 1000 Einwohner ist in Regionen mit einem hohen Seniorenanteil höher als in Räumen mit einer "jungen" Altersstruktur. In Folgenden wird anhand einer Typologie, in die sowohl die regionalen Alten- und Jugendquotienten als auch der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter auf der Kreis- und Gemeindeebene analysieren eingeflossen sind, dargestellt, welche Altersstrukturtypen derzeit in Deutschland und Sachsen-Anhalt bestehen. Die Ergebnisse der Typisierung sind in Abbildung 4 (Sachsen-Anhalt) und Abbildung 5



(Deutschland) dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die Bevölkerung im Land im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet als "unterjüngt" und "überaltert" zu charakterisieren ist. Die Zuordnung zu den einzelnen regionalen Altersstrukturtypen unterscheidet sich in einigen Kreisen und Gemeinden für die weibliche und männliche Bevölkerung, das übergeordnete Muster, das im Folgenden dargestellt wird, ist aber für beide Geschlechter sehr ähnlich, sodass keine nach Geschlechtern getrennte Interpretation erfolgt.

Typ 1 umfasst Kreise und Gemeinden mit einem unterdurchschnittlichen Anteil an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter. Sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient liegt über dem Bundesdurchschnitt, was auf eine gewisse Polarisierung der Altersstruktur hindeutet. Einerseits sind die zu Typ 1 zählenden Kreise die Zielgebiete von Altersruhesitz- und Familienwanderungen: landschaftlich attraktive ländliche Räume in äußeren Pendlereinzugsbereich der Agglomerationsräume, beispielsweise im Voralpenland oder an den Küsten. Andererseits gehören auch gealterte Regionen mit in jüngster Zeit deutlich angestiegener Geburtenrate, namentlich im Erzgebirge, zu Typ 1. Auf der Gemeindeebene können Orte zu Typ 1 gehören, die – bei hohem Seniorenanteil – durch den Zuzug junger Familien oder eine vergleichsweise hohe Geburtenrate "verjüngt" wurden.

Kreise und Gemeinden mit hohem Kinder- und niedrigem Seniorenanteil gehören zu **Typ 2**. Dieser von der Altersstruktur her günstigste Typ dominiert in den wirtschaftsstarken ländlichen Räumen Süd- und Nordwestdeutschlands und im suburbanen Raum der westdeutschen Großstädte. Es handelt sich dabei um Regionen, die durch ein gutes Arbeitsplatzangebot, ein hohes Lohnniveau und günstige Lebensbedingungen für Familien attraktiv sind. Auf der Gemeindeebene kommt Typ 2 in Sachsen-Anhalt kaum vor, zumeist handelt es sich aber um Kommunen im Pendlereinzugsbereich von Halle (Saale) bzw. Magdeburg oder um kleine Gemeinden im ländlichen Raum.

Die Kreise mit einer durchschnittlichen Altersstruktur gehören zu **Typ 3** und treten gehäuft in einem Streifen von Südostbayern bis zur niederländischen Grenze sowie im Berliner Umland auf. Dieser Typ ist siedlungsstrukturell und sozioökonomisch sehr heterogen und umfasst neben prosperierenden und strukturschwachen ländlichen Räumen auch suburban geprägte Kreise und sogar einige Großstädte. Dass im Land nur wenige Gemeinden zu Typ 3 gehören, unterstreicht die ungünstige Bevölkerungsstruktur in Sachsen-Anhalt.

"Überalterte" und "unterjüngte" Kreise und Gemeinden sind in **Typ 4** zusammengefasst. Es handelt sich dabei um Abwanderungsgebiete, vorrangig in Ostdeutschland. Auch Kreise in den traditionellen Schrumpfungsregionen Westdeutschlands, etwa in Oberfranken oder der Westpfalz, gehören zu Typ 4. Die überdurchschnittlichen Alten- und unterdurchschnittlichen Jugendquotienten sind insbesondere auf den



Einfluss selektiver Wanderungen zurückzuführen. Die Abwanderung junger Menschen verstärkt die Alterung der zurückbleibenden Bevölkerung, während die "Unterjüngung" dadurch ausgelöst wird, dass die Abgewanderten ihre Familie anderswo gründen. Dieser ungünstigste Altersstrukturtyp dominiert in Sachsen-Anhalt sowohl auf der Kreis- als auch auf der Gemeindeebene. Daraus folgt, dass in Zukunft in weiten Teilen des Landes mit einer verstärkten Schrumpfung von "oben" (durch die erhöhte Sterberate der gealterten Bevölkerung) und von "unten" (durch fehlende Geburten als Folge der selektiven Abwanderung insbesondere junger Frauen) zu rechnen ist. Eine demographische Stabilisierung Sachsen-Anhalts ist unter diesen Rahmenbedingungen sehr schwierig.

Kreise und Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Alten- und Jugendquotienten und folglich einem besonders hohen Bevölkerungsanteil der Erwerbsbevölkerung kennzeichnen Typ 5. Es handelt sich dabei vorrangig um kreisfreie Groß- und Universitätsstädte beziehungsweise um Kreise mit kreisangehörigen Universitätsstädten. Auch wenn sich abzeichnet, dass innerstädtisches Wohnen auch für Familien zunehmend beliebter wird, sind die Großstädte doch nach wie vor eher Wohnstandorte für kinderlose Frauen und Männer. Insbesondere die Lebensphase der Berufsausbildung und des Studiums ist nur schwer mit einer Familiengründung zu vereinbaren. Auf der anderen Seite sind die Kernstädte auch Quellgebiete der Ruhesitzwanderung, sodass der Altenquotient zusätzlich durch Abwanderung reduziert wird. In Sachsen-Anhalt gehören dagegen eher kleinere Gemeinden im Nordwesten zu Typ 5. Dabei handelt es sich um Orte, in denen der hohe Anteil der Einwohner zwischen 15 und 65 auf eine zu DDR-Zeiten junge Bevölkerungsstruktur (niedriger Altenquotient) zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu den Groß- und Universitätsstädten dominieren aber nicht die jüngeren Altersgruppen der Erwerbsbevölkerung, sondern die älteren, deren Kinder schon das Elternhaus verlassen haben und zumeist auch aus der Heimatregion abgewandert sind, was die niedrigen Jugendquotienten erklärt.



#### 2. Szenarien der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt

Das Statistische Bundesamt geht in der aktuellen 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (STATISTISCHES BUNDESAMT 2015e) davon aus, dass die Einwohnerzahl der Bundesrepublik mittelfristig allenfalls leicht schrumpfen wird. In der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung war das Statistische Bundesamt je nach Prognosevariante auf der Bundesebene noch von einem Bevölkerungsrückgang zwischen 3,3% und 6,6% ausgegangen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2009). In Abhängigkeit von denen dem jeweiligen Modell zugrundeliegenden Annahmen zu Geburtenrate, Lebenserwartung und Höhe der Zuwanderung aus dem Ausland ist für 2030 mit einer Einwohnerzahl zwischen 79,2 Millionen (-1,9%) und 82,3 Millionen (+1,9%) zu rechnen. Von starken Verlusten bei der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung ist dagegen in allen Varianten auszugehen. Im optimistischsten Szenario geht die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen bis 2030 um 8,9% zurück, nach dem pessimistischsten Szenario dagegen um 11,5%. Die Zahl der über 65-Jährigen soll in allen Varianten um etwa 30% steigen. Bei der Entwicklung der Zahl der unter 20-Jährigen liegt sowohl ein moderater Rückgang (-5,7% in der pessimistischsten Variante), aber auch eine leichte Steigerung (+3,5% im positivsten Szenario) im Bereich des Möglichen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2015e). Verschiedene aktuelle Studien kommen zum Schluss, dass die Schrumpfung durch steigende Geburtenraten und eine Nettozuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr mittel- bis langfristig deutlich abgeschwächt oder sogar verhindert werden könnte. Das Problem der Alterung kann dagegen, nicht zuletzt aufgrund des ungünstigen Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung, durch Zuwanderung nicht gelöst werden (BUJARD 2015; WEBER 2015).

Möglicherweise werden die zukünftige Gesamtbevölkerung sowie Entwicklung der Zahl der unter 20-Jährigen sogar unterschätzt. GOLDSTEIN et al. (2011) gehen davon aus, dass das Fertilitätsniveau, auf dem die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamts beruhen, aufgrund des anhaltenden Aufschubs von Geburten in ein höheres Lebensalter zu niedrig angesetzt ist. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung geht von einem Absinken der Kohortenfertilität, also der tatsächlichen Zahl von Kindern, die eine Frau bis zur Menopause bekommen hat, von 1,66 auf 1,40 aus (GOLDSTEIN et al. 2011). Andere Autoren rechnen dagegen damit, dass der Rückgang der Kohortenfertilität abgeschlossen und eine Stagnation oder ein leichter Anstieg der endgültigen Kinderzahl wahrscheinlich ist (GOLDSTEIN et al. 2011, STOCK et al. 2012). Allerdings weisen diese Studien auch darauf hin, dass die Prognose zukünftiger Fertilitätsentwicklungen sehr schwierig ist. Die Zeitgenossen haben weder den "Babyboom" der Nachkriegszeit noch den anschließenden Geburtenrückgang voraussehen können.

Leider liegen die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



noch nicht auf der Länderebene vor. Um Aussagen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt treffen zu können, muss daher auf zwei aktuelle Bevölkerungsvorausberechnungen anderer Institutionen zurückgegriffen werden: Die aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung der Bertelsmann-Stiftung (BERTELSMANN-STIFTUNG 2015b) und die auf Basis der Zensusergebnisse neu berechnete Raumordnungsprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (s. Tabelle 1). Durch die Zensusbereinigung musste die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung von 81,8 auf 80,2 Millionen Einwohner nach unten korrigiert werden. Aufgrund der zu hoch angesetzten Bezugsbevölkerung wurden die Geburten-, Sterbe- und Wanderungsraten unterschätzt. So erhöhte sich beispielsweise die zusammengefasste Geburtenziffer 2011 für die neuen Länder durch die Zensuskorrektur von 1,40 auf 1,44. In den ostdeutschen Großstädten musste die Totale Fertilitätsrate (TFR) noch stärker nach oben korrigiert werden - von 1,36 auf 1,43 (BUCHER 2014). Im Rahmen der Neuberechnung der Raumordnungsprognose wurden die Parameter der Fertilitäts-, Mortalitäts- und Wanderungsmodelle entsprechend der Zensusergebnisse korrigiert und modifiziert (SCHLÖMER et al. 2015). Die Bertelsmann-Stiftung hat im Wesentlichen den Bezugszeitraum ihrer Bevölkerungsvorausberechnung aktualisiert, wodurch aktuelle Trends der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung besser abgebildet werden können.

Tabelle 1. Bevölkerungsprognosen im Vergleich für die Bundesländer

	Bevölkerungspro mann-S		Bertels-	Raumordnungsprognose Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung					
Bundesland	Bevölkerungs- entwicklung	Medianalter der Bevölke- rung in Jahren		Relative Bevölkerungsentwicklung nach Altersgrup pen 2012-2030					
	2012-2030	2012	2030	gesamt	unter 15	15-65	65-80	über 80	
Baden-Württemberg	2,1%	44,2	47,4	3,6%	-2,2%	-5,3%	32,6%	53,6%	
Bayern	3,5%	44,3	47,3	2,3%	-4,4%	-6,4%	31,8%	50,9%	
Berlin	10,3%	43,0	42,8	4,7%	1,4%	-1,9%	15,6%	82,9%	
Brandenburg	-3,5%	48,6	53,0	-5,4%	-15,5%	-19,2%	34,7%	54,9%	
Bremen	1,0%	44,7	46,5	-1,2%	-6,3%	-7,2%	11,3%	46,3%	
Hamburg	7,5%	42,0	43,0	5,4%	4,8%	1,7%	10,4%	45,0%	
Hessen	1,8%	44,8	47,3	-0,4%	-7,4%	-9,0%	26,5%	50,6%	
Mecklenburg-Vorpommern	-7,9%	48,5	52,6	-12,4%	-22,8%	-27,4%	33,5%	49,0%	
Niedersachsen	-1,8%	45,4	49,2	-1,3%	-9,1%	-10,4%	26,6%	47,1%	
Nordrhein-Westfalen	-2,7%	44,9	47,4	-2,3%	-6,6%	-11,0%	25,5%	37,1%	
Rheinland-Pfalz	-2,8%	45,7	49,5	-1,5%	-7,7%	-12,3%	36,8%	39,4%	
Saarland	-7,9%	47,4	50,9	-7,7%	-13,2%	-19,0%	29,2%	29,5%	
Sachsen	-5,9%	48,2	50,2	-10,8%	-15,5%	-20,8%	9,9%	36,7%	
Sachsen-Anhalt	-13,6%	49,2	53,0	-16,8%	-23,2%	-29,2%	12,5%	37,2%	
Schleswig-Holstein	0,4%	45,8	49,7	0,4%	-7,2%	-8,5%	18,6%	66,4%	
Thüringen	-9,9%	48,5	52,2	-14,7%	-23,4%	-27,4%	19,3%	41,4%	
Deutschland	-0,7%	45,3	48,1	-1,5%	-7,3%	-10,7%	25,9%	46,8%	

Quelle: Bertelsmann-Stiftung (2015b); BBSR (2015); eigene Berechnungen

Auf Ebene der Bundesländer zeigen beide Vorausberechnungen – auch wenn sich die prognostizierten Einwohnerzahlen teilweise deutlich unterscheiden –, dass für



die Bundesrepublik auch mittelfristig ein Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung charakteristisch sein wird. Dabei setzen sich die übergeordneten Trends der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre fort: einerseits eine Konzentration der Bevölkerung in wirtschaftsstarken Regionen vor allem in Süddeutschland, andererseits eine Konzentration der Bevölkerung in den Agglomerationsräumen zum Nachteil der ländlichen Regionen. Bei diesem Trend gehen die Einschätzungen des BBSR und der Bertelsmann-Stiftung am stärksten auseinander. Während das BBSR von einer rückläufigen Dynamik der Bevölkerungsentwicklung in den Kernstädten ausgeht und die größten Bevölkerungszuwächse im suburbanen Raum der westdeutschen Kernstädte und Berlins verortet, geht die Bertelsmann-Stiftung von einem anhaltenden Wachstum der meisten Großstädte aus.

Beide Prognosen stimmen darin überein, dass Sachsen-Anhalt im Zeitraum 2012 bis 2030 das Bundesland mit den stärksten Einwohnerverlusten sein wird und weiterhin stark altert. Eine besondere Herausforderung für den Wirtschaftsstandort ist das starke Schrumpfen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Dies betrifft insbesondere die Zahl der jüngeren Erwerbstätigen, die nach der BBSR-Prognose bis 2035 in den Raumordnungsregionen Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Magdeburg um mehr als 35% sinken könnte (SCHLÖMER et al. 2015). Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen stellt ein Nachwuchs- und Fachkräftemangel eine Bedrohung für die regionale Wirtschaftskraft dar (ERDMANN und HAMANN 2012). Da der Rückgang der Zahl der Erwerbspersonenfast alle Regionen Deutschlands betrifft, ist mit einer zunehmenden innerdeutschen Konkurrenz um qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu rechnen. Angesichts geringer Löhne und infrastruktureller Defizite (z.B. lückenhafte Nahversorgung, fehlendes schnelles Internet, lange Schulwege) ist fraglich, ob die ländlichen Räume Sachsen-Anhalts in der zunehmenden interregionalen Konkurrenz um hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen ländliche Wachstumsräume in Südund Nordwestdeutschland mit höherem Lohnniveau und gut ausgebauter Infrastruktur bestehen können.

Als ausgesprochen ungünstig ist auch die Entwicklung der Zahl der unter 15-Jährigen einzustufen. Hier deuten sich kurz- bis mittelfristig in den dünn besiedelten ländlichen Räumen große Herausforderungen an, ein wohnortnahes Kinderbetreuungs- und Grundschulangebot zu sichern und im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ein qualitativ hochwertiges, die individuellen Begabungen der Jugendlichen förderndes Bildungsangebot aufrechtzuerhalten. Schon heute müssen viele Schülerinnen und Schüler lange Schulwege auf sich nehmen, wodurch sich ihre Freizeit reduziert und die Lebensqualität sinkt.

Aufgrund der aktuell schon weit fortgeschrittenen Alterung der sachsen-anhaltischen Bevölkerung dürfte der Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen und der Hochbetagten schwächer ausfallen als in den meisten anderen Bundesländern. Trotzdem wird Sachsen-Anhalt auch in Zukunft zu den Bundesländern mit dem



höchsten Anteil an Einwohnern im Rentenalter gehören. Eine Herausforderung für die Landespolitik besteht darin, im ländlichen Raum die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und die medizinische Versorgung sicherzustellen sowie auch mobilitätseingeschränkten Personen die Erreichbarkeit von Grund-, Mittel- und Oberzentren zu ermöglichen. In Sachsen-Anhalt kommt es durch die starke Abwanderung junger Erwachsener mittelfristig zu einer Ausdünnung der vor Ort vorhandenen sozialen Netze vieler Seniorinnen und Senioren. Wenn ältere Menschen, deren Töchter und Söhne außerhalb Sachsen-Anhalts leben, und die auch nicht auf andere informelle Unterstützungsnetzwerke an ihrem Wohnort verfügen, auf fremde Hilfe angewiesen sind, müssen in Zukunft häufiger die öffentliche Hand, der Markt oder ehrenamtliche Akteure Aufgaben übernehmen, die anderswo von der Familie bewältigt werden.

Bei der Einschätzung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung innerhalb Sachsen-Anhalts liegen die Vorausberechnungen des BBSR und der Bertelsmann-Stiftung teilweise deutlich auseinander, insbesondere in Hinblick auf die Prognosen für Halle (Saale) und Magdeburg. Während die Bertelsmann-Stiftung von einer Stagnation der Bevölkerungszahl ausgeht, rechnet das BBSR mit einen deutlichen Rückgang auf etwa 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Vor dem Hintergrund der Entwicklungstrends seit Beginn der 2000er Jahre erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einschätzung einer stabilen Bevölkerungsentwicklung von Halle (Saale) und Magdeburg realistischer als das Schrumpfungsszenario. Aktuell lässt sich in der Bundesrepublik eine zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den Agglomerationsräumen feststellen. Innerhalb der Agglomerationsräume hat gleichzeitig eine Zentralisierung der Bevölkerung stattgefunden, wobei sich insbesondere innenstadtnahe Teilräume besonders positiv entwickelt haben (OSTERHAGE und KAUP 2012). Die Situation vieler suburbaner Wohngebiete in Sachsen-Anhalt ist dagegen durch eine rückläufige Nachfrage nach Immobilien, Preisverfall und Leerstände gekennzeichnet, insbesondere in nicht integrierten Lagen mit infrastrukturellen Defiziten (FRIEDRICH et al. 2014). Der Konzentrationstrend innerhalb der Stadtregionen ist in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. In vielen Ballungsräumen - unter anderem in Halle (Saale) und Magdeburg - ist ein Auseinanderdriften der Entwicklungsdynamik der Kernstadt und des Umlands im Sinne einer absoluten Zentralisierung erkennbar. Die Städte wachsen, während die Umlandgemeinden Einwohner verlieren. Die Stadtgrenze markiert einen deutlichen Bruch in der Bevölkerungsentwicklung (OSTERHAGE und KAUP 2012; ADAM et al. 2015). Eine Ursache ist, dass in schrumpfenden Wohnungsmarktregionen wie Sachsen-Anhalt innenstadtnah ein attraktives Wohnungsangebot vorhanden ist. Viele potentielle Suburbanisierer behalten daher angesichts niedriger Mieten und eines sanierten und erneuerten Gebäudebestands ihren Wohnsitz in der Kernstadt bei (FRIEDRICH et al. 2014, ADAM et al. 2015). Außerdem überlagern sich ein Struktur- und ein Verhaltenseffekt: Einerseits ist in den Kernstädten die Zahl der Familienhaushalte, also der potentiellen



Suburbanisierer rückläufig, andererseits steigt durch die Individualisierung und Internationalisierung der deutschen Gesellschaft (MÜNTER 2014), aber auch durch Veränderungen in der Lebens- und Arbeitswelt, etwa die zunehmende Zahl von Doppelverdienerhaushalten oder die Flexibilisierung und Entgrenzung des Arbeitslebens, die Zahl stadtaffiner Haushalte (MENZL 2014). Es gibt allerdings auch eine Reihe von Faktoren, die eine weitere Attraktivität suburbaner Wohnstandorten fördern bzw. die Renaissance der Städte als Wohnstandort hemmen, beispielsweise die zunehmende Bedeutung von Wohneigentum für die Altersvorsorge, begrenztes Flächenpotential in den Kernstädten oder die wachsende Bedeutung von Tele- und

Tabelle 2. Bevölkerungsprognosen im Vergleich für Sachsen-Anhalt

	Bevölkerungsprogn Sti	ose der Berte ftung	Raumordnungsprognose des BBSR			
Landkreis/ kreisfreie Stadt	Relative Bevölke- rungsentwicklung	Medianalter völkerung ir		Relative Be- völkerungs- entwicklung	Durchschnittsalter der Bevölkerung in Jahren	
	2012-2030	2012	2030	2012-2030	2012	2035
Dessau-Roßlau	-16,2%	51,6	55,2	-21,6%	49,1	53,3
Halle (Saale)	-3,7%	45,3	45,0	-14,3%	44,7	47,8
Magdeburg	-0,9%	46,2	46,4	-11,0%	45,2	48,2
Altmarkkreis Salzwedel	-15,4%	48,6	54,2	-16,8%	46,2	52,1
Anhalt-Bitterfeld	-19,9%	50,2	55,8	-20,4%	48,2	52,9
Börde	-12,5%	48,3	53,7	-12,1%	45,9	50,8
Burgenlandkreis	-17,2%	50,4	55,5	-17,4%	48,3	52,7
Harz	-15,5%	50,1	55,7	-18,0%	48,2	53,7
Jerichower Land	-11,9%	49,5	55,1	-14,8%	47,1	52,8
Mansfeld-Südharz	-21,5%	51,2	57,6	-22,4%	48,8	54,1
Saalekreis	-13,0%	49,0	53,9	-12,4%	47,0	51,2
Salzlandkreis	-18,5%	50,2	50,2 55,7		47,8	52,9
Stendal	-17,9%	49,0 55,6		-18,6%	46,7	52,2
Wittenberg	-17,8%	50,6	57,0	-20,7%	48,6	54,3

Quelle: Bertelsmann-Stiftung (2015b); BBSR (2015); eigene Berechnungen

Heimarbeit (MÜNTER 2014). Im Prognosezeitraum wird es beiden Vorausberechnungen zufolge zwei große Verlierer geben: Dessau-Roßlau und die ländlichen Regionen außerhalb der Stadtregionen Halle (Saale), Magdeburg und Wolfsburg<sup>7</sup> (s. Tabelle 2). Beide Raumkategorien haben schon im Zeitraum 1990 bis 2011 starke Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen, während die Gemeinden in den Einzugsbereichen der Oberzentren weniger stark von Schrumpfung betroffen waren. Für die Zukunft ist insbesondere in den strukturschwächsten Räumen des Landes, namentlich im Kreis Mansfeld-Südharz, mit überdurchschnittlichen Einwohnerverlusten zu rechnen. Aus Sicht der territorialen Kohäsion des Landes ist die zu erwartenden starke Schrumpfung des Oberzentrums Dessau-Roßlau negativ zu bewerten. Da

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Der (Pendler-)Einzugsbereich des Oberzentrums Wolfsburg umfasst in Sachsen-Anhalt den westlichen Bördekreis sowie weite Teile des Altmarkkreises Salzwedel (LEIBERT 2012).



auch für die umliegenden Kreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg erhebliche Einwohnerverluste prognostiziert werden, ist zu befürchten, dass mittelfristig die für eine Gewährleistung der zentralörtlichen Funktionen notwendige Bevölkerungszahl unterschritten und dadurch die Gewährleistung der Daseinsvorsorge im Osten Sachsen-Anhalts erschwert oder sogar gefährdet wird.

Zur Schrumpfung kommt in allen Landkreisen und in Dessau-Roßlau ein deutlicher Anstieg des mittleren Alters, ausgehend von im Vergleich zu anderen Bundesländern ohnehin schon sehr hohen Werten. Ausnahmen vom übergeordneten Alterungstrend sind Halle (Saale) und Magdeburg, nicht zuletzt durch die Zuwanderung junger Frauen und Männer zu Ausbildungszwecken. Beim Vergleich der Angaben der Altersmittelwerte in der Tabelle ist zu beachten, dass das Medianalter (Bertelsmann-Stiftung) und das Durchschnittsalter (BBSR) nicht identisch sind. Das Durchschnittsalter ist das arithmetische Mittel der Lebensalter der in einer bestimmten Region lebenden Bevölkerung. Das von der Bertelsmann-Stiftung verwendete Medianalter teilt dagegen die Altersverteilung in einer bestimmten Raumeinheit in zwei Hälften. So waren im Saalekreis und im Kreis Stendal 2012 50% der Einwohner jünger als 49 Jahre und 50% älter. Im Kreis Mansfeld-Südharz ist damit zu rechnen, dass 2030 jeder zweite Einwohner über 58 Jahre alt sein wird. Die Prognosezahlen unterstreichen, dass der ländliche Raum Sachsen-Anhalts in Zukunft von ausgeprägten demographischen Problemen betroffen sein wird, die in diesem Ausmaß in anderen Bundesländern nicht zu erwarten sind. Auch wenn die Bevölkerungsentwicklung auf Bundesebene bis 2030 der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zufolge - sofern sich die aktuellen Entwicklungstrends verstetigen – etwas günstiger ausfallen könnte als in der Vergangenheit angenommen, steht doch außer Frage, dass Sachsen-Anhalt zu den Bundesländern gehört, die am wenigsten von der sich andeutenden leichten Trendwende profitieren werden.



#### 3. Die ausländische Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

Im folgenden Abschnitt soll auf die aktuelle Lage der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt eingegangen werden. Dabei geht es einerseits um die demographische Beschreibung dieses Teiles der Bevölkerung. Aber auch Migrationsmotive und die Perspektive der internationalen Zuwanderung werden betrachtet.

#### 3.1 Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Überblick

Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit dem geringsten Anteil an Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund (s. Abbildung 7). Der Bevölkerungsanteil der Ausländerinnen und Ausländer<sup>8</sup> lag für 2013 bei 2,2 Prozent (s. Abbildung 8), der Prozentsatz der Menschen mit Migrationshintergrund<sup>9</sup> ist geringfügig höher (3,8%, Schätzung nach Zensus 2011). Dabei gibt es starke geschlechtsspezifische Unterschiede: so betrug der Bevölkerungsanteil der ausländischen Frauen 2013 1,84%, während sich 2,66% ausländische Männer in Sachsen-Anhalt aufhielten. Es lässt sich also von einer verstärkten männlichen Zuwanderung sprechen. Informationen über Menschen mit Migrationshintergrund bietet der Zensus, der 2011 durchgeführt wurde. Diese Angaben sind nicht exakt, sondern werden repräsentativ erhoben und auf die entsprechende Bevölkerung hochgerechnet. Dabei wird die Genauigkeit des Zensus angezweifelt (SCHWENDTKER 2014). Doch auf diese Datengrundlage bezieht sich auch die Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes. Nach Berücksichtigung der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsbewegungen wird die Größe der Bevölkerung ermittelt. So kommt es, dass es unterschiedliche Zahlen über die Gesamtanzahl von Ausländern in Sachsen-Anhalt gibt. Zum Stichtag 30.06.2014 berichtet die Fortschreibung von 53.418 Ausländern und Ausländerinnen für Sachsen-Anhalt, das Ausländerzentralregister weist dagegen 62.155 Personen aus (STATISTISCHES BUNDESAMT 2015a).

Damit ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren kontinuierlich um etwa 0,2 Prozentpunkte pro Jahr gestiegen (s. Tabelle 3). Nicht erfasst werden kann in diesem Zusammenhang die sogenannte "illegale/irreguläre" Migration. Damit werden Personen beschrieben, die ihrer Meldepflicht nicht nachkommen, da sie sich ohne gültige Aufenthaltstitel oder Duldung in Deutschland aufhalten.

<sup>8</sup> Ausländerinnen und Ausländer sind Nicht-Deutsche im Sinne des Art. 116 GG. Nicht dazu zählen Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Der Zensus (2011) definiert Migrationshintergrund für Personen, die nach 1955 auf das Gebiet der Bundesrepublik eingewandert sind. Dazu zählen auch Kinder mit mindestens einem Elternteil, das nach 1955 eingewandert ist.



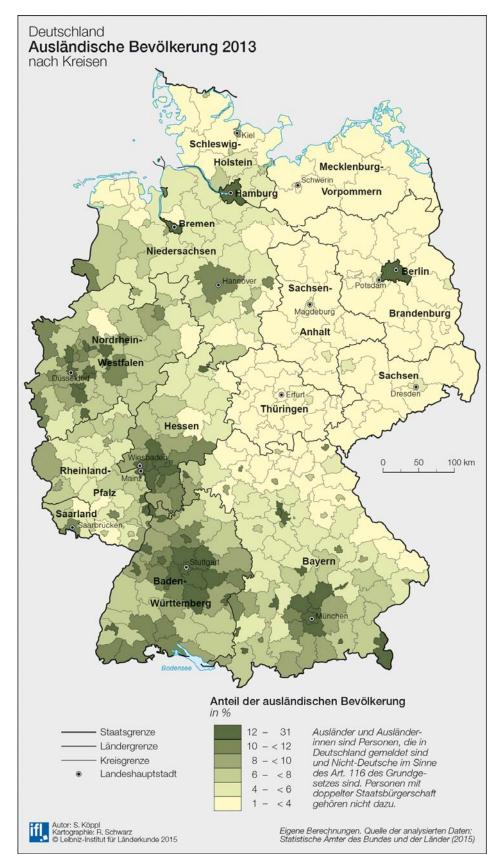


Abbildung 6. Karte: Ausländische Bevölkerung 2013



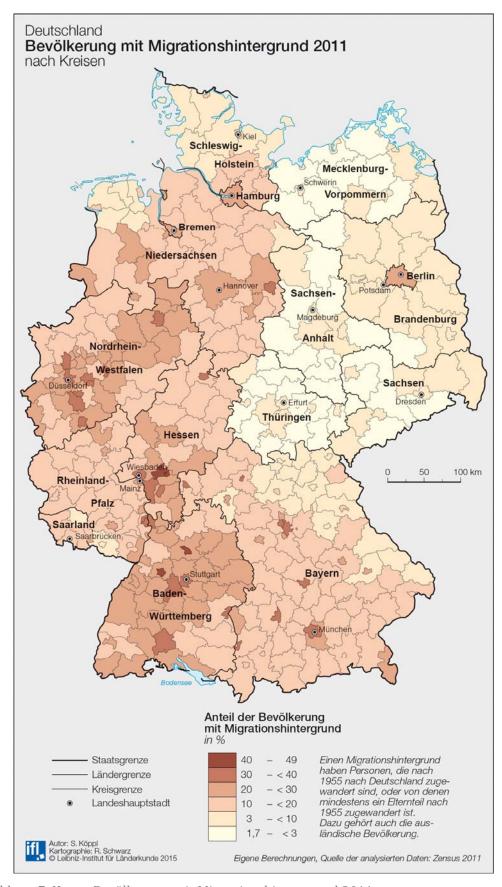


Abbildung 7. Karte: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011



Der Migrationsbericht 2013 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2015a) verweist im Zusammenhang mit dieser Statistik auf gestiegene Zahlen von unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländern. Die Zahlen steigen seit den 2000er Jahren an, erreichen aber noch nicht das Niveau der 1990er Jahre.

Tabelle 3. Anteil der ausländischen Bevölkerung zwischen 2011 - 2013

Jahr	Deutschland:	Anteil ausländ kerung in %	ischer Bevöl-	Sachsen-Anhalt: Anteil ausländischer Bevölkerung in %				
	Gesamt	Weiblich	Männlich	Gesamt	Weiblich	Männlich		
2011	7,75 7,55		7,96	1,87	1,59	2,16		
2012	8,07	7,82	8,33	2,04	1,72	2,38		
2013	8,46 8,16		8,78	2,24	1,84	2,66		

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Für Deutschland wurde mit der durchschnittlichen Bevölkerung gerechnet. Für Sachsen-Anhalt gilt der Bevölkerungsstand zum 31.12. des jeweiligen Jahres.

Im Jahr 2013 hat die Bundespolizei über 30.000 Personen in ganz Deutschland erfasst. Daraus lassen sich keine Schlüsse ziehen zur Anzahl illegaler Geflüchteter in Sachsen-Anhalt. Abschließend ist zu betonen, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung zwar wächst, vor allem durch die gestiegenen Zahlen von Asyl-Erstanträgen. Für viele Personen dürfte Sachsen-Anhalt aber nur eine Durchgangsstation sein. Die Wanderungsstatistik 2014 (STATISTISCHES BUNDESAMT 2015f) weist einen Wanderungsgewinn im Saldo von 4.065 Menschen aus dem Ausland für Sachsen-Anhalt aus. Insgesamt hat Sachsen-Anhalt aber mit 8.240 Fortzügen Bevölkerung an die anderen Bundesländer verloren. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt bei 1.480 Fortzügen in andere Bundesländer 18 %. Das stützt die These einer mangelnden Attraktivität Sachsen-Anhalts für einen dauerhaften Aufenthalt der ausländischen Bevölkerung (Detaillierte Beschreibung der Wanderungsbewegungen finden sich in Kapitel 6).

# 3.2 Herkunft und räumliche Ausbreitung der ausländischen Bevölkerung

Die mit 58 Prozent aller ausländischen Bewohner größte Zuwanderergruppe in Sachsen-Anhalt stammt aus den Ländern der Europäischen Union (EU-28, Stand 01.07.2013) und den Drittstaaten auf dem europäischen Kontinent (inkl. Türkei, Ukraine und Russische Föderation). Von den konkreten Herkunftsländern her gesehen, stammt die größte Gruppe internationaler Migranten aus Polen (s. Tabelle 4). Die Gründe dafür dürften in der räumlichen Nähe und in der Arbeitnehmerfreizügigkeit liegen, die seit 2011 auch für Polen gilt. Betrachtet man die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung in den Landkreisen und kreisfreien Städten wird klar,



dass urbane Zentren am attraktivsten für Migranten sind. In Halle (Saale) und Magdeburg sind die Anteile der ausländischen Bevölkerung am höchsten. Der Burgenlandkreis ist der Landkreis mit dem drittgrößten Ausländeranteil. In Sachsen-Anhalt lassen sich auch Konzentrationen von außereuropäischen Zuwanderergruppen finden. In Dessau-Roßlau und Anhalt-Bitterfeld zum Beispiel leben größere chinesische Gemeinschaften. Das könnte neben den Hochschulen auch an chinesischen Investoren liegen, die sich in der Region engagieren.

Tabelle 4. Herkunftsstaaten der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt 2014

	Ges	amt	Fra	uen	Männer		
Herkunftsstaaten	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	1003	1,61	368	1,46	635	1,72	
Amerika	1595	2,57	760	3,02	835	2,26	
Indien	1910	3,07	439	1,75	1471	3,98	
Ungarn	2108	3,39	538	2,14	1570	4,24	
Türkei	2336	3,76	826	3,28	1510	4,08	
Rumänien	2504	4,03	909	3,61	1595	4,31	
China (inkl. Hongkong)	2661	4,28	1218	4,84	1443	3,90	
Ukraine	2975	4,79	1733	6,89	1242	3,36	
Syrien	3304	5,32	1133	4,50	2171	5,87	
Afrika südlich der Sahara	3679	5,92	709	2,82	2970	8,03	
Russische Föderation	3712	5,97	2231	8,87	1481	4,00	
Vietnam	3865	6,22	1981	7,88	1884	5,09	
Nordafrika und Naher Osten (ohne Syrien)	3969	6,39	1214	4,83	2755	7,45	
Asien und Ozeanien (ohne China, Indien und Vietnam)	4035	6,49	2028	8,06	2007	5,42	
Sonstige Staaten Europas	6344	10,21	2971	11,81	3373	9,12	
Polen	6466	10,40	2161	8,59	4305	11,63	
EU (ohne Polen, Rumänien und Ungarn)	9689	15,59	3935	15,64	5754	15,55	
Insgesamt	62155	100	25154	100	37001	100	

Quelle: Eigene Berechnungen, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Ausländerzentralregister, Stand: 31.12.2014

In Halle (Saale) lebt eine größere Gruppe von Menschen aus Afrika (422 Frauen, 840 Männer). Hier zeigt sich, dass soziale Netzwerke für Migranten und Migrantinnen bei der Wahl eines Wohnstandortes eine große Rolle spielen (NADLER et al. 2012).



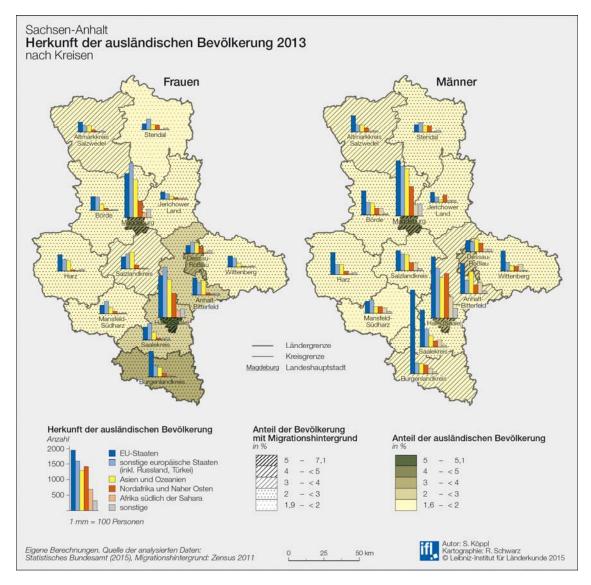


Abbildung 8. Karte: Herkunft der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

Im Burgenlandkreis lässt sich eine Konzentration von Menschen aus Polen beobachten (439 Frauen, 1702 Männer; 22% und 43% Anteil in der Gruppe des jeweiligen Geschlechts). Dabei spielt die Fleischfabrik Tönnies als Arbeitgeber eine große Rolle. Von den 1.000 Beschäftigten mit Werkverträgen sind die Mehrheit Polen (RIEDEL 2013). Die örtliche Integration der polnischen Arbeiter, die auch am Wochenende pendeln, wird aber als eher gering bewertet (GOLDENBERG und SACKMANN 2014). Im Saalekreis leben 400 männliche Ungarn (45 Ungarinnen), das sind 15 Prozent der männlichen ausländischen Bevölkerung. Allerdings darf man bei diesen Prozentzahlen nicht vergessen, dass die absoluten Zahlen im bundesdeutschen Vergleich sehr gering bleiben. Um die Motivation von bestimmten Zuwanderungsgruppen besser zu verstehen, soll im Folgenden die ausländische Bevölkerung noch genauer betrachtet werden.



## 3.3 Demographische Merkmale: Alter, Bildung, und Aufenthaltsdauer

Hinsichtlich der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung fällt auf, dass vor allem jüngere Personen nach Deutschland und Sachsen-Anhalt zuwandern (s. Tabelle 5). Dabei verweist der Migrationsbericht 2013 des BAMF (2014) auf den "Healthy-Migrant-Effect". Zuwanderinnen und Zuwanderer haben kurz nach ihrer Ankunft die geringsten Sterberisiken, da besonders gesunde und junge Personen nach Deutschland kommen. In Sachsen-Anhalt ist die Hälfte der ausländischen Bevölkerung zwischen 18 und 40 Jahren alt. Damit liegt das Bundesland unter dem deutschen Durchschnitt. Die Ursachen dafür liegen vermutlich im kurzen Zeitraum der Zuwanderung, die in den westdeutschen Bundesländern seit den sechziger Jahren anhält. Damit zeigt sich das Potential von internationaler Migration für Sachsen-Anhalt um einer Überalterung der Gesellschaft entgegen zu wirken.

Tabelle 5. Ausgewählte Altersgruppen in Deutschland und Sachsen-Anhalt 2014

abolic 5. Trasgewantee Titersgruppen in Deatsenana and Sacisen Tilliate 2011										
Ausgewähl	Ausgewählte Altersgruppen		eutsche (%	o)	Ausländer(innen) (%)					
	and und Sachsen-		Geschlecht		(	Seschlecht				
Anhalt In Jahren		Gesamt	Weiblich	Männ- lich	Gesamt	Weiblich	Männ- lich			
Deutschland	Bis unter 18	16,59	15,77	17,45	11,54	11,45	11,62			
	18 bis unter 40	24,49	23,51	25,52	42,21	42,48	41,95			
	40 bis unter 65	37,06	36,23	37,94	36,30	36,56	36,06			
	ab 65	21,87	24,50	19,10	9,95	9,51	10,37			
	Gesamt	100	100	100	100	100	100			
Sachsen-	Bis unter 18	13,35	12,65	14,08	14,01	15,95	12,62			
Anhalt	18 bis unter 40	22,09	20,34	23,92	52,38	51,51	53,01			
	40 bis unter 65	39,44	38,31	40,63	29,50	27,65	30,84			
	ab 65	25,12	28,69	21,36	4,11	4,90	3,53			
	Gesamt	100	100	100	100	100	100			

Quelle: Destatis 2015, eigene Berechnungen. Stand: 31.12.2014

Entscheidend für die Integration von zugewanderten Personen ist auch das Bildungsniveau, gerade bei der Diskussion um Fachkräftezuwanderung. Informationen darüber lassen sich aus dem Zensus 2011 schließen. Für Sachsen-Anhalt fällt auf, dass im Bundesvergleich überdurchschnittliche gut ausgebildete Menschen zuwandern (s. Tabelle 6). Ein Grund dafür kann ein weiterführendes Studium sein. Aber auch bei den beruflichen Abschlüssen fällt Sachsen-Anhalt durch einen geringeren Anteil an Zugewanderten ohne beruflichen Abschlüss auf. Dabei stellt sich die Frage, ob die Abschlüsse nur in Deutschland nicht anerkannt werden, oder ob sie generell nicht vorhanden sind. Da Abschlüsse den Zugang zum Arbeitsmarkt darstellen beginnt hier die erfolgreiche Integration. Sachsen-Anhalt und Thüringen haben Regelungen eingeführt, um Ausländerinnen und Ausländern mit einem Ausbildungsvertrag zu ermöglichen, trotz abgelehntem Asylantrag die Duldung aufrecht



zu erhalten (GERESSEN 2015). Das Problem der Arbeitsintegration wird auch in einer aktuellen Studie der BERTELSMANN-STIFTUNG (2015a) thematisiert. Darin werden systematische Maßnahmen seit den 1980er Jahren beschrieben, um Asylbewerber vom Arbeitsmarkt auszuschließen. Damals galt eine fünfjährige Sperrfrist. Zugewanderte aus dem ehemaligen Ostblock durften ein Jahr lang nicht arbeiten. Diese Regelungen wurden erst 2013 geändert. Vor allem vor dem Hintergrund der Diskussion über einen Fachkräftemangel wurde das Arbeitsverbot auf einen Monat reduziert. Dabei gilt trotzdem 15 Monate lang das Prinzip der Nachrangigkeit. Bei offenen Stellen muss geprüft werden, ob Deutsche, EU-Bürger/innen oder Gleichberechtige für diese Stelle zur Verfügung stehen. Erst wenn das nicht der Fall ist, wird eine ausländische Bewerbung für die offene Stelle berücksichtigt. Sachsen-Anhalt gehört generell eher zu den schwierigeren Arbeitsmärkten. Für den Juli 2015 lag die Arbeitslosenquote bei 10 Prozent. Für ganz Deutschland waren es im gleichen Zeitraum 6 Prozent (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2015).

Tabelle 6. Höchster Beruflicher Abschluss nach Nationalität 2011

		Bevölkerung (ab 15 Jahren)						
	d und Sachsen-Anhalt peruflicher Abschluss	Weiblich	Männlich	Deutsche	Ausländi- sche Be- völkerung			
	Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	30,49	22,61	24,52	51,73			
Doute shlowd	Abschl. einer berufl. Ausbildung von mind. 1 Jahr	56,90	59,76	60,42	33,41			
Deutschland	Fachhoch-/Hochschulab- schluss	12,61	17,64	15,06	14,86			
	Gesamt (%)	100,00	100,00	100,00	100,00			
	Gesamt (Anzahl)	35.585.890	33.323.220	63.439.560	5.469.550			
	Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	19,66	14,65	16,79	44,39			
Sachsen-	Abschl. einer berufl. Ausbildung von mind. 1 Jahr	67,45	69,59	69,07	32,91			
Anhalt	Fachhoch-/Hochschulab- schluss	12,89	15,76	14,14	22,70			
	Gesamt (%)	100,00	100,00	100,00	100,00			
	Gesamt (Anzahl)	1.042.320	978.480	1.987.980	32.820			

Quelle: Zensus 2011, eigene Berechnungen

Betrachtet man die Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, fällt zunächst auf, dass fast die Hälfte der entsprechenden Personen erst in den letzten vier Jahren nach Sachsen-Anhalt gekommen sind.



Tabelle 7. Aufenthaltsdauer in Jahren der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

		Aufenthaltsdauer in Jahren (Anteil in %)											
Herkunft	unter 1	1 bis unter 4	4 bis unter 6	6 bis unter 8	8 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	ab 30	Ge- samt		
EU-28 (N=20.763)	23,34	29,68	6,80	6,03	4,98	8,35	6,28	5,91	2,80	5,82	100		
Drittstaaten zu EU-28 (N=41.392)	20,55	22,61	7,76	4,59	5,07	19,15	10,34	6,02	2,90	1,01	100		
Insgesamt (N=62.155)	21,48	24,97	7,44	5,07	5,04	15,54	8,99	5,98	2,87	2,62	100		

Quelle: Destatis 2015, eigene Berechnungen. Stand: 31.12.2014

Die großen Wellen von Asylsuchenden nach der Wiedervereinigung lassen sich auch aktuell noch erkennen an einem höheren Anteil von Menschen aus EU-Drittstaaten, die seit über 10 Jahren in Sachsen-Anhalt leben. Nicht vergessen werden soll, dass ausländische Staatsangehörige schon zu DDR-Zeiten als Arbeitskräfte im Land waren. Neben Angehörigen der Sowjetischen Armee betraf das vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter aus Vietnam, Mozambique, Kuba, Angola, China und Polen (BAMF 2014). Durch strenge Rotationen und isolierte Unterbringung waren die Kontakte mit der DDR-Bevölkerung über den Arbeitskontakt stark eingeschränkt. Trotzdem könnte das auch die bereits beschriebene Anwesenheit von diesen Migrantengruppen in Sachsen-Anhalt erklären.

#### 3.4 Motive der internationalen Migration nach Sachsen-Anhalt und Aufenthaltstitel

Ohne persönliche Befragung lassen sich nur Vermutungen über die Gründe anstellen, die Menschen aus der ganzen Welt zur Migration nach Sachsen-Anhalt bewegen. Asylsuchende und Geflüchtete werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die verschiedenen Bundesländer aufgeteilt. Zur Berechnung werden die aktuelle Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft des Bundeslandes herangezogen.

#### Leibert und Köppl | 3. Die ausländische Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

Tabelle 8. Ausgewählte Aufenthaltstitel der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt

l'abelle 8. Ausgewählte Aufen	Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung									
Ausgewählte Aufenthaltstitel	Herkunf	t: EU-28	(seit 01.0	)7.2013)	Herkunft: Drittstaaten zu EU-28 (seit 01.07.2013)					
	Ge- samt (%)	Ge- samt	Weib- lich	Männ- lich	Ge- samt (%)	Ge- samt	Weib- lich	Männ- lich		
Befristete Aufenthaltserlaubnis AuslG	0,63	130	48	82	0,33	138	71	67		
Unbefristete Aufenthaltserlaub- nis AuslG	2,15	447	191	256	2,59	1070	573	497		
Befr. Aufenthaltserl. Ausbildung, AufenthG	0,05	10	4	6	12,23	5063	2132	2931		
Befr. Aufenthaltserl. Erwerbstätigkeit, AufenthG	0,26	54	4	50	2,35	971	303	668		
Befr. Aufenthaltserl. völker- rechtl., human., politische Gründe, AufenthG	0,04	9	3	6	9,92	4106	1779	2327		
Befr.AE familiäre Gründe, AufenthG	0,42	87	59	28	16,07	6653	3793	2860		
Aufenthaltserl. n.bes. Aufenthaltsrecht, AufenthG	0,03	6	4	2	1,18	489	184	305		
Unbefristete Niederlassungs- erlaubnis	2,72	564	199	365	24,30	10058	4764	5294		
Aufenthaltstitel nicht erforder- lich, heimatlose Ausl.	0,54	112	47	65	0,01	5	2	3		
Antrag auf einen Aufenthalts- titel gestellt	0,10	20	8	12	3,41	1412	558	854		
EU-Recht, EU-Aufenthaltstitel/ Freizügigkeitsbesch.	6,54	1357	464	893	0,48	198	112	86		
Duldung	0,02	4	1	3	9,09	3763	1057	2706		
Aufenthaltsgestattung	-	1	-	-	11,56	4783	1263	3520		
Ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung	86,51	17963	6508	11455	6,48	2683	1023	1660		
Summe	100	20763	7540	13223	100	41392	17614	23778		

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2015, Ausländisches Zentralregister, eigene Berechnungen



Für 2015 ergibt sich eine Quote von 2,85 Prozent (BAMF 2015b). In diesem Fall kann man eher von einer unfreiwilligen Migration nach Sachsen-Anhalt sprechen. Der Anteil von Personen mit Duldung und Gestattung an der gesamten ausländischen Bevölkerung beträgt 20 Prozent. Während Duldung eine aufgeschobene Ausreiseverpflichtung beschreibt, befinden sich Personen mit Gestattung im Asylbewerbungsverfahren. Etwa 10 Prozent aller ausländischen Personen befinden sich in einem befristeten Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. Das betrifft fast ausschließlich Personen, die aus Drittstaaten der EU-28 nach Deutschland und Sachsen-Anhalt kommen. Für das Jahr 2013 bezogen in Sachsen-Anhalt 6.673 Personen Asylbewerberleistungen. Davon sind 1.948 Frauen und 4.725 Männer. Im Jahr 2012 waren es noch 5.177 Personen. Das entspricht einer Steigerung von 29 Prozent. Der überwiegende Teil ist in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (3.223 Personen). In dezentralen Unterkünften kommen 2.725 Personen unter. Außerdem sind 725 Personen noch in der zentralen Anlaufstelle für Flüchtlinge in Halberstadt untergebracht.

Zwölf Prozent der ausländischen Staatsangehörigen sind zu Ausbildungszwecken in Sachsen-Anhalt. Im Jahr 2014 waren 6.481 ausländische Studierende eingeschrieben. Davon waren 3.066 weiblich (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015). Damit ist der Anteil weiter kontinuierlich seit den 1980er Jahren gestiegen.

Auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler gehören zu den Migrierenden. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stetig gesunken. Für 2014 wurden in Sachsen-Anhalt 163 Zuzüge registriert (BUNDESVERWALTUNGSAMT 2015). Dabei handelt es sich um Menschen, vor allem aus den ehemaligen Ostblock-Ländern, die glaubhaft machen können, aufgrund deutscher Volksangehörigkeit Benachteiligungen ausgesetzt worden zu sein. Auch deren Niederlassungsfreiheit war zeitweilig beschränkt. Seit 2009 können sie ihren Wohnort frei wählen.

Über 24 Prozent der ausländischen Bevölkerung aus Dritt-Staaten hat eine unbefristete Niederlassungserlaubnis. Dabei kann es sich um Hochqualifizierte handeln, Personen, die eine "Blue Card" innehaben, oder um Menschen, die in Lebensgemeinschaften mit Deutschen leben. Eine familiäre Gemeinschaft kann auch ein Grund für eine befristete Aufenthaltserlaubnis sein. Das betrifft über 16 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt.

Untersuchungen zu Migration und Integration beziehen sich meist auf urbane Räume. Aber gerade in Schrumpfungsregionen funktionieren die gängigen Erklärungsmuster nicht, die auf hohe Nachfrage am Arbeitsmarkt und funktionierende soziale Netzwerke am Migrationszielort setzen. In einer Untersuchung haben NADLER et al. (2012) im Saarland und in Ostsachsen qualitative Interviews geführt und verschiedene Migrantentypen identifiziert. Diese Unterscheidungen können auch dazu dienen, Motive für Migrationen zu beschreiben. Das Autoren-Team unterscheidet zwischen "berufsweltlich-orientierten und privatweltlich-orientierten



Migranten und Migrantinnen". Während die ersteren vor allem ihre Karriere verfolgen und den Aufenthalt in einer ländlichen Region als befristet ansehen, hat die zweite Gruppe vor allem ihre eigene Lebenslage und die ihrer Familie im Blick. Sie vernetzt sich auch eher sozial vor Ort. Während die erste Gruppe von der Attraktivität der betreffenden Region überzeugt werden muss, um langfristig zu bleiben, besteht die Herausforderung für die zweite Gruppe in einer Integration in den Arbeitsmarkt.

## 3.5 Herausforderungen für internationale Migration

Politisch herrscht darüber Einigkeit, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Das bekräftigte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Bürgerdialog im Juni 2015 (FAZ 2015). Auch wenn der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt noch relativ gering ist, steigt er in den letzten Jahren stetig, wenn auch in kleinen Schritten. Gerade für eine Schrumpfungsregion wie Sachsen-Anhalt bietet internationale Migration eine große Chance, dem Bevölkerungsschwund entgegen zu wirken. Davon können besonders ländliche Regionen profitieren. Das setzt eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt voraus. Für Geflüchtete gilt immer noch ein 15-monatiges Nachrangigkeitsgebot. Generell werden sie in eine Lebenssituation gedrängt, in denen ihnen jegliche Eigeninitiative abgesprochen wird. Ein vorgeschriebener Wohnort, oft in isolierten Wohnlagen, vielfach erhalten sie Sachstatt Geldleistungen. Eine schwierige Situation für die ohnehin schon traumatisierten Personen, denen unter komplizierten Bedingungen eine Flucht gelang. Integrationsangebote von Vereinen und Verbänden, gekoppelt an Sprachkurse sind die Grundlage für einen guten Start in der neuen Heimat. Die Aufenthaltszeit in Gemeinschaftsunterkünften sollte so gering wie möglich sein. Auch das Nachrangigkeitsgebot sollte aufgehoben werden (BERTELSMANN-STIFTUNG 2015).

Bei der Integration spielen auch die lokalen Unternehmen eine große Rolle. Kleine und mittelständische Unternehmen tun sich schwer mit ausländischen Fachkräften. Fremdsprachkenntnisse sind oft nicht vorhanden und wirtschaftliche Risiken zwingen zur strengen Personalkontrolle. Eine Untersuchung von GOLDENBERG und SACKMANN (2014) im Burgenlandkreis zeigt verschiedene Positionen von ausländischen Arbeitnehmern im Landkreis. Während zum Beispiel in der fleischverarbeitenden Industrie ausländische Arbeitnehmer/innen wie Gastarbeiter behandelt werden, bei denen eine lokale Integration nicht gewünscht ist, zeigt ein Krankenhaus bei der Anwerbung von Ärzten und Pflegepersonal, wie wichtig Unterstützung bei Wohnortsuche, oder familiärer Integration von Kindern oder Ehepartnern ist. Berufsbegleitende Sprachkurse und Mentorenprogramme machen es den internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leicht, Fuß zu fassen.



Zu den weiteren Herausforderungen gehört es, eine räumliche Segregation von ausländischer Bevölkerung zu vermeiden. Gerade in Kleinstädten kann es passieren, dass zum Beispiel in Großwohnsiedlungen aus DDR-Zeiten aufgrund von unattraktivem und deshalb günstigen Wohnraum vor allem ausländische Bewohnerinnen und Bewohner sowie Menschen aus sozialschwachen Schichten einziehen. Das führt zur Isolation des Viertels und zur Zuschreibungen von negativen Merkmalen. Diese Entwicklung zeigt sich zum Beispiel in Genthin (KREICHAUF 2012).

Das führt zu einer der größten Herausforderung beim Umgang mit internationaler Migration. Der Umgang mit Vorurteilen und rechtsextremen Einstellungen bei der deutschen Bevölkerung, gerade in Gegenden, wo es wenig Erfahrungen mit Fremden gibt. Die "Mitte-Studie" von Oliver DECKER und Elmar BRÄHMER berichtet von einer 42,5-prozentigen Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in Sachsen-Anhalt (KANNING 2015b). Im Sommer 2015 häufen sich die Meldungen von Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte und ausländerfeindliche Demonstrationen. Das Dorf Tröglitz wird zum Synonym für den Rückzug der demokratischen Kräfte im ländlichen Raum, nachdem der Bürgermeister zurückgetreten war, da er sich Drohungen von lokalen Rechtsextremen ausgesetzt sah. Eine Woche später wurde ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim verübt. Diese Entwicklungen schädigen den Erfolg der Integrations- und Migrationspolitik in Sachsen-Anhalt. Hier müssen politische Akteure geschlossen und präsent auftreten, um gegen Ausländerfeindlichkeit Stellung zu beziehen. Aktionen der Rechtsextremen dürfen nicht unbeantwortete bleiben (HENßLER und OVERDIECK 2014).



## 4. Raummuster und Entwicklung der Fertilität

Auf Ebene der Bundesländer hat sich der Gegensatz zwischen dem "kinderarmen" Osten und dem "kinderreicheren" Westen, der viele Jahre für das Raummuster

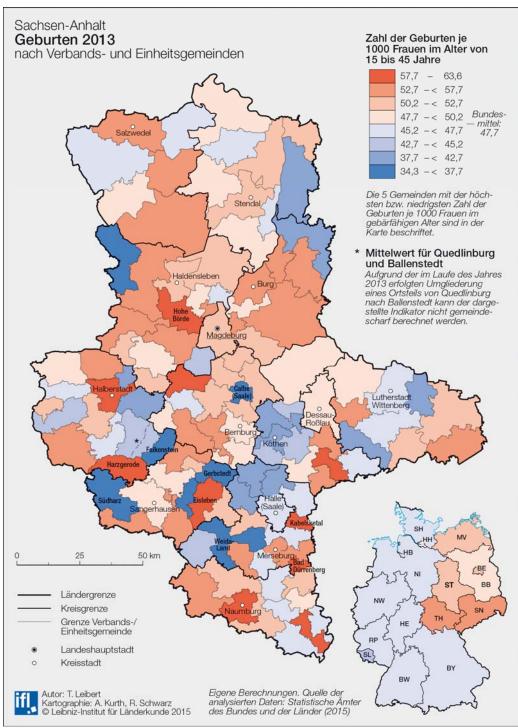


Abbildung 9. Karte: Geburten 2013

der Fertilität in der Bundesrepublik charakteristisch war, inzwischen umgekehrt. Die Zahl der Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter ist inzwischen in den



ostdeutschen Ländern, insbesondere in Sachsen, deutlich höher als in Westdeutschland (s. Abbildung 9). Hierfür sind insbesondere eine niedrigere Kinderlosigkeit und eine zunehmende Zahl von Zweitgeburten (GOLDSTEIN und KREYENFELD 2011) verantwortlich. Auch der traditionelle Stadt-Land-Gegensatz ist inzwischen verschwunden. Dazu haben leichte Geburtenanstiege in den Großstädten beigetragen, die mit den 2007 eingeleiteten familienpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den dadurch gesunkenen Opportunitätskosten der Elternschaft zusammenhängen könnten (KLÜSENER 2013). Auf der lokalen Ebene lassen sich keine übergeordneten siedlungsstrukturellen oder räumlichen Gesetzmäßigkeiten erkennen. Teilweise liegen Gemeinden mit besonders hohen und niedrigen Geburtenraten in direkter Nachbarschaft (z.B. Lutherstadt Eisleben und Gerbstedt oder Falkenstein, Harzgerode und Südharz (s. Abbildung 9). Zu beachten ist, dass sowohl die in der Karte dargestellte allgemeine Geburtenrate (Zahl der Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter) als auch die altersspezifischen Geburtenraten (Zahl der Geburten pro 1000 Frauen einer bestimmten Altersgruppe) zu einem gewissen Grad von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst werden.

Tabelle 9. Entwicklung der Geburtenzahl und der Zahl potentieller Mütter

Bundesländer	Entwi		er Geburte smittel)	nzahl	Entwicklung der Zahl potentieller Mütter (Jahresmittel)					
Dulluesialiuei	2011- 2013	2007- 2010	2000- 2006	1995- 1999	2011- 2013	2007- 2010	2000- 2006	1995- 1999		
Baden-Württemberg	1,01	-0,57	-1,91	-0,80	0,55	-0,96	-1,18	-0,85		
Bayern	1,90	-0,38	-1,89	-0,44	0,66	-0,85	-1,10	-0,81		
Berlin	1,98	1,78	-0,03	0,84	1,66	0,51	-0,84	-0,98		
Brandenburg	0,14	0,49	-0,43	6,57	-1,30	-1,36	-2,29	-0,38		
Bremen	2,23	0,04	-1,33	-1,04	0,37	-0,59	-0,41	-1,55		
Hamburg	1,97	0,97	-0,06	0,20	0,79	0,02	-0,22	-0,29		
Hessen	0,46	-0,42	-1,80	-0,29	0,32	-0,97	-1,51	-0,85		
Mecklenburg-Vorpommern	-0,21	1,08	-0,73	5,49	-1,18	-1,16	-2,31	-1,42		
Niedersachsen	0,87	-0,84	-2,54	-0,13	0,12	-1,43	-1,65	-0,86		
Nordrhein-Westfalen	0,77	-0,63	-2,06	-0,64	0,23	-1,11	-1,45	-1,00		
Rheinland-Pfalz	0,97	-0,74	-2,29	-0,75	0,12	-1,24	-1,37	-1,07		
Saarland	-1,13	-0,71	-2,54	-1,62	0,01	-1,15	-2,11	-1,74		
Sachsen	0,37	0,91	-0,25	6,15	-0,71	-0,86	-1,59	-0,98		
Sachsen-Anhalt	-0,08	-0,13	-1,37	4,95	-1,51	-1,66	-2,53	-1,64		
Schleswig-Holstein	0,77	-0,42	-2,25	-0,06	0,13	-1,31	-1,62	-0,69		
Thüringen	0,69	0,51	-0,95	4,55	-1,42	-1,29	-2,14	-1,44		
Deutschland	0,98	-0,25	-1,76	0,14	0,22	-0,98	-1,43	-0,94		

Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

Besonders deutlich wird dies in Universitätsstädten, die attraktive Wanderungsziele für junge Frauen sind, von denen jedoch viele nach Ausbildungs- oder Studienende wieder abwandern. Dadurch ist der Anteil von Frauen in einer mit der Familiengründung besonders unvereinbaren Lebensphase an der Bevölkerung im ge-



bärfähigen Alter besonders hoch, was sich in vergleichsweise niedrigen Geburtenraten niederschlägt. In Sachsen-Anhalt trifft dies insbesondere auf Halle (Saale) zu.

Um die Entwicklung der Geburtenzahl richtig einschätzen zu können, ist es notwendig parallel die Entwicklung der Zahl der potentiellen Mütter (hier: Frauen zwischen 20 und 39) zu betrachten. In Tabelle 9 sind beide Werte für vier Zeitschnitte dargestellt. Da die analysierten Zeiträume unterschiedlich lang sind, ist in der Tabelle für jeden Zeitschnitt die mittlere jährliche Entwicklung der Geburtenzahl bzw. der Zahl der potentiellen Mütter angegeben, um eine Vergleichbarkeit der Werte zu ermöglichen. Mit Ausnahme des Zeitraums 2000-2006 war die Entwicklung der absoluten Geburtenzahl in den vergangenen 20 Jahren immer positiver (oder weniger negativ) als die Entwicklung der Zahl der Frauen in der geburtenstärksten Altersgruppe 20-39. In Hinblick auf die Entwicklung beider Indikatoren folgt Sachsen-Anhalt dem ostdeutschen Trend, allerdings ist sowohl die Geburtenentwicklung als auch die Entwicklung der Zahl der potentiellen Mütter im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern als eher ungünstig einzustufen.

Tabelle 10. Geburten pro 1.0000 Frauen der Altersgruppe: Bundesländer

•			0 11									
	Geburten pro 1000 Frauen der Altersgruppe											
Bundesländer	unter 20	20 bis unter 25	25 bis un- ter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	über 40	TFR					
Baden-Württemberg	4,87	27,86	76,44	104,02	57,54	10,69	1,41					
Bayern	5,31	28,76	75,47	102,35	57,76	10,86	1,40					
Berlin	13,74	38,44	66,24	85,99	60,48	15,40	1,40					
Brandenburg	12,29	47,03	95,35	88,04	43,10	7,64	1,47					
Bremen	11,75	40,24	67,69	84,87	54,98	12,22	1,36					
Hamburg	9,39	30,11	57,91	89,96	68,29	16,86	1,36					
Hessen	6,47	35,30	76,26	95,58	56,43	10,71	1,40					
Mecklenburg-Vorpommern	13,88	54,57	91,04	83,70	42,36	6,42	1,46					
Niedersachsen	7,87	38,80	84,40	98,38	50,46	8,74	1,44					
Nordrhein-Westfalen	8,25	36,81	77,23	95,33	53,07	9,79	1,40					
Rheinland-Pfalz	8,16	36,89	79,93	96,50	50,14	8,64	1,40					
Saarland	9,08	35,86	68,95	84,74	46,28	8,47	1,27					
Sachsen	12,32	44,49	93,68	97,72	49,74	8,73	1,53					
Sachsen-Anhalt	16,89	53,44	90,57	84,74	40,53	5,84	1,46					
Schleswig-Holstein	7,79	38,15	82,67	96,81	48,97	8,73	1,42					
Thüringen	14,15	51,20	97,14	88,15	42,59	6,88	1,50					
Deutschland	7,86	35,85	78,73	96,39	53,76	10,02	1,41					

Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

Zwischen 1995 und 1999 haben ostdeutsche Frauen einen Teil der im Geburteneinbruch der frühen 1990er Jahre "ausgefallenen" Geburten nachgeholt. Im Gegensatz zu den westdeutschen Flächenländern ist die Geburtenzahl im Osten trotz eines überdurchschnittlichen Rückgangs der Zahl der potentiellen Mütter deutlich angestiegen, insbesondere in Brandenburg und Sachsen. Zwischen 2000 und 2006 ist die Geburtenzahl in allen Bundesländern deutlich zurückgegangen, was auf eine Diskre-



panz zwischen der Lebenswirklichkeit der damaligen familienpolitischen Leistungen und der Lebenswirklichkeit der (potentiellen) Eltern hindeutet. Durch die Einführung des Elterngelds und den Ausbau der Kindertagesbetreuung wurde ab 2007 zwar kein Babyboom ausgelöst, aber doch zumindest der Rückgang der Geburtenzahl abgebremst (westdeutsche Flächenländer und Sachsen-Anhalt) oder umgekehrt (Stadtstaaten und übrige ostdeutsche Länder). Seit 2011 steigen die absoluten Geburtenzahlen an, was einerseits auf eine größere Zahl potentieller Mütter zurückzuführen ist, andererseits aber auch daran liegen kann, dass politische Weichenstellungen oft erst mit mehrjährigem Zeitverzug wirken (BUJARD 2011).

In Hinblick auf die Altersverteilung der Geburten zeichnet sich Sachsen-Anhalt, wie die meisten anderen ostdeutschen Länder, durch einen schwächer ausgeprägten "Aufschub" der Geburten in ein höheres Lebensalter aus (s. Tabelle 10). Im früheren Bundesgebiet und in Sachsen ist die Zahl der Geburten pro 1000 Frauen in der Altersgruppe 30 bis unter 35 am höchsten. In Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern ist dagegen die Altersgruppe 25 bis unter 30 die geburtenstärkste. Im Bundesländervergleich fallen in Sachsen-Anhalt auch die hohe Teenagerfertilität und die niedrigen altersspezifischen Geburtenraten der über 35-Jährigen auf. Die Familiengründungs- und -erweiterungsphase beginnt folglich in Sachsen-Anhalt nicht nur früher als in den übrigen Bundesländern, sie endet auch früher.

Tabelle 11. Geburten pro 1.0000 Frauen der Altersgruppe: Landkreise und kreisfreie Städte

Landkreise und kreisfreie		Geburten pro 1000 Frauen der Altersgruppe											
Städte	unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	über 40	TFR						
Dessau-Roßlau	18,75	58,70	85,75	78,06	37,04	6,82	1,43						
Halle (Saale)	18,25	31,31	75,61	82,87	48,55	8,65	1,33						
Magdeburg	19,61	40,37	81,12	88,06	55,19	6,75	1,46						
Altmarkkreis Salzwedel	13,49	59,57	104,53	74,74	49,89	9,34	1,56						
Anhalt-Bitterfeld	19,07	58,22	95,24	80,70	38,41	4,54	1,48						
Börde	12,32	59,76	97,35	97,63	37,57	4,71	1,55						
Burgenlandkreis	12,37	69,68	99,67	90,52	33,18	5,33	1,55						
Harz	18,21	63,70	95,39	81,65	34,37	3,27	1,48						
Jerichower Land	14,72	66,77	104,91	92,66	43,76	7,04	1,65						
Mansfeld-Südharz	19,05	67,72	108,40	76,69	27,71	7,43	1,54						
Saalekreis	14,22	58,21	94,94	86,25	37,07	5,39	1,48						
Salzlandkreis	21,95	70,03	88,70	84,42	40,24	5,25	1,55						
Stendal	15,92	63,80	95,80	83,46	36,81	4,83	1,50						
Wittenberg	14,06	64,39	93,85	76,19	38,55	5,24	1,46						
Sachsen-Anhalt	16,89	53,44	90,57	84,74	40,53	5,84	1,46						

Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

Auf der Kreisebene zeigt sich, dass sich die Kreise mit einer ungünstigsten sozioökonomischen Lage, etwa der Kreis Mansfeld-Südharz oder der Salzlandkreis, durch ein überdurchschnittlich "junges" Altersmuster der Fertilität auszeichnen, während in Halle (Saale) und Magdeburg – trotz ebenfalls hoher Teenagerfertilität – ein stärke-



res Aufschieben der Geburten ins vierte Lebensjahrzehnt festzustellen ist. Aus diesen Zahlen ergibt sich die Notwendigkeit, gezielte Maßnahmen zur entwickeln, um Frauen, die früh Mutter geworden sind, beim erstmaligen oder Wiedereinstieg ins Berufsleben besonders zu unterstützen, damit durch eine Familiengründung im Teenageralter keine Armutskarriere vorgezeichnet wird. Ein erfreulicher Trend in der demographischen Entwicklung ist die niedrige Kinderlosigkeit (Tabelle 12), die insbesondere auf die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Land zurückzuführen sein dürfte. Was den Ausbaustand der Kindertagesbetreuung angeht, ist Sachsen-Anhalt führend in Deutschland (LEIBERT 2015c).

Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt erfordert eine Verbesserung der natürlichen Bilanz, die derzeit durch hohe Sterbeüberschüssen gekennzeichnet ist. Das im Vergleich zu den anderen Bundesländern "junge" Altersmuster der Fruchtbarkeit und die niedrige Kinderlosigkeit sind günstige Grundvoraussetzungen für eine Steigerung der Geburtenzahl.

Tabelle 12. Anteile der kinderlosen Mütter und Mütter mit einem Kind

Bundesländer		Kinderlose ırtsjahrgang	Anteil der Mütter mit einem Kind nach Geburtsjahrgang in % 2012				
	1988- 1996	1978- 1987	1968- 1977	1958- 1967	1978- 1987	1968- 1977	1958- 1967
Baden-Württemberg	95,5	59,8	22,6	18,4	50,4	27,0	24,2
Bayern	96,2	60,5	23,5	19,1	52,9	29,9	27,2
Berlin	93,1	65,6	31,1	24,8	58,6	41,3	41,6
Brandenburg	90,0	46,0	15,9	9,8	58,2	41,0	34,6
Bremen	95,5	59,80	22,6	18,4	50,0	30,8	35,7
Hamburg	95,5	59,8	22,6	18,4	54,3	38,6	38,9
Hessen	94,2	59,3	25,3	20,0	52,1	33,1	29,9
Mecklenburg-Vorpommern	91,5	43,2	17,0	11,9	60,0	40,9	27,4
Niedersachsen	95,5	59,8	22,6	18,4	50,5	31,0	28,6
Nordrhein-Westfalen	94,2	58,4	25,8	21,4	49,8	32,6	30,6
Rheinland-Pfalz	94,2	56,6	23,9	19,7	49,5	31,0	28,0
Saarland	95,7	61,2	19,3	19,2	52,6	34,9	36,2
Sachsen	91,6	49,1	18,2	8,6	56,6	39,3	34,4
Sachsen-Anhalt	91,4	47,4	16,2	8,6	62,3	45,3	38,7
Schleswig-Holstein	94,7	54,5	24,4	22,8	55,4	35,7	31,4
Thüringen	89,2	46,4	16,4	10,1	53,1	33,2	30,3
Deutschland	94,4	57,6	24,0	18,8	53,1	33,2	30,3

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015a)

Wie Tabelle 12 zeigt, haben allerdings im Vergleich zu den anderen Bundesländern besonders viele Mütter nur ein Kind. Die Gründe für den hohen Anteil von Ein-Kind-Familien in Sachsen-Anhalt müssten noch untersucht werden. Die geringe Kinderlosigkeit spricht gegen die These, dass sich im Land in breiteren Bevölkerungsgruppen ein kinderloser Lebensstil etabliert hat. Zu klären wäre, ob die Dominanz der Ein-Kind-Familien wirtschaftliche oder finanzielle Ursachen hat, ob sich die Ein-Kind-Familie im Land als ein gesellschaftliches Leitbild etabliert hat, oder ob die Ur-



sachen in den Partnerschaftsstrukturen zu suchen sind. In der gegenwärtigen Diskussion wird zu oft ausgeblendet, dass die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches häufig daran scheitert, dass eine Frau keinen oder nicht den richtigen Partner hat bzw. dass der Partner keine Kinder will. Vor diesem Hintergrund ist auch ein besseres Verständnis der Paardynamiken bei Unterschieden im Kinderwunsch und der Gründe, warum sich Männer gegen (weitere) Kinder entscheiden, nötig, um das familienpolitische Instrumentarium noch bedarfsgerechter zu gestalten. Angesichts der im Vergleich zu allen anderen Bundesländern ausgesprochen niedrigen altersspezifischen Fruchtbarkeit der über 35-jährigen Frauen (Tabelle 10) besteht noch ein großes Potential für ein "Nachholen" von Zweit- oder Drittgeburten in einem höheren Lebensalter. Hier wäre zu untersuchen, ob es in Sachsen-Anhalt besonders ausgeprägte Altersnormen ("mit Mitte 30 ist man zu alt für (weitere) Kinder") oder Geburtenfolgenormen ("der Altersabstand zwischen Geschwistern sollte nicht zu groß sein") gibt, die dieses Nachholen behindern.

Ein weiteres Hemmnis für eine nachhaltige Verbesserung der natürlichen Bilanz ist der geringe Bevölkerungsanteil junger Frauen insbesondere in den ländlichen Regionen des Landes. In der geburtenstärksten Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen liegt die Zahl der Frauen pro 100 Männer zwischen 81,810 im Altmarkkreis Salzwedel und 89,4 im Bördekreis. Allein die Stadt Halle (Saale) liegt mit 94,5 Frauen pro 100 Männern nur knapp unter dem deutschen und EU-weiten Durchschnitt von 97. Dieser Frauenmangel im ländlichen Raum ist auf selektive Wanderungen zurückzuführen. Einerseits sind Frauen unter den "Ausbildungswanderern", die Sachsen-Anhalt verlassen, überproportional vertreten, andererseits bleibt - im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern – eine Zuwanderung von Frauen im Hauptfamiliengründungsalter aus (siehe Abschnitt 6). Der "Frauenmangel" im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts und der anderen ostdeutschen Bundesländer ist auch in europäischer Perspektive eine Besonderheit. Dass junge Frauen nach dem Schulabschluss ihre ländlichen Heimatregionen verlassen, ist ein weit verbreitetes Muster. Im Gegensatz zu den meisten anderen Regionen bleibt allerdings die Rückkehr oder Zuwanderung von Frauen im Familiengründungsalter in Ostdeutschland aus, sodass der "Frauenmangel" auch in der geburtenstärksten Altersgruppe der 25- bis unter

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Eigene Berechnungen; Datenquelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (2015g)



35-Jährigen fortbesteht und so das regionale Reproduktionspotential nachhaltig negativ beeinflusst (s. Abbildung 10).

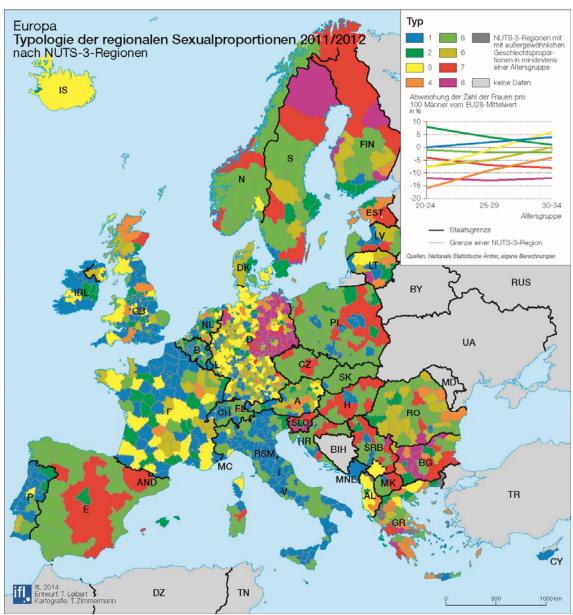


Abbildung 10: Typologie der regionalen Sexualproportionen in Europa 2011/12

Die internationale Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt verbessert das Reproduktionspotential nicht. Die Zuwanderer sind zwar mehrheitlich im gebärfähigen Alter – fast 50% sind zwischen 18 und 30 – aber überwiegend männlich. 2013 waren 64% der 18- bis unter 25-Jährigen Zuwanderer aus dem Ausland Männer, in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen sogar 67%. Mit Blick auf das geschwächte Reproduktionspotential wird deutlich, dass sich eine nachhaltige Bevölkerungspo-

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Eigene Berechnungen; Datenquelle: STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2015a)



litik nicht nur auf die Geburtenentwicklung beschränken darf, sondern insbesondere den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsstruktur, Wanderungen und natürlicher Bevölkerungsentwicklung in den Blick nehmen muss. Weiterhin sollten zur Beurteilung der Geburtenentwicklung nicht nur die zusammengefasste Geburtenrate, sondern zusätzlich auch die absolute Geburtenzahl und die Entwicklung der Zahl potentieller Mütter betrachtet werden.

Das im Bundesvergleich niedrige Erstgeburtsalter (und möglicherweise auch die vergleichsweise hohe Zahl von Geburten pro 1000 Frauen im gebärfähigen Alter) könnte ebenfalls auf selektive Wanderungen und die ökonomischen Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt zurückzuführen sein. KLÜSENER (2013) zufolge befördert eine ungünstige Arbeitsmarktsituation eine selektive Abwanderung karriereorientierter Frauen. Dadurch würde in der verbleibenden Bevölkerung der Anteil der familienorientierten Frauen mit geringerem Erstgeburtsalter steigen, die seltener kinderlos bleiben (aber offensichtlich keine größeren Familien bevorzugen). In Hinblick auf den Einfluss der sozioökonomischen Lage auf die Kinderlosigkeit und die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten zeichnet sich ab, dass Frauen und Männer sowie die verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich reagieren. Während Männer und Frauen in der zweiten Hälfte des gebärfähigen Lebensabschnitts, sowie Frauen mit hohem Bildungsniveau auf Arbeitslosigkeit mit Aufschub oder einem Verzicht auf (weitere) Kinder reagieren, neigen jüngere Frauen und Frauen mit niedrigem Bildungsniveau eher dazu, die Realisierung ihres Kinderwunsches vorzuziehen. Dies könnte auch darin begründet sein, dass eine Elternschaft für diese Bevölkerungsgruppe einen Lebenssinn stiftet und Unsicherheiten in der Lebensplanung reduzieren hilft (KREYENFELD und ANDERSSON 2014). Für diese Interpretation spricht, dass die Teenagerfertilität in Sachsen-Anhalt in den Kreisen mit den ungünstigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überdurchschnittlich hoch ist (s. Tabelle 11). Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt erfordert eine Verbesserung der natürlichen Bilanz, die derzeit durch hohe Sterbeüberschüssen gekennzeichnet ist. Das im Vergleich zu den anderen Bundesländern "junge" Altersmuster der Fruchtbarkeit und die niedrige Kinderlosigkeit sind günstige Grundvoraussetzungen für eine Steigerung der Geburtenzahl.

## 4.1 Einfluss der Familienpolitik auf die Fertilität

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Staaten, in denen ein höherer Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen für Familien und Kinder aufgewendet wird, tendenziell auch eine höhere Geburtenrate haben. Deutschland gehört jedoch zu den Ausnahmen von dieser Regel. Obwohl die Ausgaben für familienpolitische Leistungen höher sind als in den meisten anderen EU-Staaten, liegt die Geburtenrate



hierzulande deutlich unter dem europäischen Mittelwert (LEIBERT 2015). Dabei unterstützt der Staat Familien mit zahlreichen Leistungen: 2010 gab es in Deutschland insgesamt 156 ehe- und familienbezogene Leistungen, für die 200 Milliarden Euro ausgegeben wurden. Davon entfielen allerdings 75 Milliarden, also knapp 38%, auf die ehebezogenen Leistungen, etwa das Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung (PROGNOS 2014). Für die familienpolitischen Leistungen sind auf Bundesebene verschiedene Ministerien, die Länder und Gemeinden verantwortlich; zu der Vielzahl der familienpolitischen Unterstützungsmaßnahmen kommt also noch eine Vielzahl der Entscheider, was die Entwicklung einer kohärenten Familienpolitik erschwert (BUJARD 2011). Grundsätzlich scheinen familienpolitische Maßnahmen einen positiven Einfluss auf die Geburtenrate zu haben und dazu beizutragen, dass Paare die "Lücke" zwischen der tatsächlichen und gewünschten Kinderzahl schließen können. Voraussetzung ist allerdings, dass die Familienpolitik auch mit den Wertvorstellungen der Bevölkerung vereinbar ist (FENT et al. 2013).

Eine im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Evaluierung der familienpolitischen Instrumente kommt zu dem Schluss, dass insbesondere drei Leistungen die wirtschaftliche und soziale Situation von Familien verbessern und einen positiven Einfluss auf die Kohortenfertilität haben: öffentlich geförderte Kinderbetreuung sowie das Eltern- und Kindergeld. Durch diese Leistungen kann die endgültige Kinderzahl um insgesamt 0,5 Kinder gesteigert werden, außerdem wird durch die genannten Instrumente die Kinderlosigkeit gesenkt und die Wahrscheinlichkeit von Zweitund Drittgeburten erhöht (PROGNOS 2014). Dabei ist aber zu bedenken, dass der Gesetzgeber weder den Ausbau der Kindertagesbetreuung noch die Einführung des Elterngelds mit einer potentiellen Steigerung der Geburtenzahl und –rate begründet hat. Im Vordergrund stand stattdessen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels eine bessere Ausnutzung des Erwerbspotentials der Mütter und des Fürsorgepotentials der Väter (WROHLICH et al. 2012).

Dass die deutsche Familienpolitik in Hinblick auf eine Steigerung der Geburtenrate und der Geburtenzahl zunächst nicht die erwünschten Erfolge gebracht hat, könnte auch an einer gewissen Inkonsistenz der deutschen Familienpolitik liegen. Während das Elterngeld und der Ausbau der Kindertagesbetreuung die Erwerbstätigkeit der Mütter und eine schnelle Rückkehr ins Berufsleben sowie eine stärkere Beteiligung der Väter an der Kindererziehung fördern, ist das Steuer- und Schulsystem immer noch am Ideal der Einverdienerehe orientiert (BUJARD 2011). Die Evaluation kommt zu dem Ergebnis, dass sich Leistungen, mit denen in erster Linie die Einverdienerehe gestützt wird, wie das Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, tendenziell sogar eher negativ auf die wirtschaftliche Stabilität von Familien, das Wohlergehen der Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirken, ohne einen signifikanten Einfluss auf die Kohortenfertilität auszuüben (PROGNOS 2014).



Generell sollte in der "richtigen" Familienpolitik nicht das Allheilmittel gegen niedrige Geburtenraten gesehen werden. Die Politik kann günstige Rahmenbedingungen schaffen, um die Realisierung eines Kinderwunschs zu erleichtern oder zu ermöglichen, sie kann aber keinen Kinderwünsch erzeugen (LENGERER 2004). Und genau hier liegt möglicherweise das Hauptproblem: In Deutschland scheint sich eine "Kultur der niedrigen Fertilität" zu entwickeln, die sich darin äußert, dass der Kinderwunsch in den letzten Jahren abgenommen hat und – insbesondere bei jüngeren Frauen – die persönliche ideale Kinderzahl je nach Untersuchung unter oder nur knapp über zwei liegt (LUTZ und MILEWSKI 2004; SOBOTKA und LUTZ 2010). Falls die These zutrifft, dass in Deutschland eine "Kultur der niedrigen Fertilität" existiert, ist zur Steigerung der Geburtenraten ein gesamtgesellschaftliches Umdenken notwendig, um bei jungen Paaren die Zahl der gewünschten Kinder zu steigern. Ein solches Umdenken wird Zeit brauchen und muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Die Politik kann und sollte diesen Prozess wohlwollend begleiten und durch familienpolitische Maßnahmen unterstützen. Die seit 2007 durchgeführten familienpolitischen Reformen sind Schritte in die richtige Richtung, da sie die Realisierung von Kinderwünschen erleichtern. Der Staat muss die Heterogenität familialer Lebensentwürfe und -wirklichkeiten berücksichtigen und einen Familienpolitikmix anstreben, der sowohl die Bedürfnisse berufstätiger Eltern angemessen berücksichtigt, als auch die Belange der Mütter und Väter, die ihre Kinder zu Hause erziehen möchten. Die Schaffung echter Wahlfreiheit ist nicht nur eine familienpolitische Aufgabe, sondern erfordert auch ein Umdenken in anderen Politikfeldern, etwa der Steuerpolitik.



## 5. Raummuster und Entwicklung der Mortalität

Sachsen-Anhalt zeichnet sich im deutschlandweiten Vergleich sowohl durch eine ungünstige Ausprägung als auch durch negative Entwicklungstrends der Sterblichkeitsindikatoren aus. Seit Jahren wird im Land die höchste Zahl von Sterbefällen pro 100.000 Einwohner registriert – mit steigender Tendenz. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung der sachsen-anhaltischen Männer bundesweit am niedrigsten; bei den Frauen rangiert das Land vor dem Saarland auf dem vorletzten Platz. In Hinblick auf die Todesursachen ist festzustellen, dass in Sachsen-Anhalt die Wahrscheinlichkeit an Krankheiten zu sterben, die im engeren oder weiteren Sinne mit dem Verdauungssystem in Verbindung stehen, deutlich höher ist als im übrigen Bundesgebiet. Besonders deutlich über dem Durchschnitt liegt etwa die Sterblichkeit durch bösartige Neubildungen des Verdauungsapparats und des Harnsystems, Diabetes mellitus und alkoholische Leberkrankheit. Da die Sterblichkeit durch psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol, aber auch sonstige alkoholbedingte Todesursachen weit über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist davon auszugehen, dass der Alkoholmissbrauch weiter verbreitet ist als in anderen Bundesländern.

## 5.1 Entwicklung der Sterberate

Mit 13,9 Todesfällen pro 1000 Einwohner ist die Sterberate in Sachsen-Anhalt 2013 bundesweit am höchsten. Auf den obersten Plätzen folgen Sachsen (13,1) und das Saarland (12,7); der Bundesdurchschnitt liegt bei 11,1 Sterbefällen pro 1000 Einwohner. Besonders niedrige Sterberaten weisen Baden-Württemberg und Berlin (jeweils 9,6) sowie Hamburg (9,9) auf (STATISTISCHES BUNDESAMT 2014a). Die sachsen-anhaltische Sterberate steigt nach einem deutlichen Rückgang zwischen 1991 und 2001 (von 13,4%) auf 11,4%) seit 2004 wieder stark an und hat 2013 den höchsten Wert seit 1981 erreicht (STATISTISCHES LANDESAMT 2015b). Tendenziell steigt die Sterberate seit Mitte der 2000er Jahre in ganz Deutschland, allerdings fällt der Anstieg im früheren Bundesgebiet deutlich geringer aus als in Ostdeutschland im Allgemeinen und in Sachsen-Anhalt im Besonderen: Zwischen 2004, dem Jahr mit der bundesweit niedrigsten Sterberate und 2012 ist die Zahl der Sterbefälle pro 1000 Einwohner in den alten Ländern um 0,7 Todesfälle angestiegen, in den neuen Ländern dagegen um 1,4. Noch deutlicher war der Anstieg in Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 1,8 Sterbefällen pro 1000 Einwohner (STATISTISCHES BUNDESAMT 2014b; STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015b).

Da die rohe Sterberate – also die Zahl der Gestorbenen bezogen auf die mittlere Bevölkerung im Analysejahr – von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst wird, ist der Anstieg seit 2004 zumindest teilweise auf den steigenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen zurückzuführen. Durch die starke und ausgeprägt al-



ters- und geschlechtsselektive Ost-West-Wanderung in den 1990er und 2000er Jahren wurde die Alterung der ostdeutschen Bevölkerung beschleunigt und verstärkt, während der Zuzug junger, gesunder Menschen die Bevölkerungsstruktur im früheren Bundesgebiet positiv beeinflusst hat. Ein Teil der Ost-West-Unterschiede und der Unterschiede zwischen den Bundesländern ist jedoch auf die soziale und wirtschaftliche Lage und den Ausbaustand bzw. die Qualität der medizinischen Infrastruktur zurückzuführen. Neuere Studien belegen, dass in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen räumlichen Unterschieden der Sterberate bzw. der Lebenserwartung und der sozioökonomischen Lage besteht, der sich insbesondere in den Mortalitätsindikatoren für die männliche Bevölkerung widerspiegelt (BEHRENDT 2012; KIBELE et al. 2014; SCHOLZ 2010). Weiterer Forschungsbedarf ist beim Einfluss von selektiven Wanderungen auf die Sterblichkeit gegeben. Untersuchungen aus dem Vereinigten Königreich deuten darauf hin, dass Wandernde gesünder sind als die Bleibenden und dass durch selektive Wanderungen der Einfluss der sozioökonomischen Benachteiligung verstärkt wird, da diejenigen, die aus benachteiligten Regionen wegziehen einen besseren Gesundheitszustand aufweisen als diejenigen, die dorthin zuwandern (BOYLE 2004). Bei der Analyse von kleinräumigen Mustern der Sterblichkeit ist zu berücksichtigen, dass die Raumeinheit in der eine Person stirbt nicht unbedingt der Ort ist, an dem die todesursächlichen Beeinträchtigungen des Gesundheitszustands stattgefunden haben. Es gibt zudem internationale Studien, die nachweisen, dass sich Schrumpfungsregionen – zumindest bei Männern – durch eine höhere Mortalität auszeichnen als Wachstumsregionen (BOYLE 2004).

Die sozioökonomische Lage dürfte einen großen Teil der Mortalitätsunterschiede zwischen den Bundesländern, Kreisen und Gemeinden erklären. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die medizinische Infrastruktur. Die zunehmende Angleichung der Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland wird in der Literatur unter anderem durch tiefgreifende Verbesserungen in der medizinischen Infrastruktur erklärt. Das ostdeutsche Gesundheitssystem wurde nach 1990 in kürzester Zeit grundlegend modernisiert und entspricht dem Stand des medizinischen Fortschritts. Auch der Zugang zu modernen Medikamenten konnte deutlich verbessert werden (DIEHL 2008, SCHOLZ 2010). Die Qualität der medizinischen Versorgung wird allerdings insbesondere im ländlichen Raum durch den absehbaren Ärztemangel gefährdet. Leider fehlen in der Bundesrepublik Regionaldaten zur Inanspruchnahme der vorhandenen medizinischen Infrastruktur, mit denen der Einfluss von medizinischer Vorsorge und Versorgung auf räumliche Sterblichkeitsunterschiede untersucht werden kann. BEHRENDT (2012) schlägt in diesem Zusammenhang vor, die Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung über den Anteil der "vermeidbaren Sterbefälle" zu messen. Als "vermeidbare Sterbefälle" werden Tode unter 65-jähriger Frauen und Männer eingestuft, die bei angemessener medizinischer Vorsorge und Versorgung hätten verhindert werden können. Dazu gehören beispielsweise Ster-



befälle durch Bluthochdruck (arterielle Hypertonie), Gallenkrankheiten, Tuberkulose oder Sterbefälle während der Schwangerschaft, bei der Geburt oder im Wochenbett. Die Zahl der "vermeidbaren Sterbefälle" kann als ein Indikator für die Qualität der medizinischen Versorgung und Vorsorge in einer Region angesehen werden (BEHRENDT 2012; GABER 2011). Der Beitrag der "vermeidbaren Sterbefälle" zur Mortalität ist nach der in Deutschland verwendeten Definition, welche die "Vermeidbarkeit" enger auslegt als die üblicherweise für internationale Vergleiche verwendeten Festlegungen, relativ gering. Bundesweit können 6% der Sterbefälle bei unter 65-jährigen Männern und 9% der Tode gleichaltriger Frauen als "vermeidbar" eingestuft werden. Sachsen-Anhalt ist bei beiden Geschlechtern nach Bremen das Bundesland mit den höchsten Anteilen "vermeidbarer Sterbefälle" (GABER 2011). Nichtsdestotrotz ist davon auszugehen, dass regionale Unterschiede in der medizinischen Vorsorge und Versorgung einen wichtigen eigenständigen Erklärungsfaktor darstellen (BEHRENDT 2012). Interventionen zur Verbesserung der medizinischen Infrastruktur dürften daher zu einer Verbesserung der regionalen Gesundheitssituation beitragen und damit auch die Sterblichkeitsindikatoren positiv beeinflussen.

Auf der Kreisebene ist die Sterberate in Magdeburg (12,2‰), im Bördekreis (12,3‰) sowie im Saalekreis (12,6‰) am niedrigsten. Die meisten Todesfälle pro 1000 Einwohner wurden 2013 dagegen im Salzlandkreis (16,0%), dem Harzkreis (15,0%) sowie im Kreis Anhalt-Bitterfeld (14,9%) registriert. Die Durchschnittswerte verdecken zum Teil deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Magdeburg und der Bördekreis weisen bei beiden Geschlechtern die niedrigsten Sterberaten auf, bei den Männern folgt der Saalekreis, der bei den Frauen mit geringem Rückstand auf die Landeshauptstadt auf Platz 2 liegt, erst mit einigem Rückstand auf Halle (Saale) und den Altmarkkreis Salzwedel auf Platz 5. Bei den Spitzenreitern sind die Unterschiede noch ausgeprägter: Bei den Frauen hat mit Dessau-Roßlau ein Kreis die höchste Sterberate, der bei den Männern sogar leicht unter dem Landesdurchschnitt liegt. Auf den Plätzen folgen der Salzland- und der Harzkreis. Bei den Männern hat der Salzlandkreis mit großem Abstand vor den Kreisen Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld die höchste Sterberate (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015b). Dieses Raummuster unterstreicht, dass die Sterblichkeit der Männer stärker mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage eines Kreises verbunden ist als bei den Frauen, wo die Altersstruktur der Bevölkerung stärker ins Gewicht fällt. Die Kreise mit der höchsten Männersterblichkeit sind die Regionen des Landes, die mit den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen haben. Dass die Altersstruktur der Bevölkerung bei den Frauen eine wichtigere Rolle spielt als bei den Männern wird nicht zuletzt darin deutlich, dass 2013 knapp 77% der gestorbenen Frauen über 75 Jahre alt waren, aber nur 53% der verstorbenen Männer. Dagegen waren knapp 10% der Männer zum Zeitpunkt ihres Todes jünger als 55 Jahre, aber nur 4% der Frauen (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015b).



## 5.2 Entwicklung der Lebenserwartung

Der entscheidende Nachteil der Rohen Sterberate, bei der die Zahl der Sterbefälle auf die mittlere Jahresbevölkerung bezogen wird, ist, wie schon angeklungen, die Anhängigkeit dieses Maßes vom Altersaufbau der analysierten Bevölkerung. Um Sterblichkeitsdaten im Zeitverlauf und für verschiedene Raumeinheiten vergleichen zu können, ist eine Altersstandardisierung notwendig. Die mit Hilfe von Periodensterbetafeln ermittelte Lebenserwartung wird nicht durch die Bevölkerungsstruktur beeinflusst und ist daher besser geeignet, um die Sterblichkeitsmuster in verschiedenen Regionen zu vergleichen (MUELLER 2000). Die Lebenserwartung kann definiert werden als die mittlere zu erwartende Zahl von Lebensjahren, die einem Menschen ab einem bestimmten Zeitpunkt (in der Regel wird die Lebenserwartung ab Geburt berechnet) bis zum Tod verbleibt. Es ist zu beachten, dass die Lebenserwartung wie die Zusammengefasste Geburtenrate für eine fiktive Kohorte berechnet wird, also ein Schätzwert ist, der auf den Annahme basiert, dass aktuellen altersspezifischen Sterberisiken im Zeitverlauf konstant bleiben.

Generell gilt, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer und dass die regionalen Unterscheide bei der weiblichen Lebenserwartung geringer sind als bei der männlichen. Die "Mortalitätshotspots" liegen dennoch bei beiden Geschlechtern in den gleichen Regionen; dabei handelt es sich in der Regel um strukturschwache ländliche Räume und Altindustriegebiete (KIBELE et al. 2014). In Hinblick auf die großräumigen Muster der Lebenserwartung bei Geburt besteht bei beiden Geschlechtern in Deutschland tendenziell ein doppeltes Süd-Nord- und Ost-West-Gefälle (s. Abbildung 11). Betrachtet man Ost- und Westdeutschland jeweils als Ganzes, lässt sich feststellen, dass sich die Lebenserwartung der Frauen zwischen 1989 und 2009 in beiden Landesteilen angeglichen hat. Für Frauen zwischen 50 und 64 liegt die Lebenserwartung im Osten mittlerweile sogar über den westdeutschen Werten. MYRSKYLÄ und SCHOLZ (2013) führen diese Entwicklung auf die signifikanten Unterschiede im Rauchverhalten zwischen ost- und westdeutschen Frauen dieser Altersgruppe zurück. Daraus ergibt sich, dass die Konvergenz der Lebenserwartung nicht nur auf die Folgen der Wiedervereinigung, unter anderem die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Modernisierung der medizinischen Infrastruktur, zurückzuführen ist, sondern auf der individuellen Ebene auch durch Entwicklungen beeinflusst wird, die lange vor 1990 eingesetzt haben (MYRSKYLÄ und SCHOLZ 2013). Da der Bevölkerungsanteil der Raucherinnen und Raucher mittlerweile in den neuen Ländern – auch in Sachsen-Anhalt – höher ist als im früheren Bundesgebiet (KISTEMANN 2015), ist zu befürchten, dass der Anstieg der Lebenserwartung in Ostdeutschland in Zukunft an Dynamik verlieren könnte.



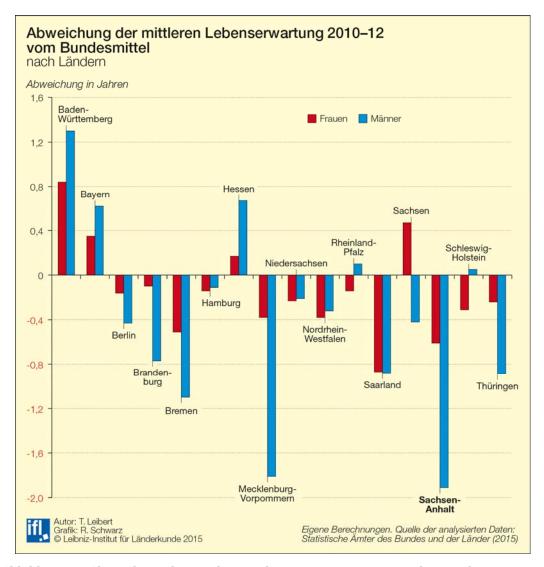


Abbildung 11. Abweichung der mittleren Lebenserwartung vom Bundesmittel

Die Raummuster der Lebenserwartung ändern sich mit Blick auf die Spitzengruppe und die Schlusslichter – abgesehen von den Werten bei Frauen und Männern im Alter von 80 Jahren – nicht, wenn man statt der Lebenserwartung bei Geburt die fernere Lebenserwartung im Alter von 20, 40, 60 oder 65 Jahren analysiert. Bei den Männern haben die Sachsen-Anhalter durchgehend die bundesweit geringste Lebenserwartung; gleiches gilt für Frauen über 60. Bei der Lebenserwartung der unter 60-jährigen Frauen liegt Sachsen-Anhalt in allen Altersgruppen auf dem vorletzten Platz (STATISTISCHES BUNDESAMT 2015c). Auf der regionalen Ebene sind in Ostdeutschland bei der Lebenserwartung ein Stadt-Land- und ein Nord-Süd-Gefälle festzustellen. Die Großstädte und Regionen im Süden von Sachsen und Thüringen hatten schon zu DDR-Zeiten eine überdurchschnittliche Lebenserwartung, während die Werte in den Nordbezirken und dünn besiedelten ländlichen Räumen besonders niedrig waren (GANS 2008, MAI 2004). Diese Gefälle sind bis heute immer noch klar



erkennbar. Nach wie vor weisen dünn besiedelte ländliche Kreise bei beiden Geschlechtern im Osten die kürzesten Lebenserwartungen bei Geburt auf, während die Großstädte schon zu den westdeutschen Werten aufgeschlossen haben (BEHRENDT 2012). Die höchsten Zuwächse bei der Lebenserwartung waren einerseits in ländlichen Regionen mit niedrigem Ausgangsniveau in Nordostdeutschland zu verzeichnen, andererseits in Sachsen, Thüringen und im Umland von Berlin. Im Norden Sachsen-Anhalts war der Anstieg – trotz niedrigem Ausgangsniveau – schwächer (GANS 2008, KIBELE et al. 2014). Der Anstieg der Lebenserwartung in Ostdeutschland in den 1990er Jahren war auf einen deutlichen Rückgang der Sterblichkeit durch Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Verkehrsunfälle bei beiden Geschlechtern sowie der Krebssterblichkeit bei Männern und der alkoholbedingten Sterblichkeit bei Frauen zurückzuführen (MYRSKYLÄ und SCHOLZ 2013, KIBELE et al. 2014). Das räumliche Muster deutet zudem auf einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Lebenserwartung hin.

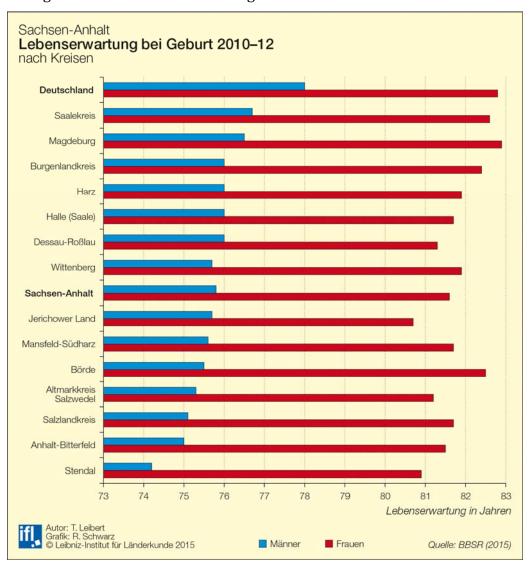


Abbildung 12. Lebenserwartung bei Geburt 2010-12



Abbildung 12 zeigt, dass innerhalb Sachsen-Anhalts bei beiden Geschlechtern beachtliche regionale Unterschiede in der Lebenserwartung bestehen. Statistisch gesehen können Frauen in Magdeburg auf ein etwa zwei Jahre längeres Leben hoffen als Frauen im Jerichower Land. Für Männer ist der Unterschied zwischen dem Kreis mit der höchsten (Saalekreis) und der niedrigsten Lebenserwartung (Stendal) sogar noch etwas größer. Am Beispiel der beiden Altmarkkreise wird der Vorteil der Lebenserwartung als vom Altersaufbau einer Bevölkerung unabhängige Maßzahl der Sterblichkeitsverhältnisse deutlich. Durch die noch vergleichsweise junge Altersstruktur liegt die Zahl der Todesfälle pro 100.000 Einwohner insbesondere bei den Männern in der Altmark unter dem Landesdurchschnitt. Die vergleichsweise niedrige Lebenserwartung verdeutlicht allerdings, dass die Sterblichkeitsverhältnisse in der Altmark erheblich ungünstiger sind als durch die Rohe Sterberate suggeriert. Auch wenn gewisse Unterschiede zum Raummuster der rohen Sterberate festzustellen sind, zeigten sich die bereits diskutierten übergeordneten Muster der Sterblichkeit - relativ vorteilhafte Werte in den Verdichtungsräumen Halle (Saale) und Magdeburg, relativ ungünstige Werte in strukturschwachen ländlichen Räumen – auch bei der Lebenserwartung. Das räumliche Muster deutet zudem auf einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Lebenserwartung hin. Räumliche Disparitäten in der Lebenserwartung sind auf unterschiedliche Rahmenbedingungen auf der Makroebene, die sogenannten Kontexteffekte, und regionsspezifische Muster und Besonderheiten auf der individuellen Ebene zurückzuführen. Zu den Kontexteffekten gehören räumliche Unterschiede in den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Rahmenbedingungen. Zu den Determinanten auf der individuellen Ebene zählen strukturelle (z.B. Bildungsstand) ebenso wie Verhaltensfaktoren (z.B. Rauch- und Trinkgewohnheiten, Ernährung) und die Struktur sozialer Netze, in denen sich gesundheitsrelevante Informationen und Verhaltensweisen verbreiten. Die soziökonomischen Rahmenbedingungen spielen auch auf der individuellen Ebene eine wichtige Rolle. Grundsätzlich ist die Sterblichkeit von Personen aus benachteiligten, einkommensschwachen und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen besonders hoch (KIBELE et al. 2014, LAMPERT und KROLL 2014). Die ausgeprägten Ost-West-Unterschiede bei der Lebenserwartung der Männer sind SCHOLZ (2010) zufolge ausschließlich auf Kontexteffekte, namentlich Alter und Beschäftigungsstatus, zurückzuführen: Die ostdeutschen Bundesländer weisen eine ungünstigere Altersstruktur auf und zeichnen sich durch eine ungünstigere Lage auf dem Arbeitsmarkt aus. Arbeitslosigkeit beeinflusst jedoch nur die Lebenserwartung der Männer negativ, bei Frauen wirkt sich der Beschäftigungsstatus nicht nachweisbar auf die Lebenserwartung aus (SCHOLZ 2010). Bei der Entwicklung der Lebenserwartung der Männer ist in den neuen Ländern zudem eine schichtspezifische Differenzierung festzustellen. Die Angleichung der Lebenserwartung war im Wesentlichen von einer besonders dynamischen Steigerung bei einkommensstarken Rentnern getragen, während Männer mit sehr niedrigen Renten kaum von einer steigenden Le-

#### Leibert/Köppl | 5. Raummuster und Entwicklung der Mortalität



benserwartung profitieren konnten (KIBELE et al. 2013). Regionalanalysen der Lebenserwartung zeigen allerdings auch, dass die Siedlungsstruktur in Ostdeutschland (nicht jedoch im früheren Bundesgebiet) einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Ost-West-Unterschiede leistet (BEHRENDT 2012). In anderen Worten: In Ostdeutschland liegt eine strukturelle Benachteiligung der Bewohner ländlicher Räume vor, die zu einer kürzeren Lebenserwartung und einer höheren Sterblichkeit führt und die nicht durch sozioökonomische Faktoren erklärt werden kann.



## 6. Raummuster der Binnenwanderungen

Wanderungen sind der dynamischste Teilprozess der Bevölkerungsentwicklung. Insbesondere Wanderungen über größere Distanzen sind häufig auf berufliche Gründe oder die Aufnahme bzw. Beendigung einer Ausbildung zurückzuführen. Aus diesem Grund können die Wanderungsraten im Zeitverlauf stark schwanken. In den vergangenen Jahren waren ausbildungs- und berufsbedingte Wanderungen häufig gleichzeitig Ost-West-Wanderungen. Die aktuelle Entwicklung der ostdeutschen Wanderungsbilanz (s. Tabelle 13) zeigt jedoch eine Abschwächung der Wanderungsverluste mit dem früheren Bundesgebiet und geringere Geschlechtsselektivität der Wanderungen. Im Gegensatz zu den 2000er Jahren sind Frauen unter den Wegziehenden nicht mehr überproportional vertreten. Der Wanderungsverlust Ostdeutschlands gegenüber dem früheren Bundesgebiet (jeweils ohne Berlin) hat sich seit dem Höchststand 2001 von fast 100.000 Personen auf nur noch knapp 10.500 Frauen und Männer verringert. Dieser Rückgang ist insbesondere auf ein Nachlassen der Abwanderung nach Westdeutschland zurückzuführen. Die Zahl der West-Ost-Wanderer war dagegen zwischen 2000 und 2013 mit Ausnahme der Jahre 2003 und 2006/7 relativ stabil. Eine vergleichbare Entwicklung lässt sich auch in Sachsen-Anhalt feststellen. Auch hier ist der verringerte Wanderungsverlust in erster Linie auf ein Nachlassen der Abwanderung nach Westdeutschland zurückzuführen.

Tabelle 13. Entwicklung der Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland

	Wanderu	-	ischen Os d (ohne B	t- und West erlin)	Wanderungen zwischen Sachsen-Anhalt und Westdeutschland						
Jahr	Fort- züge	Zu- züge	Saldo Männer	Saldo Frauen	Saldo gesamt	Fort- züge	Zu- züge	Saldo Män- ner	Saldo Frauen	Saldo ge- samt	
2000	168167	92216	-35912	-40039	-75951	39319	18587	-10061	-10671	-20732	
2001	191979	94414	-47045	-50520	-97565	43540	18858	-11936	-12746	-24682	
2002	176703	95876	-38043	-42784	-80827	39441	20016	-9051	-10374	-19425	
2003	155387	97035	-26028	-32324	-58352	35066	20769	-6693	-7604	-14297	
2004	146352	94677	-23443	-28232	-51675	32887	19551	-6247	-7089	-13336	
2005	137188	88212	-22477	-26499	-48976	30289	18625	-5375	-6289	-11664	
2006	135979	81835	-25252	-28892	-54144	29977	16228	-6378	-7371	-13749	
2007	138133	83328	-27106	-27699	-54805	31128	16851	-6865	-7412	-14277	
2008	136544	85536	-25497	-25511	-51008	30852	17113	-6577	-7162	-13739	
2009	120461	88142	-16280	-16039	-32319	27629	17896	-4889	-4844	-9733	
2010	110956	87377	-12875	-10704	-23579	24890	17743	-3668	-3479	-7147	
2011	113465	91879	-12174	-9412	-21586	25693	19078	-3350	-3265	-6615	
2012	105633	90731	-9142	-5760	-14902	24012	18560	-3051	-2401	-5452	
2013	101506	91009	-7063	-3434	-10497	22656	19002	-1945	-1709	-3654	

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2015b)

#### Wandel der Zielgebiete der Abwanderung und zunehmende Rückwanderung

Mit der Abschwächung der Ost-West-Wanderung haben sich auch die Zielgebiete der ostdeutschen Abwanderer gewandelt. Ein Anzeichen für eine "Normalisierung" der innerdeutschen Binnenwanderungsmuster ist insbesondere die deutlich



rückläufige Attraktivität von Baden-Württemberg als Wanderungsziel für ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitskräftewanderung konzentriert sich zunehmend auf die räumlich nächsten westdeutschen Bundesländer, insbesondere auf Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein, sowie – in geringerem Umfang – Niedersachsen (NADLER und WESLING 2013). Gleichzeitig ist eine zunehmende Bedeutung der Wanderungen zwischen den ostdeutschen Bundesländern festzustellen.

Eine Analyse der Ost-West-Wanderung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Basis der individuellen Erwerbsbiographien (NADLER und WESLING 2013) kommt zu dem Ergebnis, dass seit 2006 eine zunehmende Rückkehr von nach Westdeutschland abgewanderten Beschäftigten stattfindet. Insbesondere aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Hessen kehren dieser Studie zufolge viele aus Ostdeutschland stammende Beschäftigte in ihre Heimat zurück. Das Raummuster der Rückwanderung auf der Kreisebene ist recht komplex und lässt keine klaren übergeordneten Gesetzmäßigkeiten erkennen. Tendenziell weisen Kreise im Tagespendelbereich zu den westdeutschen Arbeitsmärkten<sup>12</sup> eine höhere Rückwanderungsrate auf als die kreisfreien Städte<sup>13</sup> und weiter von der ehemaligen innerdeutschen Grenze entfernte Landkreise, allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen. So ist beispielsweise die Rückkehrerquote im Bördekreis im Vergleich zu den anderen Landkreisen im Tagespendelbereich zu westdeutschen Arbeitsmärkten relativ niedrig, während die Rückkehrraten in die Erzgebirgskreise überdurchschnittlich sind. In Sachsen-Anhalt haben im analysierten Zeitraum insbesondere der Burgenlandkreis und der Kreis Mansfeld-Südharz von der Rückwanderung von SV-Beschäftigten profitiert, während die Rückkehrneigung der nach Westdeutschland abgewanderten Hallenser besonders niedrig war (NADLER und WESLING 2013).

Sachsen-Anhalt hat zwischen 2000 und 2013 im Saldo in jedem Jahr Einwohner durch Abwanderung an alle anderen Bundesländer<sup>14</sup> verloren. In den letzten Jahren haben sich in Sachsen-Anhalt die Wanderungsmuster von Frauen und Männern angeglichen, außerdem haben sich die Zielgebiete gewandelt. Statt an die süddeutschen Bundesländer und Nordrhein-Westfalen verliert das Land derzeit die meisten Einwohner an Sachsen und- mit einigem Abstand Niedersachsen (Tabelle 14). Auch in Sachsen-Anhalt zeichnet sich also ab, dass die Wanderungen in die benachbarten Bundesländer an Bedeutung gewinnen. Dass die Fernwanderungen innerhalb Deutschlands rückläufig sind, hat insbesondere mit der verbesserten wirtschaftlichen Situation in Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern zu

<sup>12</sup> Bei den SV-Beschäftigten, die in Kreise im Tagespendelbereich zurückwandern, ist die Wahrscheinlichkeit besonders hoch, nach der Rückkehr weiterhin in Westdeutschland zu arbeiten (persönliche Auskunft Robert NADLER, 21.07.2015).

<sup>13</sup> Dabei ist zu beachten, dass nur die Personen als Rückwanderer definiert wurden, die ihren Wohnsitz wieder in den Kreis verlegt haben, von dem aus sie nach Westdeutschland abgewandert sind (NADLER und WESLING 2013).

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Eine Ausnahme sind die Wanderungsgewinne aus Brandenburg in den Jahren 2003-2005 sowie ein ausgeglichener Wanderungssaldo mit minimalen Wanderungsgewinnen zwischen einer und zwölf Personen mit dem Saarland in den Jahren 2008/09 und 2013 und mit Bremen 2013 (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015a: 8-9).



tun. Angesichts der deutlich gesunkenen Arbeitslosigkeit eröffnen sich Bleibewilligen größere Chancen in der Heimat. Zur Abschwächung der Abwanderung hat auch die im Vergleich zu Westdeutschland günstige Situation auf dem Lehrstellenmarkt (BODE und BURDACK 2013) beigetragen.

Tabelle 14. Rate des Binnenwanderungssaldos pro 1000 Einwohner zur Jahresmitte

Bundesländer			Sachse	en-Anh	alt: Ra				Sachsen-Anhalt: Rate des Wanderungssaldos pro 1000 Einwohner zur Jahresmitte											
Männer	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013						
Baden-Württemberg	-1,66	-2,20	-1,56	-1,11	-0,93	-0,87	-0,76	-0,87	-0,73	-0,38	-0,27	-0,28	-0,36	-0,11						
Bayern	-2,02	-2,57	-1,69	-1,15	-0,99	-0,84	-0,99	-1,02	-0,96	-0,57	-0,51	-0,68	-0,41	-0,37						
Berlin	-0,47	-0,51	-0,49	-0,35	-0,35	-0,30	-0,52	-0,55	-0,70	-0,69	-0,61	-0,48	-0,48	-0,32						
Brandenburg/MV/ Thüringen	-0,36	-0,35	-0,26	-0,26	-0,04	0,06	-0,31	-0,33	-0,32	-0,38	-0,29	-0,31	-0,17	-0,22						
Hamburg/ Schleswig-Holstein	-0,39	-0,48	-0,36	-0,34	-0,42	-0,36	-0,41	-0,69	-0,57	-0,42	-0,31	-0,21	-0,28	-0,12						
Hessen	-0,73	-0,78	-0,69	-0,47	-0,44	-0,37	-0,51	-0,45	-0,46	-0,35	-0,24	-0,24	-0,24	-0,05						
Niedersachsen/ Bremen	-0,73	-0,77	-0,66	-0,73	-0,77	-0,51	-1,10	-1,13	-1,33	-1,14	-0,83	-0,70	-0,71	-0,80						
Nordrhein-Westfalen	-1,49	-1,66	-1,42	-1,01	-0,88	-0,97	-0,83	-0,84	-0,69	-0,58	-0,33	-0,32	-0,22	0,01						
Rheinland-Pfalz/ Saarland	-0,38	-0,47	-0,39	-0,27	-0,31	-0,23	-0,19	-0,23	-0,18	-0,09	-0,09	-0,09	-0,06	0,00						
Sachsen	-0,68	-0,60	-0,50	-0,48	-0,60	-0,82	-0,90	-0,87	-1,02	-0,75	-0,78	-1,03	-1,10	-1,13						
Ostdeutschland <sup>15</sup>	-1,05	-0,95	-0,75	-0,75	-0,64	-0,76	-1,22	-1,20	-1,34	-1,12	-1,08	-1,34	-1,27	-1,35						
Westdeutschland	-7,39	-8,93	-6,76	-5,07	-4,75	-4,14	-4,80	-5,24	-4,90	-3,53	-2,59	-2,52	-2,28	-1,44						
Frauen	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013						
Baden-Württemberg	-1,49	-2,02	-1,55	-1,00	-0,87	-0,80	-0,74	-0,80	-0,70	-0,36	-0,17	-0,31	-0,27	-0,10						
Bayern	-1,84	-2,42	-1,62	-1,22	-0,88	-0,75	-0,99	-0,86	-0,88	-0,48	-0,38	-0,42	-0,27	-0,21						
Berlin	-0,54	-0,54	-0,56	-0,36	-0,42	-0,46	-0,70	-0,73	-0,83	-0,73	-0,65	-0,53	-0,46	-0,37						
Brandenburg/MV/ Thüringen	-0,55	-0,45	-0,55	-0,25	-0,22	-0,12	-0,50	-0,58	-0,71	-0,40	-0,48	-0,51	-0,26	-0,27						
Hamburg/ Schleswig-Holstein	-0,37	-0,50	-0,48	-0,43	-0,45	-0,41	-0,50	-0,70	-0,58	-0,40	-0,38	-0,21	-0,19	-0,17						
Hessen	-0,69	-0,81	-0,72	-0,52	-0,46	-0,44	-0,50	-0,43	-0,53	-0,34	-0,23	-0,22	-0,13	-0,08						
Niedersachsen/ Bremen	-1,08	-1,06	-1,07	-0,97	-1,02	-1,00	-1,36	-1,39	-1,39	-1,04	-0,72	-0,66	-0,45	-0,44						
Nordrhein- Westfalen	-1,48	-1,80	-1,51	-1,11	-1,13	-0,90	-0,82	-0,83	-0,79	-0,58	-0,30	-0,37	-0,21	-0,09						
Rheinland-Pfalz/ Saarland	-0,40	-0,40	-0,38	-0,24	-0,27	-0,19	-0,27	-0,24	-0,14	-0,08	-0,08	-0,08	-0,08	-0,02						
Sachsen	-0,60	-0,61	-0,57	-0,37	-0,60	-0,68	-0,77	-0,84	-0,88	-0,75	-0,75	-0,90	-1,00	-0,90						
Oddiscii																				
Ostdeutschland	-1,15	-1,06	-1,12	-0,62	-0,82	-0,79	-1,26	-1,42	-1,60	-1,15	-1,23	-1,40	-1,26	-1,17						

Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2014; 2015a); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

 $<sup>^{\</sup>rm 15}$  Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin



#### Alters- und Geschlechtsselektivität der Binnenwanderungen

Die Wahrscheinlichkeit einer Wanderung und die Ziel- und Quellgebiete der Binnenwanderung sind stark vom Alter abhängig. Die in der deutschen Wanderungsstatistik übliche Abgrenzung der Altersgruppen orientiert sich an einem idealisierten Lebenslauf. Die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen kann als "Ausbildungsplatzwanderer" charakterisiert werden. In dieser Lebensphase beziehen viele junge Erwachsene eine Wohnung am Studien- oder Ausbildungsort und/oder ziehen erstmals mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen. Ländliche Räume sind in dieser Altersgruppe tendenziell Quellgebiete der Wanderungen. Das Wanderungsziel ist häufig eine kreisfreie oder kreisangehörige Universitäts- oder Hochschulstadt oder Städte, in denen Großunternehmen viele Ausbildungsplätze anbieten, die überregional nachgefragt werden.

Der Lebensabschnitt zwischen 25 und 29 Jahren fällt mit dem Einstieg ins Berufsleben und der ersten beruflichen Etablierung zusammen, deshalb spricht man von "Arbeitsplatzwanderern". Wie in Abschnitt 4 dargestellt fällt in Sachsen-Anhalt häufig auch die Familiengründung in diese Altersgruppe. Das räumliche Muster der Arbeitsplatzwanderung ist weniger eindeutig auf die Kernstädte ausgerichtet als das der Ausbildungsplatzwanderung, außerdem beginnt eine geschlechtsspezifische Differenzierung des Wanderungsverhaltens. Die wirtschaftlichen Zentren und ihre städtischen Kerne, etwa Hamburg, Oberbayern mit München oder der Rhein-Main-Raum mit Frankfurt am Main bieten gute Rahmenbedingungen für Berufseinsteiger und verzeichnen auch in dieser Altersgruppe Wanderungsgewinne. Wirtschaftsschwächere Kernstädte und die großen Universitätsstädte weisen dagegen einen negativen Wanderungssaldo auf, da ihre Arbeitsmärkte nicht alle Absolventinnen und Absolventen aufnehmen können. Durch Rückkehr in ländliche Heimatregionen oder einen Umzug ins Grüne werden gut erreichbare Landkreise in den Agglomerationsräumen zu Zielgebieten von Binnenwanderungen. Strukturschwache Kreise mit einer ungünstigen Arbeitsmarktsituation und einem niedrigen Einkommensniveau bleiben dagegen Abwanderungsregionen. In dieser Altersgruppe ist in vielen Landkreisen eine Zuwanderung von Frauen festzustellen, während Männer verstärkt abwandern, sodass sich die in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen herausgebildeten Geschlechterdisproportionen vielerorts ausgleichen (LEIBERT 2015d).

Die 30- bis 49-Jährigen und die unter 18-Jährigen kann man als "Familienwanderer" charakterisieren. Gewandert wird überwiegend im Nahbereich, um die Wohnund Lebensbedingungen zu verbessern. Im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen ist die Wanderungshäufigkeit allerdings deutlich geringer. Stadt-Land-Wanderungen und Umzüge in den suburbanen Raum sind in dieser Altersgruppe häufig mit der Bildung von Wohneigentum verbunden.



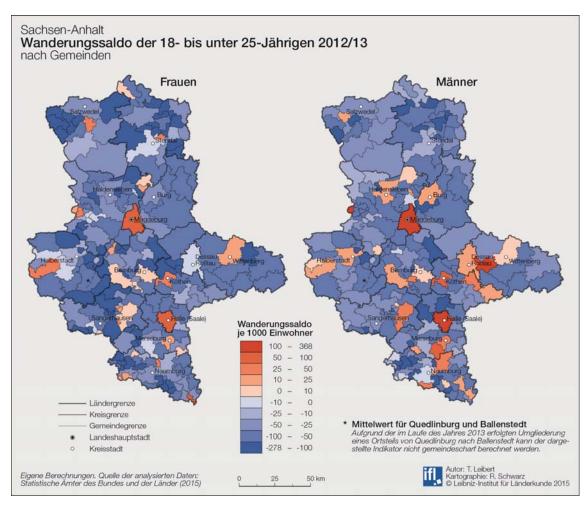


Abbildung 13. Karte: Wanderungssaldo der 18- bis unter 25-Jährigen 2012/13

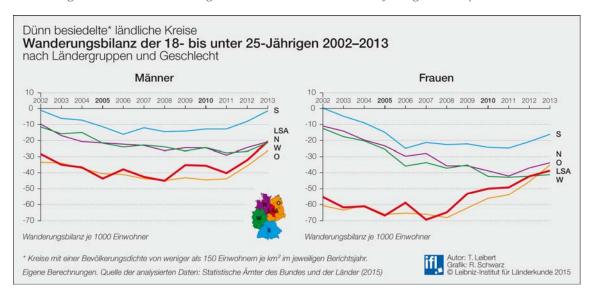


Abbildung 14. Wanderungsbilanz der 18- bis unter 25-Jährigen in dünn besiedelten ländlichen Räumen 2002-2013



Bei den "Jüngeren Ruhestandswanderern" (Altersgruppe 50-64) und den "Älteren Ruhestandswanderern" (Altersgruppe 65+) spielen bei insgesamt geringer Mobilität familiäre und persönliche Mobilitätsmotive eine wichtige Rolle. Einige Seniorinnen und Senioren ziehen nach der Verrentung in landschaftlich attraktive Regionen im In- oder Ausland, in denen sie eine höhere Lebensqualität erwarten. Häufig suchen sich ältere Menschen eine Wohnung in der Nähe ihrer erwachsenen Kinder, um mehr Zeit mit den Enkeln verbringen zu können. In einem höheren Lebensalter kann schließlich ein Umzug in ein Alten- und Pflegeheim notwendig werden.

Die skizzierten Entwicklungstrends lassen sich in Sachsen-Anhalt auf der Gemeindeebene nachvollziehen. Bei den Ausbildungswanderern (s. Abbildung 13) ist bei Frauen und Männern ein deutliches Muster von Wanderungsgewinnen in den großen Universitätsstädten Halle (Saale) und Magdeburg, aber auch einigen kleineren Hochschulstandorten wie Bernburg, Dessau-Roßlau, Köthen (Anhalt), Merseburg oder Wernigerode bei zum Teil erheblichen Wanderungsverlusten des ländlichen Raums erkennbar. Insbesondere bei den Männern zeichnen sich auch die Standorte von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge klar ab, etwa in Braunsbedra, Harbke oder Oranienbaum-Wörlitz. Die früher klar erkennbare Geschlechtsselektivität der Abwanderung aus dem ländlichen Raum ist mittlerweile deutlich schwächer geworden, wie Abbildung 14 zeigt. In den dünn besiedelten ländlichen Räumen haben sich zudem die Wanderungsmuster in Ost und West weitgehend angeglichen. Junge Ostdeutsche zeigen insgesamt eine geringere Neigung, ihre ländliche Heimatregion zu verlassen, während sich im Westen die Abwanderung junger Frauen verstärkt hat. Eine Ausnahme von diesem Muster sind die dünn besiedelten ländlichen Kreise in Baden-Württemberg und Bayern, die angesichts der dort herrschenden Vollbeschäftigung attraktive Wanderungsziele insbesondere für männliche Ausbildungsplatzwanderer sind.

Deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei den Arbeitsplatzwanderern festzustellen (s. Abbildung 15). Während bei den Männern die Abwanderung der dominante Trend ist, können zahlreiche Gemeinden bei den Frauen Wanderungsgewinne verbuchen. Abbildung 16 zeigt, dass sich auch in dieser Altersgruppe die Wanderungsmuster in den dünn besiedelten ländlichen Räumen an die westdeutschen Trends angleichen, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau. Auch der oben skizzierte Trend, dass Universitätsstädte mit schwächerem Arbeitsmarktpotential bei den Arbeitsplatzwanderern einen negativen Saldo aufweisen, bestätigt sich in Sachsen-Anhalt, nicht nur in Halle (Saale) und Magdeburg, sondern auch an den kleineren Hochschulstandorten. Bei den Männern stechen wiederum die Standorte der Gemeinschaftsunterkünfte durch hohe Wanderungsgewinne hervor.



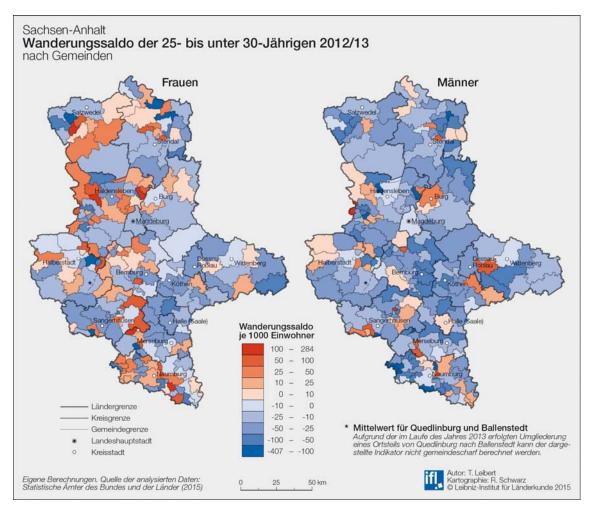


Abbildung 15. Karte: Wanderungssaldo der 25- bis unter 30-Jährigen 2012/13

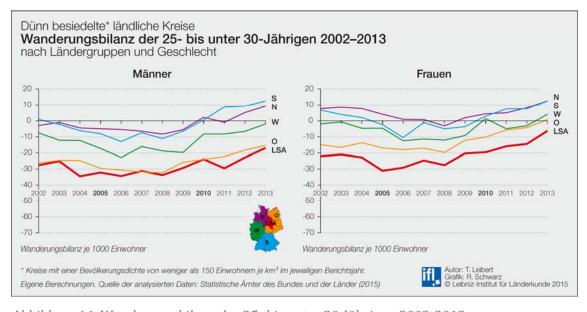


Abbildung 16. Wanderungsbilanz der 25- bis unter 30-Jährigen 2002-2013



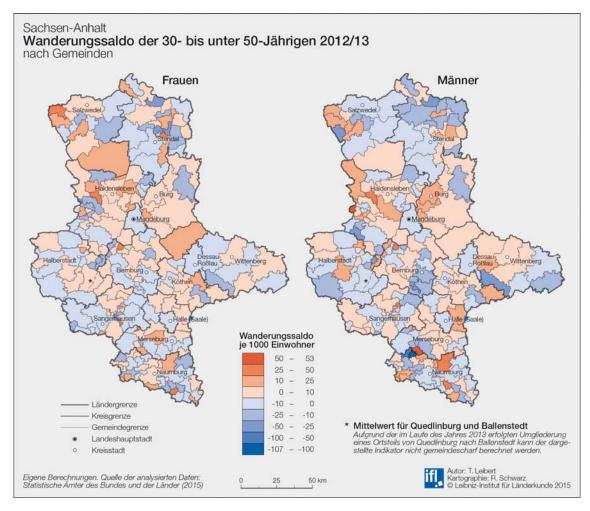


Abbildung 17. Karte: Wanderungssaldo der 30- bis unter 50-Jährigen 2012/2013

Im Vergleich zu den Ausbildungs- und Arbeitsplatzwanderern sind die Familienwanderer weniger mobil, aber tendenziell eher bereit, in den ländlichen Raum zu ziehen (s. Abbildung 17). Dass die Verluste in Halle (Saale) und Magdeburg sehr moderat sind, deutet auf insgesamt günstige Lebensbedingungen für Familien in den Oberzentren hin. Abwanderungsregionen der Familienwanderer sind eher strukturschwache ländliche Regionen mit ungünstiger Erreichbarkeit, etwa in der nordöstlichen Altmark oder Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, etwa im Mansfelder Land oder im Salzlandkreis.

## 6.1 Wanderungsmotive

Wandern kostet Zeit, Geld und Nerven. Aus diesem Grund erfolgt eine Wohnsitzverlagerung in der Regel nur, wenn die Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven in der Heimatregion als überwiegend negativ wahrgenommen werden und gleichzeitig davon ausgegangen wird, dass das Leben in der Zuzugsregion signifi-



kant besser sein wird. Die Evaluierung der Lage in der Heimatregion, die Erwartungen an die Zielregion und die Ressourcen, die "Hindernisse" zwischen Heimat- und Zielregion (z.B. Wanderungskosten, Informationsbeschaffung, Integration am Zielort) zu überwinden, hängen einerseits von den übergeordneten strukturellen Rahmenbedingungen, andererseits aber auch von auf der individuellen Ebene wirkenden Faktoren ab. Dazu gehören beispielsweise die individuelle wirtschaftliche Situation (kann ich mir einen Umzug leisten?), das Qualifikationsniveau (finde ich am Zielort leicht Arbeit?), die sozialen Netze, auf die man zurückgreifen kann, um sich am Zielort zu integrieren und die "dazwischenliegenden Hindernisse" zu meistern, oder individuelle Wertvorstellungen und Lebensentwürfe, zu denen unter anderem auch die Frage gehört, ob man ein Leben auf dem Land oder in der Stadt bevorzugt (s. Abbildung 18). Tendenziell spielen bei Fernwanderungen wirtschaftliche Überlegungen eine wichtige Rolle, während Nahwanderungen vielfach vom Wunsch geleitet werden, die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern.

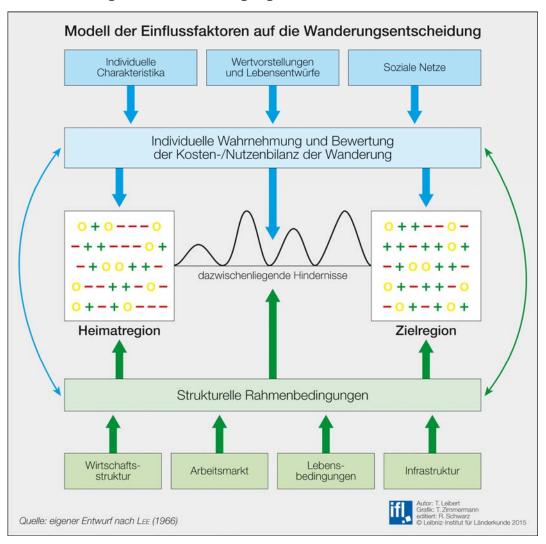


Abbildung 18. Modell der Einflussfaktoren auf die Wanderungsentscheidung



Eine wichtige Voraussetzung für einen Zuzug oder eine Rückkehr nach Sachsen-Anhalt ist, dass im Land eine langfristige Perspektive gesehen wird, dass es einen Grund gibt, nach Sachsen-Anhalt zu kommen. Dabei kann es sich um einen Studienoder Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz oder familiäre bzw. Freundschaftsnetzwerke handeln. Der deutliche Rückgang der Abwanderung nach Westdeutschland ist im Wesentlichen auf bessere Bleibeperspektiven in Sachsen-Anhalt zurückzuführen, insbesondere den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die deutlich verbesserte Lage auf dem Ausbildungsmarkt.

Von besonderer Bedeutung für das Wanderungsgeschehen sind die Mobilitätspläne der jungen Erwachsenen, insbesondere der Schulabgänger. Eine große Mehrheit der Jugendlichen in strukturschwachen ländlichen Regionen des Landes ist - trotz der günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – einer Schülerbefragung<sup>16</sup> zufolge sehr skeptisch, was die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ländlichen Räume angeht. Auch ihre individuellen Zukunftsperspektiven in der Heimatregion schätzen sie als eher gering ein. Vor diesem Hintergrund ist eine weit verbreitete Mobilitätsbereitschaft festzustellen. Die anvisierten Wanderungsziele sind allerdings sehr divers. Neben westdeutschen Regionen werden auch ostdeutsche Großstädte, vor allem Berlin und Leipzig, häufig auch Magdeburg, seltener dagegen Halle (Saale) genannt. Ein Teil der befragten Schülerinnen und Schüler plant einen Umzug in landschaftlich attraktive ländliche Räume in anderen ostdeutschen Bundesländern, etwa an die Ostseeküste. Die Jugendlichen werden von ihren Eltern, Freunden und Lehrern in der Regel in ihrer Abwanderungsentscheidung bestärkt. Vielfach lässt sich sogar eine "Abwanderungskultur" feststellen: Ein Bleiben wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, da ein Verbleib in der Heimatregion mit der Gefahr einer wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung verbunden wird. Daher suchen auch viele Jugendliche nicht vor Ort nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen (WIEST und LEIBERT 2013; LEIBERT 2015b). Als größte Probleme in ihren Heimatorten identifizieren die Jugendliche folgende Punkte:

- Das Themenfeld Arbeit, Ausbildung, Karriere und Gehalt wird als der entscheidende Standortnachteil wahrgenommen. Dabei steht nicht unbedingt der quantitative Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Vordergrund, sondern qualitative Aspekte wie die Branchenstruktur, Karrierechancen und insbesondere das geringe Lohnniveau in Sachsen-Anhalt.
- Infrastrukturelle Mängel, etwa bei Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten oder das als defizitär wahrgenommene ÖPNV-Angebot und fehlender Zugang zu

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Sonderauswertung der Datenbank der 2011 in den Landkreisen Altmark-Salzwedel, Anhalt-Bitterfeld, Harz, Mansfeld-Südharz, Stendal und Wittenberg mit Schülern der Klassenstufen 10 und 11 an insgesamt 18 Sekundarschulen und Gymnasien durchgeführten SEMIGRA-Schülerbefragung für diesen Bericht. Zu näheren Informationen zur Schülerbefragung siehe LEIBERT und WIEST (2012). Die Einschätzungen und Mobilitätspläne der in Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Magdeburg bzw. den jeweiligen Umlandgemeinden lebenden Schülerinnen und Schüler dürften von den dargestellten Mustern abweichen.



schnellem Internet senken für viele Jugendliche die Attraktivität ihres Heimatortes und ihre persönliche Lebensqualität. Dabei wird auch der Vorwurf geäußert, die Kommunalpolitik kümmere sich nicht um die Belange von Kindern und Jugendlichen.

• Soziale Probleme, etwa ein fehlender Zusammenhalt im Heimatort oder Alkoholismus, sowie die Alterung werden ebenfalls als Charakteristika der ländlichen Heimatgemeinden genannt. Für viele Jugendliche sind auch die weiten Wege zu ihren Freunden ein wichtiges Problemfeld.

Diesen "Push-Faktoren", die tendenziell eine Abwanderung fördern, stehen Haltefaktoren gegenüber. Positiv bewerten die Jugendlichen die soziale Verbundenheit in ihren Heimatorten, das naturnahe, sichere und beschauliche ländliche Leben, sowie lokale Traditionen und kulturelle Veranstaltungen. Die Bewertung und Bedeutung der abwanderungsfördernden und abwanderungshemmenden Faktoren kann sich – je nach individuellen Vorlieben und Lebensplanungen – für die gleiche Gemeinde deutlich unterscheiden. Jugendliche, die über eine Vereinsmitgliedschaft in die lokale Zivilgesellschaft eingebunden sind, bewerten den sozialen Zusammenhalt in ihrem Heimatort anders als diejenigen, die vor Ort weniger verwurzelt sind. Auch die Bewertung der wirtschaftlichen Perspektiven wird stark von den individuellen Berufswünschen geprägt. Man wird daher nie alle Jugendlichen zum Bleiben bewegen können, egal wie gut die Lebensbedingungen und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind. Das Ziel sollte dennoch sein, bei der Formulierung und Umsetzung von Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel die genannten Stärken des Lebens auf dem Land nicht aufs Spiel zu setzen und insbesondere im infrastrukturellen Bereich neue Lösungen zu entwickeln, um die Mobilität nicht-automobiler Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Von großer Bedeutung, wenn auch weitgehend außerhalb des Einflussbereichs der Landespolitik, wäre eine Angleichung der Löhne in der Privatwirtschaft an das westdeutsche Niveau.

## 6.2 Rückwanderung

Als Grund für die Schrumpfung ländlicher Räume ist eine geringe Zuwanderung oft genauso bedeutend wie eine starke Abwanderung. Neben fehlenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sind häufig die Einschätzung, dass die Lebensbedingungen in einer Region ungünstig seien, und der Ruf einer Region Faktoren, die Menschen ohne lokale Wurzeln von einem Zuzug absehen lassen. Rückwanderer kommen dagegen häufig aus emotionalen und familiären Gründen und legen daher andere Kriterien an, wenn sie ihre Wanderungsentscheidung treffen. So spielen "weiche" Standortfaktoren wie Familienfreundlichkeit für sie eine größere Rolle (ERDMANN und HAMANN 2012). Da Rückwanderer oft mit Partner und/oder Kindern



zuziehen, tragen sie zur Stabilisierung der demographischen Lage bei. Vom mitgebrachten Humankapital und der oft vorhandenen Bereitschaft zum Engagement profitiert die Heimatregion auch wirtschaftlich und gesellschaftlich (VON REICHERT et al. 2014).

LANG und HÄMMERLING (2013) identifizieren in ihrer Untersuchung zu Motiven der Rückwanderer nach Ostdeutschland drei Rückkehrtypen: Der "sozial motivierte Rückwanderertyp" kehrt aufs familiären Gründen in die Heimat zurück; berufliche und Karrieremotive spielen allenfalls eine untergeordnete Rolle. Diese Rückkehrer haben häufig Kinder und nehmen auch eine Verschlechterung ihrer Einkommenssituation in Kauf, um näher bei Familie und Freunden zu sein. Der "vorrangig ökonomisch motivierte Rückwanderertyp" kehrt dagegen aus beruflichen Gründen in den Osten zurück. Zumeist handelt es sich um hoch qualifizierte Singles, die häufig bereits zum Zeitpunkt ihrer Abwanderung konkrete Rückkehrabsichten hatten und sich durch ihren Aufenthalt in Westdeutschland oder im Ausland beruflich und finanziell verbessern konnten. Der dritte Rückwanderertyp kehrt aus einer Vielzahl von Motiven zurück, aber insbesondere aus Karriere- und Bildungsgründen. Für diesen Typ ist außerdem eine Unzufriedenheit mit der Zielregion der Abwanderung charakteristisch, sodass eine Rückkehr aus Enttäuschung und Versagen vermutet werden kann. Vom dritten Rückkehrertyp abgesehen liegen die Gründe für die Rückwanderung folglich (eher) in der Heimatregion, insbesondere in den individuellen sozialen Netzen. Die hohe Bedeutung von Familien und Freunden im Rückwanderungsprozess wird dadurch unterstrichen, dass Personen, die eine Rückwanderung planen oder zumindest in Erwägung ziehen, mehrheitlich bereit sind, ungünstigere Arbeitsbedingungen oder ein niedrigeres Gehalt zu akzeptieren (LANG et al. 2014, LANG und NADLER 2014). Tatsächlich zeichnet sich ab, dass sich viele Rückwanderer gegenüber ihrer Beschäftigungssituation in der Zielregion der Abwanderung beruflich verschlechtern oder - was auch Sicht der Heimatregion sicher positiv zu bewerten ist - die für sie unbefriedigende Arbeitsmarktsituation durch eine Unternehmensgründung verbessern (LANG et al. 2014).

Die als ungünstig wahrgenommene Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland ist das wichtigste Rückkehrhindernis (LANG und NADLER 2014). Die Diskrepanz zwischen Diskussionen über einen Fachkräftemangel auf der einen Seite und der ausgesprochen negativen Einschätzung der individuellen Berufsperspektiven in Sachsen-Anhalt durch Jugendliche und junge Erwachsene (WIEST und LEIBERT 2013, LEIBERT 2015b) sowie potentielle Rückwanderer (LANG und NADLER 2014) auf der anderen Seite, dürfte auch darin begründet sein, dass sachsen-anhaltische Unternehmen trotz drohendem Fachkräftemangel viel zu häufig keine strategische Personalentwicklung betreiben. Diese könnte überregionale Personalgewinnung ebenso umfassen wie die gezielte Anwerbung von Rückkehrwilligen. Gerade letztere haben die Unternehmen bisher kaum als Zielgruppe im Visier (NADLER und MATUSCHEWSKI 2013). Von Seiten der rückkehrwilligen Abgewanderten sprechen insbesondere das

#### Leibert/Köppl | 6. Raummuster der Binnenwanderungen



niedrige Lohnniveau und fehlende Karrierechancen gegen eine Heimkehr nach Ostdeutschland. Auch wenn viele bereit sind, Abstriche zu machen, liegen die Gehaltsvorstellungen oft weit über dem, was die potentiellen Arbeitgeber zu zahlen bereit sind. Eine erstaunlich große Zahl von Rückwanderern bemängelt ferner, dass die Bürokratie in Ostdeutschland ihre Rückkehr erschwert habe (NADLER und WESLING 2013). Rückkehrinitiativen und Netzwerke spielen als Mittler zwischen Rückkehrwilligen und der Wirtschaft eine wichtige Rolle und könnten auch dazu beitragen, die befürchteten Schwierigkeiten bei einer Rückkehr (LANG et al. 2014) zu bewältigen. Leider sind die vorhandenen Rückkehrinitiativen vielen Rückkehrwilligen nicht bekannt (LANG und NADLER 2014).



# 7. Räume mit besonderem demographischen Handlungsbedarf

Wie bereits dargestellt sind die bedeutendsten demographischen Problemlagen in Sachsen-Anhalt der Bevölkerungsrückgang, die ausgeprägten Wanderungsverluste in der Altersgruppe der "Ausbildungswanderer", das durch selektive Abwanderung geschwächte Reproduktionspotential sowie die Überalterung.

Nicht alle Gemeinden im Land sind von diesen Problemlagen gleichermaßen betroffen. In Abbildung 19 ist dargestellt, in welchen Kommunen die genannten vier Problemlagen im Zeitraum 2011-2013 besonders drückend sind. Eine ausgeprägte Problemlage ist in der Abbildung bei Reproduktionspotential und Überalterung durch eine Abweichung von mindestens 20% vom Bundesmittel definiert, die Grenzwerte für die beiden anderen Indikatoren wurden jeweils vor dem Hintergrund der Entwicklungstrends in ländlichen Räumen gewählt. Grundsätzlich wird von einer Problemlage gesprochen, wenn die Trends bei Abwanderung, Alterung, Schrumpfung und Reproduktionspotential deutlich negativer sind als in Deutschland insgesamt bzw. im ländlichen Raum insgesamt. Das bedeutet, dass viele der in der Karte grün dargestellten Gemeinden nur im sachsen-anhaltischen Vergleich relativ gut dastehen. Im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern wäre die demographische Entwicklung auch in den meisten dieser Städte und Gemeinden als ungünstig zu bewerten.

Eine Konzentration von demographischen Problemlagen ist insbesondere in Grundzentren sowie Kleinstädten und Dörfern ohne zentralörtliche Funktionen festzustellen. Das Bild ist bei den kleinen Gemeinden etwas uneinheitlich, hier spielt die Lage eine wichtige Rolle. Tendenziell stellt sich deren demographische Situation in stark schrumpfenden und alternden Regionen, etwa im Kreis Mansfeld-Südharz, ungünstiger dar als in Regionen mit für sachsen-anhaltische Verhältnisse günstigen demographischen Entwicklungstrends, etwa im Bördekreis. Die Ober- und Mittelzentren sowie die Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums sind in der Regel in geringerem Maß von ausgeprägten demographischen Problemlagen betroffen als die übrigen Städte und Gemeinden.

Die Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg sowie Stendal als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums können im betrachteten Zeitraum als Kommunen eingestuft werden, die zwar vor demographischen Herausforderungen stehen – insbesondere in Hinblick auf die "überalterte" und "unterjüngte" Altersstruktur (vgl. Abschnitt 2) – aber im Landesvergleich demographisch relativ gut aufgestellt sind. Zu den "Gemeinden ohne ausgeprägte demographische Problemlagen" gehören ferner die Mittelzentren Haldensleben und Salzwedel sowie das Grundzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums Gardelegen. In den genannten Städten ist der demographische Handlungsdruck noch überschaubar. Vorrangig sind Maßnahmen zum seniorengerechten Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur. Ein



Hauptziel der Regionalpolitik muss sein, die Attraktivität für Ausbildungswanderer zu erhalten und ausbauen, Maßnahmen zur Begrenzung der Abwanderung der Familienwanderer zu entwickeln und umzusetzen und die Lebensqualität von Familien zu steigern.

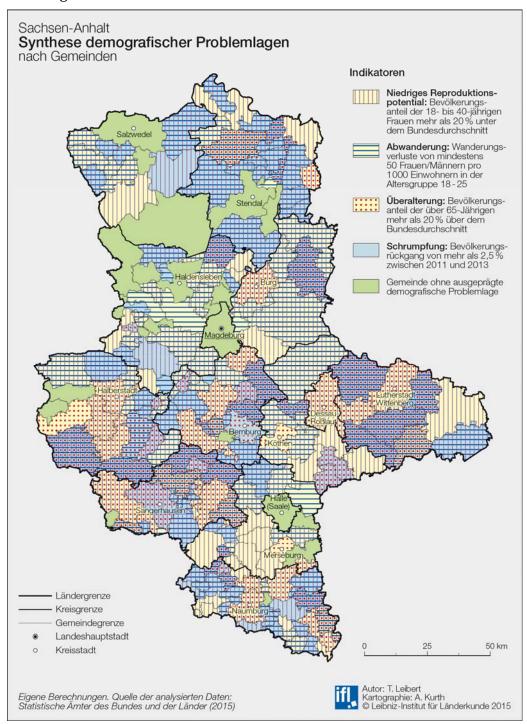


Abbildung 19. Karte: Synthese demographischer Problemlagen

Da sich das Leitziel der Landesregierung, in allen Teilräumen Sachsen-Anhalts gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen unter Berücksichti-



gung der Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit zu erreichen und zu sichern (PAEPKE 2013) nur mit leistungsfähigen und tragfähigen zentralen Orten erreichen lässt, kommt der demographischen Stabilisierung der Oberund Mittelzentren sowie der Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums eine entscheidende Bedeutung für die territoriale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kohäsion des Landes zu. Die meisten zentralen Orte sind jedoch von mindestens einer demographischen Problemlage betroffen:

- Überalterung in den Mittelzentren Köthen, Merseburg und Wernigerode,
- Niedriges Reproduktionspotential in den Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums Havelberg und Jessen (Elster).

In den folgenden Städten kumulieren sich zwei ausgeprägte Problemlagen:

- Abwanderung und ein niedriges Reproduktionspotential im Mittelzentrum Zerbst (Anhalt);
- Schrumpfung und ein niedriges Reproduktionspotential im Mittelzentrum Oschersleben (Bode);
- Überalterung und niedriges Reproduktionspotential im Oberzentrum Dessau-Roßlau, dem Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums Halberstadt und in den Mittelzentren Aschersleben, Burg, Lutherstadt Eisleben, Naumburg (Saale), Schönebeck (Elbe), Staßfurt, Weißenfels, Lutherstadt Wittenberg und Zeitz;
- Überalterung und Schrumpfung im Mittelzentrum Bernburg (Saale).

Drei Problemlagen überlagern und verstärken sich in den folgenden Zentren:

- Überalterung, Schrumpfung und Abwanderung im Mittelzentrum Quedlinburg;
- Schrumpfung, Überalterung und ein niedriges Reproduktionspotential in den Mittelzentren Bitterfeld-Wolfen und Sangerhausen;
- Überalterung, Abwanderung und ein niedriges Reproduktionspotential im Grundzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums Osterburg (Altmark).

Besonders prekär ist die demographische Situation im Grundzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums Genthin, das von starker Schrumpfung, dynamischer Alterung, einer überproportionalen Abwanderung junger Erwachsener sowie einem schwachen Reproduktionspotential betroffen ist.



## 8. Handlungsempfehlungen

Die Bevölkerungsentwicklung wird in hohem Maße von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst, die wiederum - zumindest kurzfristig - nur schwer durch politische Maßnahmen gesteuert werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, Schrumpfung und Alterung als gegeben anzusehen und aktiv, vorausschauend und unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Wirtschaft innovative Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum barrierefreien Umbau des Landes zu entwickeln. Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Trends der Bevölkerungsentwicklung erscheint es sinnvoll, zur Umsetzung des grundgesetzlichen Auftrags der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet durch Garantie einer Grundversorgung mit Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (KÖHLER 2013) im ländlichen Raum und in den Stadtregionen Halle (Saale) und Magdeburg unterschiedliche Strategien zu prüfen. Im ländlichen Raum sollte die Gemeinde der Ort sein, an dem Anpassungsmaßnahmen entwickelt und von den Bürgern durch Wahlen und Abstimmungen legitimiert werden. Die neuen Großgemeinden bieten dazu gute Voraussetzungen. Notwendig ist allerdings eine verbesserte Finanzierung der Kommunen (BERNT und LIEBMANN 2013) und eine Vergrößerung der Entscheidungsspielräume, damit vor Ort alternative Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge entwickelt und umgesetzt werden können (KLINGHOLZ 2015). Eine besonders wichtige Rolle kommt der Verkehrsinfrastruktur und dem ÖPNV zu, da ein Ausdünnen des Infrastrukturangebots von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern durch eine erhöhte Mobilität kompensiert werden muss (GÜNTHER et al. 2013). In den Verdichtungsräumen ist die Sicherung der Daseinsvorsorge ein geringeres Problem. Oberstes Ziel der Landespolitik sollte sein, durch eine gezielte Förderung von Halle (Saale) und Magdeburg die "Schrittmacherfunktion [der Oberzentren] für die Entwicklung des gesamten Landes" (PAEPKE 2013) zu unterstützen. Angesichts der äußerst ungünstigen demographischen Entwicklung von Dessau-Roßlau sind besondere Anstrengungen zur Sicherung der oberzentralen Funktionen angezeigt. Auch in einigen Mittelzentren (z.B. Sangerhausen) und Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums (z.B. Genthin) wären entsprechende Anstrengungen wünschenswert.

Um die negativen Folgen von Schrumpfung und Alterung für die wirtschaftliche Entwicklung abzumildern und um zukünftigen Wohlstand zu sichern, sind eine Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung, insbesondere von Frauen, und Investitionen in das Humankapital der Beschäftigten nötig (BUJARD 2015, WEBER 2015). Dazu gehört ausdrücklich auch, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu reduzieren, die in Sachsen-Anhalt besonders hoch ist (KRAMER 2014). Ein schrumpfendes und alterndes Land wie Sachsen-Anhalt kann sich eine solche Verschwendung von Humankapital nicht leisten.



In Hinblick auf die **Fertilitätsentwicklung** sollten, wie bereits ausgeführt, Maßnahmen entwickelt werden, um Strukturen zu beseitigen, die für die niedrige altersspezifische Fertilität der über 35-Jährigen Frauen und die hohe Zahl von Ein-Kind-Familien ursächlich sind. Die Sicherung und Steigerung der Familienfreundlichkeit Sachsen-Anhalts ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Dabei handelt es sich um eine Querschnittsaufgabe, nicht nur in der Landespolitik, sondern auch in der Gesellschaft. Auch die Zivilgesellschaft und insbesondere die Wirtschaft sind gehalten, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

Zur Verbesserung der **Sterblichkeitsverhältnisse** ist entschlosseneres Vorgehen gegen die "Volksdrogen" Alkohol und Tabak notwendig. Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil aktiver Raucher (KISTEMANN 2015), außerdem liegt die Zahl der Sterbefälle pro 100.000 Einwohner durch alkoholische Leberkrankheit sowie psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol jeweils weit über dem Bundesdurchschnitt (STATISTISCHES BUNDESAMT 2014a). Alarmierend ist, dass sowohl die Zahl der alkoholbedingten Sterbefälle als auch die Zahl der Selbstmorde nach jahrelangen Rückgängen seit 2008 wieder deutlich zunehmen, und zwar in erster Linie bei den Männern (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT 2015b). Hier sollte durch zielgruppengerechte Informations- und Präventionsmaßnahmen gegengewirkt werden.

Weiterhin sollten neue Konzepte für die Sicherstellung der **medizinischen Versorgung** in alternden Schrumpfungsregionen entwickelt und umgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und der Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen mit öffentlichen Verkehrsangeboten. Ein besonderes Problem Sachsen-Anhalts ist, dass infolge der langjährigen Abwanderungstradition – gerade in der Gruppe der jungen Frauen – viele Senioren im Fall von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit nicht auf die sozialen Netze der Familie bauen können. Weiterhin sollten Maßnahmen zur Förderung eines gesunden Lebensstils entwickelt werden, die sich insbesondere an benachteiligte und bildungsferne Bevölkerungsgruppen sowie ältere Männern richten.

Die **Wanderungsbilanz** ist schwer zu beeinflussen. Abwanderung kann nach BERNT und LIEBMANN (2013) als eine Art Generalindikator für einen Mangel an Zukunftschancen eingestuft werden, als eine "Abstimmung mit den Füßen" über die Perspektiven und die Lebensqualität in einer Region. Vor diesem Hintergrund ist eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation die Grundvoraussetzung für eine günstigere Wanderungsbilanz. Abwanderung ist gleichzeitig auch ein Teilprozess der sozioökonomischen Peripherisierung, die außerdem eine Abkopplung von den Zentren wirtschaftlicher und politischer Macht, ein Zurückfallen gegenüber den Innovationszentren und eine negatives Fremd- und Selbstbild umfasst (KÜHN und WECK 2013). Um die Abwanderung zu reduzieren, reicht eine wirtschaftliche Erholung unter Umständen nicht aus, solange eine Region als "verlängerte Werkbank" oder ein Ort mit geringer Lebensqualität angesehen wird.



In ihren Auswirkungen auf die demographische Entwicklung kann die Abwanderung aufgrund ihrer **Alters- und Geschlechtsselektivität** als ein Kernproblem Sachsen-Anhalts angesehen werden. Das Land verliert genau die Bevölkerungsgruppen, die es am dringendsten braucht, insbesondere junge Erwachsene und Frauen im gebärfähigen Alter. Abwanderung trägt also in erheblichem Umfang zu Schrumpfung und Alterung bei und unterhöhlt das Reproduktionspotential. Verstärkte Bemühungen um Rückwanderer könnten zu einer demographischen Stabilisierung des Landes beitragen. Dabei ist es wichtig, den Kontakt zu den Abgewanderten nicht abbrechen zu lassen und durch weiche Standortfaktoren, etwa die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu punkten (WIEST und LEIBERT 2013). Hier sind insbesondere die Kommunen, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft gefordert.

Die **internationale Migration** bietet eine Chance, die demographischen Probleme Sachsen-Anhalts zu lösen. Nicht nur die Überalterung, auch der Fachkräftemangel kann durch Zuwanderung abgeschwächt werden. Deshalb müssen die Zugänge zum Arbeitsmarkt für Zuwanderer weiter vereinfacht werden (Ausbildungsplätze vermitteln, Nachrangigkeitsgebot abschaffen). Dafür ist es notwendig, eine Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt zu etablieren. In diesem Zusammenhang ist neben Initiativen und Maßnahmen zur Integration auch von Bedeutung, räumliche Segregation zu vermeiden, damit Stigmatisierungen nicht entstehen können (keine Massenunterkünfte in ländlichen Gebieten). Durch dezentrale Unterbringungen in zentralen Lagen können Zuwanderer und einheimische Bevölkerung direkt in Kontakt kommen. Entscheidend ist, dass sich die Kommunal- und Landespolitik entschlossen öffentlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit positionieren und die Bevölkerung über Chancen, welche die internationale Migration für Sachsen-Anhalt bietet, zu informieren.

Die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung macht Sachsen-Anhalt in Deutschland und sogar in Europa zu einem Laboratorium für den demographischen Wandel. In der Vergangenheit haben die Landesregierung, Gebietskörperschaften und Institutionen sehr erfolgreich Mittel, etwa aus Fördertöpfen der Europäischen Union, eingeworben, um Maßnahmen und Strategien zum Umgang mit dem Demographischen Wandel zu entwickeln. Dieses Engagement sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden, nicht zuletzt, um durch bundes- und europaweite Vernetzung mit Regionen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, ein gegenseitiges Lernen zu initiieren. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, bei den entsprechenden Stellen personelle und finanzielle Kapazitäten freizuhalten, um Förderprogramme beantragen, kofinanzieren und durchführen zu können.



### 9. Literatur

ADAM, Brigitte, Jürgen GÖDDECKE-STELLMANN und Gabriele STURM (2015): Divergenzen und Konvergenzen in Großstadtregionen – kleinräumige Analysen. (=BBSR-Analysen KOMPAKT 01/2015). Bonn

BEHRENDT, Holger (2012): Raummuster der Mortalität in Deutschland und ihre Entwicklungstendenzen zwischen 1998 und 2004. In: *Raumforschung und Raumordnung* 70, Heft 1, S. 3-18

BERNT, Matthias und Heike LIEBMANN (2013): Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojekts. In: BERNT, Matthias und Heike LIEBMANN (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen, S. 218-231. Wiesbaden

BERTELSMANN-STIFTUNG (2015a): Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung. Gütersloh

BERTELSMANN-STIFTUNG (2015b): Kommunale Daten, In: Wegweiser-Kommune.de URL: http://www.wegweiser-kommune.de/statistik, (letzter Zugriff: 31.07.2015)

BOYLE, Paul (2004): Population geography: migration and inequalities in mortality and morbidity. In: *Progress in Human Geography* 28, Heft 6, S. 767-776

BRAUN, Gerald, Tobias GÜRA, Karsten VOß, Pawel WARSZYCKI, Sebastian HENN, Thilo LANG UND Carsten SCHÜRMANN (Hrsg.) (2013): Atlas der Industrialisierung der Neuen Bundesländer. Rostock

BUCHER, Hansjörg (2014): Der Zensus 2011 und seine Auswirkungen auf demographische Eckwerte. In: *Europa Regional* 20, Heft 4, S. 147-159

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2015): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. Zentraler Monatlicher Analytikreport, Juni 2015. Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2015a): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung 2013. Berlin

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2015b): Verteilung der Asylbewerber, URL: http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylverfahren/Verteilung/verteilung-node.html (letzter Zugriff: 31.07.2015)

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2015c): Wanderungsmonitoring. Erwerbsmigration nach Deutschland. Jahresbericht 2014. Nürnberg

BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) (2015d): Minas. Atlas über Migration, Integration und Asyl. Nürnberg

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2014): INKAR: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Ausgabe 2014 (DVD-Rom). Bonn

BUNDESVERWALTUNGSAMT (2015): Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Jahresstatistik 2014. Köln

BUJARD, Martin (2011): Family Policy and Demographic Effects: The Case of Germany. In: *Demográfia* 54, Heft 5, S. 56-78

BUJARD, Martin (2015): Folgen der dauerhaft niedrigen Fertilität in Deutschland. Demographische Projektionen und Konsequenzen für unterschiedliche Politikfelder. In: *Comparative Population Studies* 40, Heft 2, S. 131-164

DECKER, Oliver, Johannes KIESS und Elmar BRÄHLER (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig

DEPPNER, Wolfgang und Carlos TEIXEIRA (2012): Welcoming Communities? An Assessment of Community Services in Attracting and Retaining Immigrants in the South Okanagan Valley (British Columbia, Canada), with Policy Recommendations. In: *Journal of Rural and Community Development* 7, Heft 2, S. 72-97



DIEHL, Katharina (2008): Mögliche Faktoren für die rasche Reduktion der ostdeutschen Übersterblichkeit nach der Wiedervereinigung: Warum leben Ostdeutsche seit der Wiedervereinigung länger? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 33, Heft 1, S. 89-109

ERDMANN, Anja und Corinna HAMANN (2012): Vom Fachkräftewohlstand zum Fachkräftemangel – Neue Perspektiven für Jugendliche und Unternehmen in schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands? In: MARETZKE, Steffen (Hrsg.): Schrumpfend, alternd, bunter? Antworten auf den demographischen Wandel, S. 52-58. Bonn

FRIEDRICH, Klaus, Susanne KNABE und Barbara WARNER (2014): Kontinuität und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel (=Forum IfL 24). Leipzig

GABER, Elisabeth (2011): Sterblichkeit, Todesursachen und regionale Unterschiede (=Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 52). Berlin

GANS, Paul (2008): Klare regionale Unterschiede der Lebenserwartung. In: *Nationalatlas aktuell* 2, Beitrag 10 [15.10.2008]. Leipzig

GANS, Paul (2011): Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt

GERESSEN, Stefanie (2015): Abgelehnte Ausländer können mit Ausbildungsplatz bleiben, In: *MDR.de,* 30.07.2015 URL: http://www.mdr.de/nachrichten/asyl-ausbildung100\_zc-e9a9d57e\_zs-6c4417e7.html, (letzter Zugriff: 31.07.2015)

GOLDENBERG, Olga und Reinhold SACKMANN (2014): Arbeitsmarktzugänge von Migranten und ausländischen Fachkräften in ländlichen Regionen. Halle (Saale)

GOLDSTEIN, Joshua und Michaela KREYENFELD (2011): Has East Germany overtaken West Germany? Recent trends in order-specific fertility. *Population and Development Review* 37, Heft 3, S. 453-472

GÜNTHER, Jutta, Gerhard HEIMPOLD, Walter HYLL, Franziska JUNGERMANN, Lutz SCHNEIDER und Carmen WOPPERER (2013): Demographische Abwärtsspirale durch ein Ausdünnen sozialer Infrastrukturen? In: PASTERNACK, Peer und Isabell MAUE (Hrsg.): Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen (=Schriftenreihe des WZW 11), S. 45-47. Lutherstadt Wittenberg

HENGLER, Vera und Oliver OVERDIECK (2014): Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus. Berlin

KANNING, Sarah (2015): Ausländerfeindliche Einstellungen in Bayern weit verbreitet, In: *Sueddeutsche-Zeitung.de*, 6. April 2015, URL: http://www.sueddeutsche.de/bayern/mitte-studie-auslaenderfeindliche-einstellungen-in-bayern-weit-verbreitet-1.2423644, (letzter Zugriff: 30.07. 2015)

KIBELE, Eva, Domantas JASILIONIS und Vladimir SHKOLNIKOV (2013): Widening socioeconomic differences in mortality among men aged 65 and older in Germany. In *Journal of Epidemiology* 67, Heft 5, S. 453-457

KIBELE, Eva, Sebastian KLÜSENER und Rembrandt SCHOLZ (2014): Regional mortality disparities in Germany: Long-term dynamics and possible determinants (=MPIDR Working Paper WP 2014-009). Rostock

KISTEMANN, Thomas (2015): Aktuelle Rauchgewohnheiten in Deutschland. In: *Nationalatlas aktuell* 9, Beitrag 2 [02.03.2015]. Leipzig

KLINGHOLZ, Reiner (2015): Vielfalt statt Gleichwertigkeit – Die Regionalpolitik braucht eine neue Zielsetzung. In: *Informationen zu Raumentwicklung*, Heft 1.2015, S. 23-27

KLÜSENER, Sebastian (2013): Geburtenraten und Geburtsalter der Mütter im regionalen Vergleich. In: *Nationalatlas aktuell* 7, Beitrag 4 [18.04.2013]. Leipzig

KÖHLER, Wilfried (2013): Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Sachsen-Anhalt. In: *Flächenmanagement und Bodenordnung* 3/2013, S. 124-130



KRAMER, Caroline (2014): Schulabgänger ohne Abschluss – deutliche regionale Unterschiede. In: *Nationalatlas aktuell* 8, Beitrag 8 [22.10.2014]. Leipzig

KREICHAUF, René (2012): Kleinstadt und Zuwanderung. Zur Theorie und Empirie ethnischer Segregation in kleinen Städte. (= Graue Reihe des Instituts für Stadt – und Regionalplanung Heft 41). Berlin

KÜHN, Manfred und Sabine WECK (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: BERNT, Matthias und Heike LIEBMANN (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen, S. 24-46. Wiesbaden

LAMPERT, Thomas und Lars Eric KROLL (2014): Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung. In: *GBE Kompakt* 5, Heft 2/2014

LANG, Thilo und Robert NADLER (Hrsg.) (2014): Return Migration to Central and Eastern Europe – Transnational Migrants' Perspectives and Local Businesses' Needs (=Forum IfL 23). Leipzig

LANG, Thilo und Aline HÄMMERLING (2013): Zurück nach Ostdeutschland? Bedingungen und Motivlagen der Remigration von ostdeutschen Abwanderern. In: *Berichte. Greographie und Landeskunde* 87, Heft 4, S. 347-374

LANG, Thilo, Aline HÄMMERLING, Stefan HAUNSTEIN, Jan KEIL, Robert NADLER, Anika SCHMIDT und Stefanie SMOLINER (2014): Migrants' Capacities and Expectations: Empirical Results Concerning return Migration. In: LANG, Thilo und Robert NADLER (Hrsg.): Return Migration to Central and Eastern Europe – Transnational Migrants' Perspectives and Local Businesses' Needs (=Forum IfL 23), S. 7-46. Leipzig

 ${\it Leibert, Tim~(2012): Die~demographische~Entwicklung~Sachsen-Anhalts~1990-2011~in~lokaler, regionaler~und nationaler~Perspektive.~Leipzig}$ 

LEIBERT, Tim und Karin WIEST (2012): SEMIGRA Final Report – Annex 2A: Case Study Report Sachsen-Anhalt. Leipzig, Luxembourg

LEIBERT, Tim (2014): Demographic Trends and Developments: The Study Regions in a European Comparison. In: WIEST, Karin, Rick GLÖCKNER, Tim LEIBERT, Matthias SCHAARWÄCHTER und Anika SCHMIDT (Hrsg.): Dealing with Female Brain-Drain in Rural Europe: Results from the CENTRAL EUROPE Project WOMEN (=Forum IfL 26), S. 36-52. Leipzig

LEIBERT, Tim (2015a): Geburtenhäufigkeit und Familienpolitik in Europa. In: *Geographische Rundschau* 67, Heft 4, S. 18-25

LEIBERT, Tim (2015b): Abwanderung Jugendlicher aus postsozialistischen ländlichen Räumen. In: *Geographische Rundschau* 67, Heft 9, S. 34-41

LEIBERT, Tim (2015c): Aktuelle Bilanz zum Ausbau der Kleinkinderbetreuung. In: *Nationalatlas aktuell* 9, Beitrag 5 [30.04.2015]. Leipzig

LEIBERT, Tim (2015d): She leaves, he stays? Sex-selective migration in rural East Germany. In: *Journal of Rural Studies* (2015)

LENGERER, Andrea (2004): Familienpolitische Regimetypen in Europa und ihre Bedeutung für den wandel der Familie. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 29, Heft 1, S. 99-121

LUTZ, Wolfgang und Nadja MILEWSKI (2004): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Österreich und Deutschland. In: *Demographische Forschung aus Erster Hand* 1, Heft 2, S. 1-2

MAI, Ralf (2004): Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Ostdeutschland: Struktur, Entwicklung und die Ost-West-Lücke seit der Wiedervereinigung. In: SCHOLZ, Rembrandt und Jürgen FLÖTHMANN (Hrsg.): Lebenserwartung und Mortalität (=Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 111). Wiesbaden

MENZL, Marcus (2014): Urbanisierungsprozesse in Suburbia? Überlegungen zur Ubiquität der urbanen Lebensweise. In: ROOST, Frank, Brigitta SCHMIDT-LAUBER, Christine HANNEMANN, Frank OTHENGRAFEN und Jörg POHLAN (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2013/2014. Schwerpunkt: Urbane



Peripherie, S. 19-42. Opladen, Berlin, Toronto

MUELLER, Ulrich (2000): Die Maßzahlen der Bevölkerungsstatistik. In: MUELLER, Ulrich, Bernhard NAUCK und Andreas DIEKMANN (Hrsg.): Handbuch der Demographie, Band 1: Modelle und Methoden, S. 1-91. Berlin, Heidelberg, New York u.a.

MÜNTER, Angelika (2014): Suburbia im demographischen Wandel. In: ROOST, Frank, Brigitta SCHMIDT-LAUBER, Christine HANNEMANN, Frank OTHENGRAFEN und Jörg POHLAN (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2013/2014. Schwerpunkt: Urbane Peripherie, S. 19-42. Opladen, Berlin, Toronto

MYRSKYLÄ, Mikko und Rembrandt SCHOLZ (2013): Reversing East-West mortality difference among German women, and the role of smoking. In: *International Journal of Epidemiology* 42, Heft 2. S. 549-558

NADLER, Robert, Michael KRISZAN, Birte NIENABER und Wioletta FRYS (2012): Zuwanderung internationaler Migranten in schrumpfende ländliche Regionen: Die Fallbeispiele Ostsachsen und Saarland. In: *Europa Regional* 18, Heft 2-3, S. 107-121.

NADLER, Robert und Anke MATUSCHEWSKI (2013): Ostdeutsche Rückwanderer und der Fachkräftemangel: Die Sicht ostdeutscher Unternehmen. In: *Berichte. Geographie und Landeskund*e 87, Heft 4, S. 419-440

NADLER, Robert und Mirko WESLING (2013): Zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften nach Ostdeutschland. In: *Nationalatlas aktuell* 7, Beitrag 11 [13.12.2013]. Leipzig

OSTERHAGE, Frank und Stefan KAUP (2012): Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung? Eine Analyse der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung in Deutschland 1999 bis 2009. In: POHLAN, Jörg, Herbert GLASAUER, Christine HANNEMANN und Andreas POTT (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2011/2012. Schwerpunkt: Stadt und Religion, S. 125-141. Opladen, Berlin, Toronto

PAEPKE, Margit (2013): Der Landesentwicklungsplan für Sachsen-Anhalt – Leitbild der Raumordnung für das Land. In: *Flächenmanagement und Bodenordnung* 3/2013, S. 97-105

PROGNOS AG (2014): Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland. Berlin

RIEDEL, Heike (2013): 1000 Arbeiter des Tönnieswerkes kommen aus Polen, In: *MZ-web.de*, 28.11.2013, URL: http://www.mz-web.de/weissenfels/weissenfels-1-000-arbeiter-des-toennies-werks-kommen-aus-polen,20641108,25459036.html, (letzter Zugriff: 31.07.2015)

SANDER, Nikola (2014): Internal Migration in Germany, 1995-2010: New Insights into East-West Migration and Re-urbanisation. In: *Comparative Population Studies* 39, Heft 2, S. 217-246

SCHLÖMER, Claus, Hansjörg BUCHER und Jana HOYMANN (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus (=BBSR-Analysen KOMPAKT 05/2015). Bonn

SCHOLZ, Rembrandt (2010): Lebenserwartung sinkt durch Arbeitslosigkeit um ein Jahr. Ostdeutsche Männer sterben früher als westdeutsche. In: *Demographische Forschung aus Erster Hand* 7, Heft 3, S. 1-2

SCHWENDTKER, Björn (2014): Zweifel am Zensus, In: *Spiegel Online,* URL: http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/datenlese-zweifel-am-zensus-a-942649.html (letzter Zugriff: 29.07.2015)

SOBOTKA, Tomáš und Wolfgang LUTZ (2010): Wie Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren? In: *Comparative Population Studies* 35, Heft 3, S. 665-696

STATISTISCHES BUNDESAMT (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2014a): Gesundheit: Todesursachen in Deutschland 2013. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2014b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Natürliche Bevölkerungsbewegung 2012. Wiesbaden



STATISTISCHES BUNDESAMT (2015a): Daten zu Geburten, Familien und Kinderlosigkeit. Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Tabellen mit neuer Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen 2013. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015c): Allgemeine Sterbetafeln für Deutschland, das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder sowie die Bundesländer 2010/12. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015d): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2, Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015e): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015f): Statistisches Jahrbuch 2014. Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT (2015g): GENESIS-Online Datenbank. URL: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online (letzter Zugriff: 30.07.2015)STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2014): BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT: WANDERUNGEN UND WANDERUNGSSTRÖME, JAHR 2012. HALLE (SAALE)

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2015a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen und Wanderungsströme, Jahr 2013. Halle (Saale)

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2015b): Gesundheitswesen: Gestorbene nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen, Jahr 2013. Halle (Saale)

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2015c): Ausländische Studierende in Sachsen-Anhalt seit 1980 nach Hochschularten, Jahr 2014. Halle (Saale)

STOCK, Günter, Hans Bertram, Alexia Fürnkranz-Prskawetz, Wolfgang Holzgreve, Martin Kohli und Ursula Staudinger (Hrsg.) (2012): Zukunft mit Kindern – Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Frankfurt, New York

VON REICHERT, Christiane, John CROMARTIE und Ryan ARTHUN (2014): Impacts of Return Migration on Rural U.S. Communities. In: *Rural Sociology* 79, Heft 2, S. 200-226

WEBER, Hannes (2015): Could Immigration Prevent Population Decline? The Demographic Prospects of Germany Revisited. In: *Comparative Population Studies* 40, Heft 2, S. 165-189

WIEST, Karin und Tim LEIBERT (2013): Wanderungsmuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte Regionalentwicklungsstrategien. In: *Raumforschung und Raumordnung* 71, Heft 6, S. 455-469.

WROHLICH, Katharina, Eva BERGER, Johannes GEYER, Peter HAAN, Denise SENGÜL, C. Katharina SPIEß und Andreas THIEMANN (2012): Elterngeld-Monitor. Kurzfassung. Berlin

ZENSUS 2011 (2015): Merkmalsübersicht Bevölkerung. URL: https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Down-

loads/DE/Merkmale/Merkmale\_Bevoelkerung.pdf?\_blob=publicationFile&v=15 (letzter Zugriff: 29.07.2015)